



Beteiligungsbericht

2020

Impressum

Kreis Borken
Der Landrat
Fachdienst Finanzen
Burloer Str. 93, 46325 Borken
Tel. 02861-681-2616
Mail: m.finke@kreis-borken.de

EINLEITUNG

Der Kreis Borken hat wie alle Kommunen, Kreise und Landschaftsverbände nach § 116 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) seit 2010 in jedem Haushaltsjahr zum Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufgestellt. Dem Gesamtabschluss war bislang neben einem Gesamtlagebericht auch ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Mit dem 2.NKF-Weiterentwicklungsgesetz hat das Land NRW mit einem neu eingefügten § 116a GO NRW nunmehr die Möglichkeit geschaffen, eine Kommune von der Pflicht, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, zu befreien, wenn am Abschlussstichtag und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei von drei im Gesetz genannten Merkmalen zutreffen. Damit wird in Analogie zum Konzernbilanzrecht des Handelsrechts eine größenabhängige Freistellung von der Konzernrechnungslegungspflicht ermöglicht.

Allerdings hat das für Kommunales zuständige Ministerium mit Erlass vom 15.02.2019 klargestellt, dass erst ab dem Gesamtabchluss zum 31.12.2019 die Befreiungsmöglichkeit in Anspruch genommen werden kann, sofern die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen. Insofern hatte der Kreis Borken noch für das Haushaltsjahr 2018 einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen. Diese hat der Kreistag am 12.03.2020 bestätigt.

Für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 hat der Kreistag in dem jeweiligen Folgejahr beschlossen, von der Möglichkeit von der Aufstellungspflicht für den Gesamtabchluss und den Gesamtlagebericht nach § 116a GO NRW befreit zu werden, Gebrauch zu machen. Zuvor hatte die Kreisverwaltung gegenüber dem Kreistag das Vorliegen der Voraussetzungen anhand geeigneter Unterlagen nachgewiesen. Auch für das Haushaltsjahr 2021 kann der Kreistag durch Beschluss am 29.09.2022 diese Möglichkeit nutzen.

Da der Kreis Borken – vorbehaltlich des erforderlichen Kreistagsbeschlusses - von der Aufstellung des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichts auch für das Haushaltsjahr 2021 befreit ist, ist gemäß § 53 Abs. 1 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in Verbindung mit § 117 GO NRW demzufolge aber ein Beteiligungsbericht zu erstellen, der dann gemäß § 26 Absatz 1 lit. i KrO NRW vom Kreistag zu beschließen ist. Für diesen Beteiligungsbericht hat das für Kommunales zuständige Ministerium gem. § 133 Absatz 3 Nr. 6 GO NRW durch Runderlass vom 06.04.2021 inzwischen ein Muster vorgeben, das von den Kommunen zu verwenden ist.

Der jetzige Beteiligungsbericht enthält Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form, insbesondere die Beteiligungsverhältnisse, die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche, eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit dem Kreis. Gem. § 53 der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) werden zudem die Ziele der Beteiligungen und die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gesondert angegeben und erläutert.

Gem. § 2 Abs. 2 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) haben Kommunen beziehungsweise ihre Vertretungen in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Kommune allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertretungen darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Hierbei ist zu beachten, dass nicht jede Beteiligung dem Geltungsbereich des LGG unterliegt und

andere Regularien des privaten oder des Gesellschaftsrecht greifen. In den Darstellungen zu den einzelnen Unternehmen wird kurz zur Anwendung des LGG berichtet.

Der Beteiligungsbericht 2021 bietet den Kreistagsmitgliedern, aber auch der interessierten Öffentlichkeit eine umfangreiche Orientierungshilfe über sämtliche Beteiligungen, informiert über wichtige Unternehmensdaten des Geschäftsjahres 2021 und stellt daher ein Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der Unternehmen dar. Mit diesem Bericht werden die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Unternehmen und die Verbindung zu den Zielen des Kreises Borken transparent gemacht. Beachtet wird dabei auch, dass zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und der Verpflichtung zur Schaffung von Transparenz auf der einen Seite und dem berechtigten Interesse an einer vertraulichen Behandlung sensibler Unternehmensdaten auf der anderen Seite abzuwägen ist.

INHALTSVERZEICHNIS

I.	ALLGEMEINES ZUR ZULÄSSIGKEIT DER WIRTSCHAFTLICHEN UND NICHTWIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG VON KOMMUNEN	6
II.	BETEILIGUNGSBERICHT 2021	8
III.	DAS BETEILIGUNGSPORTFOLIO DES KREISES BORKEN IM JAHR 2021	10
IV.	UNMITTELBARE UND WESENTLICHE MITTELBARE BETEILIGUNGEN DES KREISES BORKEN ZUM 31.12.2021	15
A. INFRASTRUKTUR		
A.1. Versorgung und Entsorgung		
A.1.1.	RWE AG	16
A.1.2.	Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH	24
A.1.3.	Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH	29
A.2. Verkehr		
A.2.1.	Verkehrsgesellschaften	
A.2.1.1.	Regionalverkehr Münsterland GmbH	41
A.2.1.2.	Verkehrsbetrieb Kipp GmbH	50
A.2.1.3.	Westfälische Verkehrsgesellschaft GmbH	57
A.2.2.	Zweckverband SPNV-Münsterland	64
A.2.3.	Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH	72
A.2.4.	Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH	80
A.2.5.	FMO Flughafen Münster/Osnabrück GmbH	89
A.3. Wirtschafts- und Strukturförderung, Telekommunikation, Beratung, Information		
A.3.1.	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH	98
A.3.2.	InnoCent Bocholt GmbH	108
A.3.3.	(entfallen)	
A.3.4.	Lokalfunk für den Kreis Borken	
A.3.4.1	Lokalfunk für den Kreis Borken GmbH & Co. KG	114
A.3.4.2	Lokalfunk Betriebsgesellschaft für den Kreis Borken mbH	118
A.3.5.	EUREGIO (Zweckverband)	122
B. BILDUNG, BESCHÄFTIGUNG, KULTUR		
B.1.	Berufsbildungsstätte Westmünsterland	
B.1.1	Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH	132
B.1.2	Perspeqtive GmbH	143
B.2.	Studieninstitut Westfalen-Lippe	150
C. WOHNUNGSWESEN		
C.1.	Kreisbauverein GmbH	157
C.2.	WohnBau Westmünsterland eG	166
C.3.	Bocholter Heimbau eG	175
D. SONSTIGE		
D.1.	Sparkasse	
D.1.1	Sparkasse Westmünsterland	183
D.1.2	Sparkassenzweckverband Westmünsterland	192
D.2.	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe	193
D.3.	Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken	202
D.4	Annette von Droste zu Hülshoff- Stiftung	208
D.5	d-NRW AöR	217
D.6	KAAW	225

I. ALLGEMEINES ZUR ZULÄSSIGKEIT DER WIRTSCHAFTLICHEN UND NICHTWIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG VON KOMMUNEN

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind (Nummer 2), Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 GO NRW sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

II. BETEILIGUNGSBERICHT 2021

a) Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichts

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Kreistag gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Kreistag des Kreises Borken entscheidet am 29.09.2022 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW über die nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehene Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts. In Folge dieses Beschlusses hat der Kreis Borken dann gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Kreistages in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

b) Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichts

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form des Kreises Borken, darunter auch Sondervermögen gemäß § 97 GO NRW und Eigenbetriebe gemäß § 114 GO NRW. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises Borken, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Borken durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Borken durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

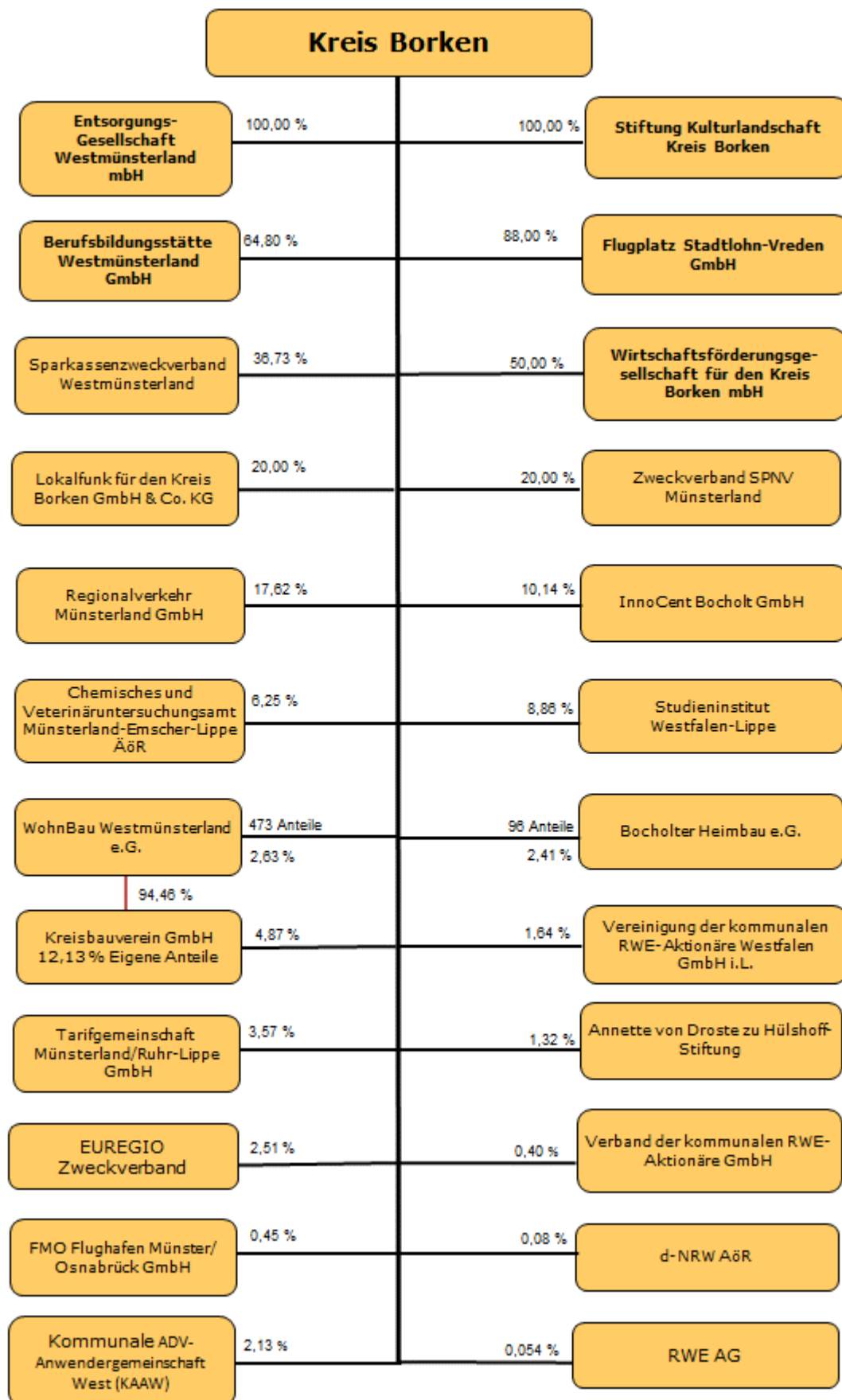
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Borken insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist der Kreis Borken. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen dem Kreis Borken die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Borken unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2022 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2021. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2021 aus.

III. DAS BETEILIGUNGSPORTFOLIO DES KREISES BORKEN IM JAHR 2021



a) Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2021 hat es **folgende Änderungen** in den unmittelbaren Beteiligungen des Kreises Borken gegeben.

Zugänge:

Der Kreis Borken hat sich gem. Kreistagsbeschluss vom 11.03.2021 verpflichtet, sich an der Kapitalerhöhung bei der **Flughafen Münster Osnabrück GmbH** für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von insgesamt 10,0 Mio. Euro entsprechend seiner Anteile am Stammkapital von 0,4514 Prozent mit 46.178,15 Euro durch Einzahlung in die Kapitalrücklage zu beteiligen. Da die FMO GmbH Hilfen von Bund und Land in Höhe von 5,0 Mio. Euro erhalten hat, wurde in 2021 nur eine Einzahlung von 23.089,08 Euro notwendig.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 19.11.2020 der Beteiligung an dem **Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH** in Essen zugestimmt. Der Beitritt erfolgt mit Wirkung zum 01.07.2021. Inklusive der Erwerbsnebenkosten hat der Kreis 742,13 Euro investiert.

Mit Beschluss vom 26.06.2020 hat der Kreistag die Verwaltung beauftragt, den Beitritt zum Zweckverband **Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West (KAAW)** mit Wirkung zum 01.01.2021 zu beantragen. Der Beitritt ist erfolgt. Mit dem Beitritt waren keine Einlagen in das Kapital des Zweckverbandes verbunden.

Veränderung in Beteiligungsquoten:

Die Beteiligungsquoten an den einzelnen Beteiligungen des Kreises Borken haben sich im Jahr 2021 **nicht** geändert.

Abgänge:

Für die **REGIONALE 2016 Agentur GmbH i.L.** wurde mit Wirkung zum 01.01.2018 die Liquidation der Gesellschaft beschlossen. Nach Beendigung der Liquidation und Auszahlung aller verbliebenden Mittel wurde die Gesellschaft schließlich am 23.12.2020 gem. § 74 Abs. 1 GmbHG im Handelsregister gelöscht.

Ausblick auf geplante Änderungen:

Im November 2020 hat die Gesellschafterversammlung der **Vereinigung kommunaler RWE-Aktionäre Westfalen GmbH (VKA Westfalen GmbH)** die Liquidation der Gesellschaft zum 30.06.2021 beschlossen. Hintergrund ist, dass sich die VKA Westfalen GmbH und der Verband der kommunalen Aktionäre GmbH (VKA Essen GmbH) auf den Zusammenschluss beider Gesellschaften verständigt haben. Hierzu sollen die Gesellschafter der VKA Westfalen GmbH bis zum 01.07.2021 der VKA Essen GmbH beitreten und die VKA Westfalen GmbH liquidiert werden. Der Kreistag hat der Liquidation und der Beteiligung an der VKA Essen GmbH am 19.11.2020 zugestimmt. Nach Abschluss der Liquidation der VKA Westfalen GmbH i.L. mit dem 30.06.2022 wurden anschließend die letzten notwendigen Beschlüsse durch die Gesellschafter gefasst. Die anteilige Auskehrung des Restvermögens an die Gesellschafter wird noch in 2022 erfolgen. Nach Information des Liquidators entfallen auf den Kreis Borken 1.722,62 Euro.

b) Beteiligungsstruktur

Nachfolgend werden die **unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Kreises Borken**, absteigend nach dem Anteil am Nennkapital (Beteiligungsquote), dargestellt.

Unmittelbare Beteiligungen						
Beteiligung Stand 31.12.2021	Rechts- form	Anteil des Kreises Borken am Stammkapital		Höhe des Stamm- kapitals	Höhe des Jahres- ergebnisses	Beteiligungsart/ Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
verbundene verselbstständigte Aufgabenbereiche		in %	in T-EUR	in T-EUR	in T-EUR	
Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW)	GmbH	100,00%	1.860	1.860	1.838	unmittelbar Kreis ist Alleingesellschafter
Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH (F-S-V GmbH)	GmbH	88,00%	348	396	26	unmittelbar Städte Stadtlohn und Vreden sind mit jeweils 6 % beteiligt.
* Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken	Stiftung	100,00%	809	809	225	unmittelbar Kreis ist alleiniger Stiftungsgeber
assoziierte verselbstständigte Aufgabenbereiche		in %	in T-EUR	in T-EUR	in T-EUR	
Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH (BBS)	GmbH	64,80%	499	770	502	unmittelbar Kreis ist Mehrheitsgesellschafter; Stimmrecht ist eingeschränkt auf 1/3
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH (WFG)	GmbH	50,00%	38	75	- 1.156	unmittelbar Kreis hat keinen beherrschenden Einfluss
* Zweckverband SPNV Münsterland (ZVM)	Zweck- verband	20,00%	218	1.088	-	unmittelbar
Lokalfunk für den Kreis Borken GmbH & Co. KG (Lokalfunk KG)	GmbH & Co. KG	20,00%	59	296	587	unmittelbar
übrige verselbstständigte Aufgabenbereiche		in %	in T-EUR	in T-EUR	in T-EUR	
Sparkassenzweckverband Westmünsterland	Zweck- verband	36,73%	-	-	-	unmittelbar Zweckverband ist Träger der Sparkasse Westmünsterland.
Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	GmbH	17,62%	1.351	7.669	18	unmittelbar
InnoCent Bocholt GmbH (InnoCent)	GmbH	10,14%	150	1.480	28	unmittelbar
* Studieninstitut Westfalen - Lippe	Zweck- verband	8,86%	422	4.768	676	unmittelbar
Chemisches und Veterinär- untersuchungsamt Münsterland- Emscher-Lippe (CVUA MEL)	AöR	6,25%	16	256	62	unmittelbar
Kreisbauverein GmbH (KBV GmbH)	GmbH	4,87%	67	1.376	3.093	unmittelbar KBV GmbH ist gleichzeitig Tochtergesellschaft der WohnBau eG (94,46 %)
Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr- Lippe GmbH	GmbH	3,57%	1	28	6	unmittelbar
WohnBau Westmünsterland e.G.	e.G	2,63%	94	3.576	5.599	unmittelbar 473 Genossenschafts-anteile, die Dividenden berechtigt sind, davon 1 Anteil stimmberechtigt und 5 Anteile in Treuhand vergeben.
EUREGIO Zweckverband	Zweck- verband	2,51%	39	1.537	218	unmittelbar
* Bocholter Heimbau eG (BHB eG)	e.G.	2,41%	21	863	816	unmittelbar 96 Genossenschafts-anteile, die Dividenden berechtigt sind, davon 1 Anteil stimmberechtigt
Kommunale ADV- Anwendergemeinschaft West (KAAW)	Zweck- verband	2,13%	-	-	93	unmittelbar Mitgliedschaft in einem Zweckverband/Der Verband hat kein Stammkapital gebildet.
Vereinigung der kommunalen RWE- Aktionäre Westfalen GmbH i.L.	GmbH	1,64%	0	12	6	unmittelbar (Jahresabschluss zum 30.06.2021)
Annette von Droste zu Hülshoff- Stiftung	Stiftung	1,32%	281	21.314	377	unmittelbar
FMO Flughafen Münster/Osnabrück GmbH (FMO)	GmbH	0,45%	102	22.664	- 6.762	unmittelbar (davon 471,7 TEuro eigene Anteile)
Verband der kommunalen RWE- Aktionäre GmbH	GmbH	0,40%	1	128	-	unmittelbar (Jahresabschluss zum 30.06.2021 / Der Beitritt erfolgte erst zum 01.07.2021)
d-NRW	AöR	0,08%	1	1.281	0	unmittelbar
RWE AG	AG	0,05%	866	1.731.000	832.000	unmittelbar 318.714 Aktien

* Daten aus dem jeweiligen Jahresabschluss 2019 oder 2020

Mittelbare Beteiligungen						
Beteiligung Stand 31.12.2021	Rechts- form	Anteil des Kreises Borken am Stammkapital		Höhe des Stamm- kapitals	Höhe des Jahres- ergebnisses	Beteiligungsart/ Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
übrige verselbstständigte Aufgabenbereiche		in %	in T-EUR	in T-EUR	in T-EUR	
Perspeqtive GmbH	GmbH	64,80%	16	25	18	mittelbar BBS ist zu 100% beteiligt.
Sparkasse Westmünsterland	AöR	36,73%	166.360	452.928	14.670	mittelbar Trägerschaft über den Sparkassen- Zweckverband
Lokalfunk Betriebsgesellschaft für den Kreis Borken mbH	GmbH	20,00%	5	26	3	mittelbar Komplementärin der Lokalfunk KG; Lokalfunk KG ist zu 100% beteiligt.
Verkehrsbetrieb Kipp GmbH	GmbH	17,62%	4	25	372	mittelbar RVM GmbH ist zu 100 % beteiligt.
Westfälische Verkehrsgesellschaft GmbH	GmbH	8,31%	184	2.215	-	mittelbar RVM GmbH ist zu 47,14 % beteiligt.
Kommunale Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH	GmbH	4,60%	15	320	2.745	mittelbar KBV GmbH ist mit 94,67% beteiligt.
Stadt+Quartier GmbH	GmbH	2,48%	1	25	-	mittelbar KBV GmbH ist mit 51% beteiligt.
BEKA GmbH	GmbH	0,13%	0	328	- 186	mittelbar RVM GmbH ist zu 0,78 % beteiligt.
* Heimbau GmbH	GmbH	2,41%	6	250	- 46	mittelbar BHB eG ist zu 100 % beteiligt
FMO-Parking Services GmbH	GmbH	0,45%	0	52	553	mittelbar FMO GmbH ist mit 100% beteiligt.
FMO-Airport Services GmbH	GmbH	0,45%	1	250	- 860	mittelbar FMO GmbH ist mit 100% beteiligt.
FMO-Security Services GmbH	GmbH	0,45%	1	300	345	mittelbar FMO GmbH ist mit 100% beteiligt.
FMO-Passenger Services GmbH	GmbH	0,45%	1	246	- 759	mittelbar FMO GmbH ist mit 100% beteiligt.
WISAG FMO Cargo-Service GmbH&Co.KG	KG	0,15%	0	307	116	mittelbar FMO GmbH ist mit 33,33% beteiligt.
WISAG FMO Cargo-Service Beteiligungs GmbH	GmbH	0,15%	0	27	2	mittelbar FMO GmbH ist mit 33,33% beteiligt.
AHS Aviation Handling Services GmbH	GmbH	0,05%	0	500	- 30	mittelbar FMO GmbH ist mit 10% beteiligt.

* Daten aus dem jeweiligen Jahresabschluss 2019 oder 2020

Die Beteiligungen der RWE AG sind wegen der Unwesentlichkeit für den Beteiligungsbericht nicht gesondert als mittelbare Beteiligungen des Kreises Borken aufgeführt. Sie sind dem Geschäftsbericht der RWE AG zu entnehmen.

c) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die nachstehende Matrix zeigt die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen dem Kreis Borken und seinen Beteiligungen (vAB).

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen		Kreis Borken	EGW	BBS	WFG	wmw	RVM	FMO	RWE	Spk
Kreis Borken	Forderungen		0							
	Verbindlichkeiten		0							
	Verlustabdeckungen				578.163		1.364.087			
	Zuschüsse			0						
	Kostenerstattungen		17.127.875							
	Kapitalerhöhungen							23.089		
	Bürgschaften		8.595.728	2.097.650			1.038.886			
Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW)	Forderungen		0							
	Verbindlichkeiten		0							
	Avalgebühren	56.737								
Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH	Forderungen									
	Verbindlichkeiten									
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken Lokalfunk für den Kreis Borken GmbH&Co.KG (wmw)	Forderungen									
	Verbindlichkeiten									
	Forderungen									
	Verbindlichkeiten									
Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	Gewinnausschüttung	126.000								
	Forderungen									
	Verbindlichkeiten									
Flughafen Münster Osnabrück GmbH (FMO)	Avalgebühren	2.078								
	Forderungen									
	Verbindlichkeiten									
RWE AG	Forderungen									
	Verbindlichkeiten									
	Dividende	228.036								
Sparkasse Westmünsterland (Spk)	Forderungen									
	Verbindlichkeiten									
	Gewinnausschüttung	1.360.714								

IV. UNMITTELBARE UND MITTELBARE BETEILIGUNGEN DES KREISES BORKEN ZUM 31.12.2021

Der Kreis Borken war 2021 unmittelbar an 24 Unternehmen beteiligt. Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition **„Finanzanlagen“**

- als **„Anteile an verbundenen Unternehmen“** ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Borken einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn der Kreis Borken mehr als 50 Prozent der Anteile hält,
- als **„Beteiligungen“** ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Borken einen maßgeblichen Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn der Kreis Borken mehr als 20 % der Anteile hält,
- als **„Sondervermögen“** ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt des Kreises Borken geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit. In der Bilanz des Kreises Borken ist die historische Lampensammlung des Herrn Dr. Werner Touche als unselbstständige Stiftung zur musealen Präsentation aufgeführt. Da es sich um eine Schenkung (bilanzieller Wert 341.460 Euro) handelt, wurde ein entsprechender Sonderposten gebildet.
- als **„Ausleihungen“** ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen des Kreises Borken gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb des Kreises Borken dauerhaft dienen sollen (Kreis Borken: Darlehen an die Flughafen Münster Osnabrück GmbH, Genossenschaftseinlagen bei der Wohnbau Westmünsterland e.G. und der Bocholter Heimbau e.G.),
- als **„Wertpapiere des Anlagevermögens“** ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung des Kreises Borken zum Unternehmen hergestellt werden soll. In der Bilanz des Kreises Borken sind unter dieser Position Aktien der RWE AG und Anteile am kvw-Versorgungsfonds ausgewiesen.

In der Folge werden **alle unmittelbaren Beteiligungen** im Einzelnen näher dargestellt. Soweit darüber hinaus **wesentliche mittelbare Beteiligungen** nicht in einer **Einzeldarstellung** aufgeführt werden, finden sich Angaben zu diesen mittelbaren Beteiligungen (Tochterunternehmen), besonders mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote unter 5 Prozent, im sachlichen Zusammenhang bei den jeweiligen Mutterunternehmen

Opernplatz 1
45128 Essen
Tel.: 0201 / 12-00
Fax: 0201 / 12-15199
Internet: www.rwe.com
E-Mail: contact@rwe.com

Rechtsform des Unternehmens

Aktiengesellschaft (AG)

Beteiligungsverhältnisse

Grundkapital: 1.573.748.477,44 Euro

davon:

Beteiligung des Kreises Borken: 780.017,00 Euro = 0,05 %

Börsenwert zum 31.12. d.J.	Vorjahr	Geschäftsjahr
Depotauszug	10.992.442,86 EUR	11.237.855,64 EUR

Aktienbestand 614.745.499 St.

davon

Kreis Borken 318.714 St. = 0,05 %

Unternehmensbeteiligungen

Die zahlreichen Unternehmensbeteiligungen werden nicht im Einzelnen genannt. Es wird auf den Geschäftsbericht 2021 der RWE AG verwiesen.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Erwerb, der Betrieb von Energieanlagen, die der Erzeugung, Fortleitung oder Abgabe an Elektrizität, Gas oder Fernwärme dienen, sowie die Beteiligung an solchen Unternehmungen.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand

Dr. Rolf Martin Schmitz (bis 30.04.2021)
Dr. Markus Krebber (Vorsitzender seit 01.05.2021)
Dr. Michael Müller (Finanzvorstand seit 01.05.2021)
Zvezdana Seeger (Personalvorständin seit 01.11.2020)

Dr. Werner Brandt (Vorsitzender)	Dagmar Mühlenfeld (bis 28.04.2021)
Frank Bsirske (bis 15.09.2021)	Peter Ottmann (bis 28.04.2021)
Michael Bochinsky	Dagmar Paasch (seit 15.09.2021)
Sandra Bossemeyer	Günther Schartz (bis 30.09.2021)
Martin Bröker (bis 15.09.2021)	Dr. Erhard Schipporeit
Dr. Hans Friedrich Bunting (seit 28.04.2021)	Dr. Wolfgang Schüssel (bis 28.04.2021)
Anja Dubbert (bis 15.09.2021)	Dirk Schuhmacher (seit 15.09.2021)
Matthias Dürbaum	Ullrich Sierau
Ute Gerbaulet	Ralf Sikorski (stellvertretender Vorsitzender)
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel	Hauke Stars (seit 28.04.2021)
Mag. Dr. h.c. Monika Kircher	Helle Valentin (seit 28.04.2021)
Thomas Kufen (seit 18.10.2021)	Dr. Andreas Wagner (seit 15.09.2021)
Reiner von Limbeck (seit 15.09.2021)	Marion Weckes
Harald Louis	Leonhard Zubrowski (bis 15.09.2021)

Hauptversammlung

Landrat Dr. Kai Zwicker

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Abs. 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 30 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gem. § 2 Abs. 2 LGG haben Kommunen beziehungsweise ihre Vertretungen in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Kommune allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertretungen darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Das Unternehmen beachtet den Deutschen Corporate Governance Kodex und die dort niedergelegten Regelungen zur Gleichstellung sowie die weiteren rechtlichen Vorgaben für internationale Unternehmen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 Mio. EUR	31.12.2020 Mio. EUR	31.12.2021 Mio. EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4.809	4.913	5.884
II. Sachanlagen	19.097	17.902	19.984
III. Finanzanlagen	11.339	11.249	12.332
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.585	1.632	2.828
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.932	15.537	86.096
III. Wertpapiere	4.532	5.264	8.697
IV. Bankguthaben	3.192	4.774	5.825
C. Latente Steuern	706	397	663
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	64.192	61.668	142.309

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	1.574	1.731	1.731
II. Kapitalrücklagen	2.385	4.229	4.229
III. Gewinnrücklagen	12.986	11.222	9.294
IV. Anteile anderer Gesellschafter	503	789	1.742
V. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
VI. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	0
VII. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
B. Rückstellungen	21.574	22.474	21.211
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	5.734	5.198	17.794
II. aus Lieferung und Leistung	2.987	2.387	4.428
III. sonstige	14.190	11.730	79.932
D. Latente Steuern	2.259	1.908	1.948
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	64.192	61.668	142.309

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 Mio. EUR	2020 Mio. EUR	2021 Mio. EUR
Umsatzerlöse	13.125	13.688	24.526
aktivierte Eigenleistungen	97	94	67
sonstige betriebliche Erträge	4.659	4.837	2.190
Gesamtleistung	17.881	18.619	26.783
Materialaufwand	9.078	9.814	17.713
Personalaufwand	2.526	2.365	2.502
Abschreibungen	3.166	3.154	2.373
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.254	1.950	3.081
Beteiligungsergebnis	329	314	421
Zinsergebnis	-938	-454	-13
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-752	1.196	1.522
außerordentliches Ergebnis	9.816	221	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-92	363	690
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	9.156	1.054	832
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	-9.156	-1.054	-832
Einstellung in / Entnahme aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	0

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021
Eigenkapitalquote:	%	27	29	12
Fremdkapitalquote:	%	73	71	88
Anlagendeckung I:	%	50	53	44
Anlagendeckung II:	%	120	127	113
Investitionen:	Mio. EUR	2.622	3.796	3.796
Eigenkapitalrentabilität:	%	52	8	9
Umsatzrentabilität:	%	70	8	3
Liquidität 1. Grades	%	45	75	16
Liquidität 2. Grades	%	156	191	108
Liquidität 3. Grades	%	165	203	112
Personalstand	Personen	18.237	19.630	18.867
davon Auszubildende	Personen	621	669	669
Umsatz pro Mitarbeiter	EUR	980.479	948.497	1.419.569
Personalaufwandintensität	EUR	138.510	120.479	132.612
Bruttodividende pro Stück	EUR/St	0,80	0,85	0,90
Kurs je Aktie zum 31.12. laut Depotauszug	EUR/St	26,84	34,49	35,26

Leistungen / Produktivität

		2019	2020	2021
Energiebereich				
- Sparte Energie				
- Erzeugung gesamt	in %	100	100	100
- Steinkohle		9	5	4
- Braunkohle		32	25	29
- Kernenergie		14	14	14
- Erdgas		33	34	33
- Sonstige, Pumpspeicher, Batterien		1	1	0
- Erneuerbare Energien		11	20	20

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Bei den Aktien handelt es sich um einen Bestand des langfristigen Anlagevermögens. Im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik soll die Nutzung des Aktienbestandes auch in Zukunft eine finanzielle Wirkung für den Kreishaushalt und den Kreis entfalten. So hat der Kreistag am 25.06.2020 beschlossen, die RWE-Dividendenerträge ab dem Haushaltsjahr 2021 zur Förderung des Klimaschutzes einzusetzen. In der Hauptversammlung 2021 wurde eine Bruttodividende von 0,85 Euro je Aktien für das Wirtschaftsjahr 2020 beschlossen. Die Ausschüttung wurde im Haushaltsjahr 2021 erfasst.

Der Börsenwert lag zum Stichtag 31.12.2021 bei ca. 11,24 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,25 Mio. Euro verbessert. Hinsichtlich der Bewertung der RWE-Aktien lagen zum Stichtag 31.12.2020 die Voraussetzungen für eine Zuschreibung gem. § 36 Abs. 9 KomHVO NRW vor.

Der bilanzielle Wert lag zum 31.12.2020 bei 30,13 Euro je Aktie. Unter Berücksichtigung von Analysteneinschätzungen, des durchschnittlichen Kursziels, der Aktienentwicklung der letzten Jahre, des Rechnungsergebnisses für 2021 und der Erwartung für 2022 aber auch der Volatilität der Aktie in 2021 zeigt ein Kurswert zum 31.12.2021 von 35,26 Euro je Aktie einen realistischen beizulegenden Wert. Unter dieser Maßgabe wurde im Jahresabschluss 2021 des Kreises Borken eine Zuschreibung von 5,13 Euro je Aktie (1.635.002,82 Euro) vorgenommen.

Im November 2021 hat die RWE AG über ihre strategischen Ziele für die laufende Dekade informiert. Bis 2030 sollen 50 Mrd. Euro für den Bau von Erneuerbare-Energien-Anlagen, Batterie speichern, Gaskraftwerken und Elektrolyseuren ausgegeben werden. Inklusive der Einnahmen aus dem Verkauf von Projektanteilen erwartet sie Nettoinvestitionen von 30 Mrd. Euro. Damit will sie ihre Erzeugungskapazität in den genannten Technologien bis 2030 auf 50 GW verdoppeln. Parallel dazu soll schrittweise aus der Kohleverstromung ausgestiegen werden und so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, bis spätestens 2040 klimaneutral zu sein. RWE wird dadurch nicht nur grüner, sondern auch profitabler.

RWE ist damit ein international führender Energieversorger mit Hauptsitz in Essen. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit ist die Produktion von Strom. Dabei setzen sie zunehmend auf die Energiequellen Wind und Sonne. Zu ihren Kernaktivitäten zählen auch die Speicherung von Strom und Gas, das Wasserstoffgeschäft, der Handel mit energienahen Commodities sowie das Angebot innovativer Energielösungen für Industriekunden.

Der Erfolg der Energiewende hängt nicht nur davon ab, wie entschlossen sie umgesetzt wird. Entscheidend ist auch, wie innovativ dabei vorgegangen wird. Ob Ausbau der erneuerbaren Energien, Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft oder klimaschonendes Kohlenstoff-Recycling: Überall stellen sich technische Herausforderungen, für die Lösungen gefunden werden müssen. RWE hat 2021 zusammen mit Partnern aus Industrie und Wissenschaft an fast 200 Forschungs- und Entwicklungsprojekten gearbeitet.

Geschäftsentwicklung

2021 war für RWE ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. Dabei war der Jahresauftakt alles andere als gut gewesen: Extreme Wetterbedingungen in Texas hatten im Februar zu Ausfällen von Windkraftanlagen und hohen finanziellen Belastungen aus Stromzukäufen geführt. Im weiteren Jahresverlauf konnten die Ergebniseinbußen aber mehr als wettgemacht werden – vor allem dank einer außergewöhnlich starken Performance im Energiehandel. Auch Margenverbesserungen in der Stromerzeugung brachten zusätzliche Erträge. Das bereinigte Konzern-EBITDA konnte deshalb um 11 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Ergebnisprognose für 2021, die erst nach den Ereignissen von Texas veröffentlicht wurden, konnten ebenfalls deutlich übertroffen werden.

Das bereinigte EBITDA lag mit 3.650 Mio. Euro deutlich über den Erwartungen. Das bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (bereinigtes EBITDA) belief sich auf 3.650 Mio. Euro. Das ist wesentlich mehr, als der Vorstand im März 2021 prognostiziert hatte. Der Ausblick, der im Geschäftsbericht 2020 auf Seite 67 f. veröffentlicht wurde, sah einen Korridor von 2.650 Mio. Euro bis 3.050 Mio. Euro vor. Auch das bereinigte EBITDA des Kerngeschäfts war wesentlich höher als veranschlagt. Es erreichte einen Wert von 2.761 Mio. Euro. Erwartet war eine Bandbreite von 1.800 Mio. Euro bis 2.200 Mio. Euro. Dass die Prognose deutlich übertroffen wurde, ist in erster Linie einer außergewöhnlich guten Performance im Energiehandel geschuldet. Auch die Segmente Onshore Wind / Solar und Wasser / Biomasse / Gas lagen oberhalb der prognostizierten Korridore.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das bereinigte EBITDA um 11 % erhöht. Neben der außerordentlich guten Handelsperformance haben vor allem verbesserte Margen der Braunkohle- und Kernkraftwerke dazu beigetragen. Dem standen hohe Belastungen im US-Windkraftgeschäft gegenüber: Wie auf Seite 43 des RWE-Geschäftsberichts 2020 erläutert, führte Anfang 2021 eine Jahrhundertkälte in Texas zu ungeplanten Anlagenstillständen, wodurch die Gesellschaft gezwungen war, bestehende Stromlieferverpflichtungen durch teure Zukäufe am Markt zu erfüllen.

Die Finanz- und Vermögenslage hat sich 2021 weiter verbessert. Obwohl erneut Milliarden in den Ausbau der erneuerbaren Energien investiert wurden, sind die Nettoschulden unter die Nullmarke gefallen: Zum Bilanzstichtag wies der RWE-Konzern Nettovermögen von 360 Mio. Euro aus. Diese erfreuliche Entwicklung ist insbesondere dem hohen Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu verdanken. Wie robust die Gesellschaft finanziell aufgestellt ist, zeigt sich auch an den guten Kreditratings. Im vergangenen Jahr haben die Agenturen Moody's und Fitch die Bonitätsnote von RWE um jeweils eine Stufe angehoben. Die aktuellen Langfrist-Ratings liegen mit Baa2 bzw. BBB+ im soliden Investment-Grade-Bereich.

Der Einzelabschluss der RWE AG wird in hohem Maße vom Geschäftsverlauf bei den Tochterunternehmen beeinflusst. 2021 sind die Ergebnisabführungen dieser Gesellschaften in Summe gestiegen. Dem standen Belastungen aus Sonderabschreibungen auf eine Tochtergesellschaft gegenüber. Eine positive Entwicklung verzeichnete die Gesellschaft bei den übrigen Erträgen und Aufwendungen sowie beim Zinsergebnis. Die Ertragslage der RWE AG hat sich dadurch insgesamt verbessert: Der Jahresüberschuss lag mit 1.108 Mio. Euro deutlich über dem Niveau von 2020. Steigen soll auch die Ausschüttung an die Aktionäre. Die RWE-Hauptversammlung hat im April 2022 eine Dividende von 0,90 Euro je Aktie beschlossen. Das sind 0,05 Euro mehr als im Vorjahr.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Durch die Transformation von RWE zu einem grünen Wachstumsunternehmen hat sich das Chancen-Risiko-Profil verbessert. Dank der meist hohen und stabilen Erträge, die sich mit erneuerbaren Energien erzielen lassen, ist das Unternehmen nicht nur profitabler, sondern auch krisenresistenter geworden. Allerdings gibt es durch den russischen Angriff auf die Ukraine neue Unwägbarkeiten. Welche Auswirkungen der Konflikt auf den Energiesektor und den Geschäftsverlauf von RWE haben wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Risiken bergen für RWE auch die Pläne der neuen Bundesregierung, den Kohleausstieg zu beschleunigen. Für RWE können sich dadurch hohe finanzielle Belastungen ergeben. Bei geeigneten Rahmenbedingungen bietet sich damit aber auch die Chance, dass das Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität zügiger vorankommt.

Für 2022 ist der Vorstand zuversichtlich, an die gute Ertragslage des vergangenen Jahres anknüpfen zu können. Aktuell rechnen er damit, ein bereinigtes EBITDA von 3,6 Mrd. Euro bis 4,0 Mrd. Euro zu erzielen. Das Kerngeschäft wird voraussichtlich über dem Vorjahresergebnis abschließen, das hohe Belastungen aus dem Extremwetter in Texas enthielt. Positiv wird sich die Inbetriebnahme neuer Erzeugungskapazitäten auswirken. Außerdem erwartet der Vorstand höhere Strommargen und günstigere Windverhältnisse. Im Energiehandel rechnet er nach dem außergewöhnlich erfolgreichen Vorjahr mit einer normalisierten Ertragslage. In der Prognose noch nicht berücksichtigt sind die schwer abzuschätzenden Folgen des Ukraine-Konflikts. Sein weiterer Verlauf, die Sanktionen gegen Russland und ihre Rückwirkungen auf die europäische Energieversorgung können erhebliche Auswirkungen auf das Geschäft haben.

**Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH
(Vka-Westfalen)**

c/o DSW 21
Deggingstr. 40
44141 Dortmund
Tel.: 0231 / 47792662
E-Mail: wolfgang.schaefer@vka-rwe-westfalen.de
wolfgang.kirsch@vka-rwe-westfalen.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital: 31.720,00 Euro

davon:

Kreis Borken 520,00 Euro = 1,64 %

Der Rest verteilt sich auf die übrigen kommunalen Gesellschafter der ehemaligen VEW AG soweit sie Aktien an der RWE AG halten. Die Gesellschaft hält selbst eigene Stammeinlagen im Gesamtwert von 19.760,00 Euro. Diese sind in der Bilanz vom Stammkapital abgesetzt worden und nur das ausgegebene Stammkapital ist ausgewiesen.

Unternehmensbeteiligung

Die Gesellschaft hält 300 Stammaktien der RWE AG und 600 Namenaktien der E.ON SE.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Erhaltung des kommunalen Anteils bei der RWE AG und die Sicherung des kommunalen Einflusses auf die RWE AG.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Wolfgang Kirsch
Wolfgang Schäfer

Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH

Gesellschafterausschuss

Wolfgang Gurowitz
Ulrich Monegel (bis 11.03.2021)
Norbert Schilff (bis 11.03.2021)
Ullrich Sierau (Vorsitzender; bis 11.03.2021)
Uwe Waßmann ab(11.03.2021)
Hendrik Berndsen (ab 11.03.2021)
Thomas Westphal (Vorsitzender; ab
11.03.2021)
Guntram Pehlke
Jörg Jacoby
Hans- Wolfgang Neige
Dr. Karl Schneider (Erster stellvertretender
Vorsitzender)

Peter Brandenburg
Manfred Müller (bis 11.03.2021)
Christoph Rüther (ab 11.03.2021)
Dr. Klaus Effing (bis 11.03.2021)
Dr. Martin Sommer (ab 11.03.2021)
Dr. Olaf Gericke

Detlef Seiler (bis 11.03.2021)
Martin Püschel (ab 11.03.2021)
Sonja Leidemann (bis 11.03.2021)
Lars König (ab 11.03.2021)
Matthias Löb (Zweiter Stellvertretender
Vorsitzender)
Dr. Georg Lunemann

Gesellschafterversammlung

Landrat Dr. Kai Zwicker

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 16 Mitgliedern keine Frau an (Frauenanteil: 0 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist wegen der geringen Anzahl an Beschäftigten nicht erforderlich.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019	31.12.2020	Bilanz per 30.06.2021
AKTIVA	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
III. Finanzanlagen	9.198	9.198	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	123	136	142
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	27.640	25.802	41.049
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	36.961	35.136	41.191

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital ohne Eigenanteile	11.960	11.960	11.960
II. Kapitalrücklagen	9.280	9.280	7.029
III. Gewinnrücklagen	16.120	16.120	16.120
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	-454	0
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-454	-1.798	6.082
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	55	27	0
III. sonstige	0	0	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	36.961	35.136	41.191

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 EUR	2020 EUR	01.01. bis 30.06.2021 EUR
Umsatzerlöse	0	0	0
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	473	516	6.972
Gesamtleistung	473	516	6.972
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	927	2.314	889
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-454	-1.798	6.082
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-454	-1.798	6.082
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-454	-1.798	6.082

Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die Gesellschaft hat nur ein sehr eng umgrenztes Aufgabenfeld mit einer ausschließlichen Ausrichtung auf die RWE AG. Vorrangig dient sie zur Bündelung der kommunalen Kräfte in der RWE AG. Daher wird auf eine Darstellung von Kennzahlen verzichtet.

Geschäftsentwicklung

Mit dem Beschluss zur Liquidation vom November 2020 hat die Gesellschafterversammlung auch den Schluss des Geschäftsjahres auf den 30.06 eines Jahres beschlossen. Damit konnte das Stillhaltejahr im Liquidationsprozess am 01.07.2021 beginnen und endete am 30.06.2022.

Die Gesellschaft hält zum Bilanzstichtag 70 eigene Geschäftsanteile zu 260,00 Euro und drei Geschäftsanteile zu 520,00 Euro. Der Nennwert dieser Anteile wird in der Bilanz offen vom Stammkapital abgesetzt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Rumpfgeschäftsjahres bis zum 30.06.2021 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 6.082,43 Euro ab.

Die Eröffnungsbilanz zur Liquidation wurde aus der Schlussbilanz zum 30.06.2021 entwickelt.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Im November 2020 hat die Gesellschafterversammlung die Liquidation der Gesellschaft zum 30.06.2021 beschlossen. Hintergrund ist, dass sich die Vka Westfalen und die Vka Essen auf den Zusammenschluss beider Gesellschaften verständigt haben. Hierzu sollen die Gesellschafter der Vka Westfalen bis zum 01.07.2021 der Vka Essen beitreten und die Vka Westfalen liquidiert werden. Der Kreistag hat der Liquidation und der Beteiligung an der Vka Essen am 19.11.2020 zugestimmt.

Mit der Beendigung des Stillhaltejahres zum 30.06.2022 haben die Gesellschafter die notwendigen abschließenden Beschlüsse gefasst. Die Auskehrung des verbliebenen Vermögens aus der Schlussbilanz zur Liquidation erfolgt noch im Jahr 2022. Der Kreis Borken soll einen Betrag in Höhe von 7.722,62 Euro erhalten. Mit der Auskehrung des Restvermögens erlischt die Gesellschaft.

Entsprechend dem Kreistagsbeschluss vom November 2020 hat der Kreis Borken einen Geschäftsanteil in Höhe von 511,29 Euro mit Wirkung zum 01.07.2021 an dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH in Essen (Vka Essen GmbH) erworben. Die Erwerbsnebenkosten betrugen 230,84 Euro. Somit beliefen sich die Anschaffungskosten auf 742,13 Euro.

Da die Vka Essen GmbH ihr Geschäftsjahr zum 30.06. eines Jahres beendet, liegt noch kein Jahresabschluss ab dem Zeitpunkt der Beteiligung des Kreises Borken an der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2021 vor. Daher wird die Gesellschaft erst im Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2022 mit ihrem Jahresabschluss zum 30.06.2022 dargestellt.

Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH

Estern 41
48712 Gescher
Tel.: 02542 / 929-0
Fax: 02542 / 929-100
Internet: www.egw.de
E-Mail: info@egw.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Gezeichnetes Eigenkapital	1.860.000,00 Euro
---------------------------	-------------------

davon:

Kreis Borken (alleiniger Gesellschafter)	1.860.000,00 Euro
--	-------------------

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung von Aufgaben insbesondere im Bereich der Abfallwirtschaft und der Vermarktung von Sekundärrohstoffen im Kreis Borken. Die Gesellschaft nimmt entsprechend der ihr vom Kreis Borken erteilten Aufträge Aufgaben zur Verwertung und Entsorgung von Abfällen sowie der Vermarktung von Sekundärrohstoffen wahr.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Franz-Peter Kleyboldt

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun vom Kreis Borken entsandten Mitgliedern. Neben dem Hauptverwaltungsbeamten werden acht Mitglieder vom Kreistag gewählt. Der Kreistag bestellt auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister und Beigeordneten im Kreis Borken ein beratendes Mitglied ohne Stimmrecht in den Aufsichtsrat. Das beratende Aufsichtsratsmitglied zählt bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrates nicht mit.

Dr. Kai Zwicker	Vorsitzender
Annette Brun	
Dietmar Eisele	
Ulrich Gühnen	
Bruno Hartling	
Markus Jasper	
Heiko Nordholt	
Kevin Schneider	
Markus Schulte	
Manuel Deitert	beratendes Mitglied ab 26.05.2021

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus dem Kreis Borken als alleinigem Gesellschafter. Der Kreis Borken wird in der Gesellschafterversammlung durch den Landrat und bis zu 16 weitere vom Kreistag gewählte Mitglieder repräsentiert. Die Wahl der Mitglieder erfolgt nach § 35 Abs. 3 KrO NRW. Die stimmberechtigten Mitglieder des Kreisausschusses können durch einstimmigen Beschluss in die Gesellschaftsversammlung entsandt werden, wenn sich zuvor die Kreistagsmitglieder auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt haben.

In der Sitzung am 19.11.2020 haben sich die Kreistagsmitglieder auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt und folgende Mitglieder des Kreistags in die Gesellschafterversammlung der EGW entsandt:

Barbara Büscher	Elisabeth Lindenhahn
Heinz-Josef Elpers	Barbara Seidensticker-Beining
Wilhelm Stilkenbäumer	Jens Steiner
Roland Sauret	Hermann Dreischenkemper
Christel Wegmann	Michael Theuring
Heike Wissing	Jörg von Borczyskowski
Dr. Heinrich Render	Markus Krafcyk
Stephanie Pohl	Reinhard Böcker

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 10 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 10 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt vor, wird laufend überprüft und fortgeschrieben.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	24	35	38
II. Sachanlagen	27.219	25.487	23.710
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	192	193	183
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.345	4.339	3.771
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	1.361	1.778	2.950
C. Rechnungsabgrenzungsposten	38	22	27
Bilanzsumme	33.179	31.855	30.679

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I.1. Gezeichnetes Eigenkapital	1.860	1.860	1.860
I.2. Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlage	0	0	0
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	2.503	2.503	2.503
IV. Anteile anderer Gesellschafter	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	2.002	4.165	5.551
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.163	1.385	1.838
VII. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
B. Rückstellungen	3.996	3.324	3.452
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	18.140	15.917	13.061
II. aus Lieferung und Leistung	1.990	2.223	1.823
III. gegenüber Gesellschaftern	0	0	0
III. sonstige	525	477	592
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	33.179	31.855	30.679

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	34.759	35.828	35.971
aktivierte Eigenleistungen, unfertige und fertige Erzeugnisse	14	12	1
sonstige betriebliche Erträge	1.961	149	246
Gesamtleistung	36.735	35.990	36.218
Materialaufwand	21.331	21.357	21.201
Personalaufwand	5.284	5.515	5.740
Abschreibungen	3.181	3.407	3.383
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.416	3.470	2.916
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Ergebnis aus anderen Finanzanlagen	0	0	0
Zinsergebnis	-304	-268	-239
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.220	1.974	2.739
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.001	533	844
sonstige Steuern	57	56	57
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.163	1.385	1.838
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	2.163	1.385	1.838

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	26	31	38
Fremdkapitalquote:	%	74	69	62
Anlagendeckung I:	%	31	39	49
Anlagendeckung II:	%	94	97	100
Investitionen:	T-EUR	2.347	1.702	1.645
cash-flow:	T-EUR	5.394	4.821	5.266
Innenfinanzierungsgrad:	%	230	283	320
Eigenkapitalrentabilität:	%	38	20	23
Umsatzrentabilität:	%	6	4	5
Gesamtkapitalrentabilität	%	11	7	10
Liquidität 1. Grades	%	18	25	43
Liquidität 2. Grades	%	75	87	98
Liquidität 3. Grades	%	78	89	101
Personalstand	Personen	117	118	121
Gesamtleistung pro Mitarbeiter	EUR	313.973	304.998	299.326
Personalaufwandintensität	EUR	45.160	46.735	47.441

Leistungen / Produktivität

	2019 in t	2020 in t	2021 in t
Abfallmengen gesamt	348.764	418.580	394.050
Gewerbeabfälle	50.344	53.100	56.670
Bau- und Inertabfälle	110.456	164.600	134.850
Grünabfall	4.900	4.460	4.190
Bioabfälle	59.440	63.700	65.780
Summe entgeltspflichtige Abfälle	225.140	285.860	261.490
Haus- und Sperrmüll	53.188	56.200	55.720
Bioabfälle	44.132	46.400	47.680
kommunaler Grünabfall	26.304	30.120	29.160
Summe gebührenpflichtige Abfälle	123.624	132.720	132.560

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die Abfallwirtschaft gehört als Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge zu den wichtigen Aufgaben des Kreises Borken. Der Kreis Borken hat als alleiniger Gesellschafter im Jahr 1994 die Aufgaben der öffentlichen Abfallwirtschaft im Kreis auf die EGW übertragen.

Während die Städte und Gemeinden das Einsammeln und den Transport des Abfalls koordinieren, ist die EGW insbesondere für die Verwertung und Beseitigung von Abfällen aus privaten Haushalten und anderen Herkunftsbereichen (Gewerbeabfälle) verantwortlich. Darüber hinaus tritt sie im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit als Drittbeauftragte auf.

Die EGW hat im Kreis Borken als zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb eine hochwertige Entsorgungsinfrastruktur aufgebaut, die es ermöglicht, selbstständig und eigenverantwortlich in der Abfallwirtschaft agieren zu können. Handlungsleitend sind dabei die vom Kreistag des Kreises Borken im Abfallwirtschaftskonzept vorgegebenen Ziele, die Abfallwirtschaft unter Abwägung ökologischer und ökonomischer Aspekte zu gestalten sowie die Zukunftsfähigkeit der gewählten Maßnahmen und Technologien fortwährend zu überprüfen. Besonderen Stellenwert haben dabei die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit und sozialverträgliche Gebühren. Zu diesem Zweck beschäftigt die EGW in ihren kreisweiten Entsorgungsanlagen zum 31.12.2021 121 Mitarbeiter auf insgesamt 89,7 vollzeitverrechneten Stellen.

Der Bereich der Behandlung von biogenen Abfällen stellt nach wie vor eine abfallwirtschaftliche Kernkompetenz der EGW dar.

Am Recycling- und Bioenergiezentrum in Gescher-Estern betreibt die EGW ein Bioabfallkompostwerk (BAK), eine Nassvergärungsanlage (VGA), eine Mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA), eine Grünkompostierungsanlage, einen Wertstoffhof und ein Zwischenlager für Schadstoffe aus Haushaltungen.

Das BAK und die VGA sind stoffstromseitig, abrechnungstechnisch und genehmigungsrechtlich seit 2016/2017 zusammengeführt. Neben der stofflichen Verwertung von Bioabfällen und Gärresten aus der VGA zu hochwertigen Qualitätskomposten erfolgt auch eine energetische Nutzung von Sortierresten aus der Abfallbiomasse. Nach einer Verfahrensumstellung wird die MBA seit 2012 auf die mechanische und biologische Behandlung von Bioabfällen sowie auf die mechanische Vorbehandlung von Restabfällen ausgerichtet. Am Standort Gescher werden in den Anlagen die Bioabfälle aus dem Kreis Borken und über interkommunale Kooperationen des Kreises Borken mit dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Dortmund auch Bioabfälle aus den Kooperationsgebieten verarbeitet.

Im Hinblick auf die Belange des Klimaschutzes haben die nachhaltige, energieeffiziente Abfallbehandlung und die Nutzung regenerativer Energien zunehmend an Bedeutung gewonnen. Konsequentermaßen verfolgt die EGW daher die Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien aus Sonne, Wind und Biomasse durch den Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen, Windkraftträdern und einer Vergärungsanlage sowie durch die thermische Behandlung von Restabfällen in energieeffiziente Biomasse-/Abfallkraftwerke. Im Weiteren betreibt die EGW im Bereich der Deponiegasnutzung zwei BHKW mit Kraft-/Wärmekoppelung. Die EGW verfolgt im Übrigen eine Strategie zur energetischen Optimierung der Stromverbraucher auf den EGW-Standorten und in Kooperation mit der Kreis Borken (z.B. Kreishaus Borken). Der von den regenerativen Energieanlagen der EGW erzeugte Strom wird vorrangig als Eigenstrom genutzt. Die Überschüsse werden in das öffentliche Netz eingespeist bzw. vermarktet. Die EGW verbessert weiter die Energieautarkie am Anlagenstandort Gescher. Im Juni 2021 wurde

eine 749 kWp Photovoltaik-Freiflächenanlage auf der ehemaligen Deponie Borken-Hoxfeld in Betrieb genommen. Ein Teil der hierüber erzeugten Energie wird zur Eigenstromversorgung genutzt.

Neben den vorstehend genannten Aufgabenfeldern zählen die ökologische Behandlung von Restabfällen, die konsequente Erfassung und Vermarktung von Wertstoffen, die umfassende abfallwirtschaftliche Beratung von Unternehmen und Bürgern, die vielfältige Unterstützung der Kommunen in abfallwirtschaftlichen Belangen und die Sicherung und Rekultivierung der stillgelegten Deponien des Kreises zum Aufgabenportfolio der EGW.

Auch im Jahr 2021 wurde die EGW erfolgreich als Entsorgungsfachbetrieb gem. § 56 KrWG für das Einsammeln, Befördern, Lagern, Behandeln, Verwerten, Handeln und Makeln von Abfällen zertifiziert. Die Zertifizierung für das Einsammeln, Befördern, Lagern, Behandeln und Verwerten von Abfällen wurde erstmals 1997 erlangt und seitdem ununterbrochen jährlich erneuert.

Geschäftsentwicklung

Der Jahresüberschuss des Jahres 2021 betrug 1.838 T-Euro und lag damit um 453 T-Euro (2020: 1.385 T-Euro) über dem Jahresergebnis des Vorjahres und um 1.020 T-Euro über dem Wirtschaftsplan 2021. Der Gesamtumsatz in 2021 erhöhte sich mit 35.971 T-Euro gegenüber 35.828 T-Euro in 2020 um 143 T-Euro. Gegenüber dem Planansatz 2021 ergibt sich eine Abweichung von + 2.638 T-Euro. Aufgeschlüsselt auf die wesentlichen Geschäftsfelder der EGW ergibt sich folgendes Bild:

Die Umsätze im gewerblichen Restabfallbereich stiegen gegenüber dem Vorjahr und der Planung maßgeblich aufgrund der überplanmäßigen Bedienung der externen Entsorgungskontingente mit Gewerbeabfällen und der Realisierung von Sanierungsprojekten im zweiten Halbjahr 2021, sowie der vorgezogenen Beschaffung von Deponieersatzbaustoffen für die im Frühjahr 2022 anstehenden Deponiebaumaßnahmen zur Herrichtung der Oberflächenabdichtung auf der Deponie Borken-Hoxfeld.

Im kommunalen Bereich war bei Aufstellung der Planzahlen für das Jahr 2021 noch nicht abschbar, welche Auswirkungen die Pandemie auf das veränderte Konsumverhalten der privaten Haushalte auf die Abfallwirtschaft haben wird. Im Zuge der auch in 2021 anhaltenden Pandemie entstand gegenüber der Planung trotz umfangreicher Getrennthaltungsmaßnahmen ein erhöhter Entsorgungsbedarf nicht nur beim kommunalen Haus- und Sperrmüll, sondern auch bei den Bio- und Grünabfällen.

Im Vergleich zu 2020 und zur Planung 2021 fanden nur bauvorbereitende Modellierungsmaßnahmen auf der Deponie Hoxfeld zur Realisierung der nunmehr in 2022 geplanten Oberflächenabdichtungs- und Rekultivierungsmaßnahmen statt.

Die Windenergie- und Photovoltaikanlagen sowie die Vergärungsanlage am Standort Gescher haben 2021 15,7 Mio. kWh Strom erzeugt und damit 3,6 Mio. kWh weniger als 2020. Dies ist im Wesentlichen auf die in 2021 auch bundesweit ganzjährig festzustellenden ungünstigen Witterungsbedingungen zurückzuführen. Über die abgeschlossenen Direktvermarktungsverträge konnten die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen begrenzt werden. Von den erzeugten 15,7 Mio. kWh Strom wurden in 2021 ca. 31 % bzw. 4,8 Mio. kWh in den eigenen Anlagen verbraucht. Dies führt zu der Deckung des Eigenbedarfs zu etwa 92 %.

Das Entsorgungskonzept im Bereich der Klärschlamm Entsorgung wurde ab 2021 neu geregelt, so dass die anfallenden Fremdkosten für den Transport und die Verwertung von Klärschlämmen unmittelbar mit den Kommunen und nicht mehr über die EGW abgerechnet worden sind.

Die bereits im fortgeschriebenen Wirtschaftsplan eingepreiste Erholung bei der Altpapiervermarktung gegenüber dem Vorjahr wurde in 2021 nochmals übertroffen.

Die sonstigen Umsatzerlöse über 740 T-Euro beinhalten aufgrund von BiLRUG ab 2016 neben den Pachterträgen für den interkommunalen Bauhof in Velen auch die Erträge aus dem Verkauf von Diesel an den Kreis Borken und die Stadt Gescher.

Die Kosten im Beschaffungsbereich sind im Wesentlichen bestimmt durch den Bezug von Betriebsmitteln (insbesondere Kraftstoffe), den Maklergeschäften aus der Vermarktung von kommunalen Wertstoffen (PPK, E-Schrott und Alttextilien) sowie den bezogenen Leistungen, insbesondere den Fremdentorgungsleistungen und Logistikleistungen.

Im Geschäftsjahr 2021 haben sich gegenüber dem Vorjahr die bezogenen Leistungen für eigene Anlagen und für Fremdentorgung insgesamt um 2.375 T-Euro reduziert, was hauptsächlich auf die Neuregelung der Klärschlamm Entsorgung sowie der Verschiebung von Baumaßnahmen auf der Deponie in Borken-Hoxfeld durch Fremdfirmen in das Jahr 2022 zurückzuführen ist.

Der Personalaufwand stieg von 5.515 T-Euro auf 5.740 T-Euro. Der Aufwand für Löhne und Gehälter veränderte sich dabei im Wesentlichen tarifbedingt und aufgrund von zusätzlichen Personalkosten um + 3,9 % von 4.337 T-Euro auf 4.504 T-Euro, der Aufwand für soziale Abgaben und Altersversorgung stieg um + 4,9 % von 1.177 T-Euro auf 1.235 T-Euro.

Insgesamt kann die EGW im Jahr 2021 dem laufenden Geschäft ein positives Geschäftsergebnis ausweisen und ihre Stellung als regional bedeutsames kommunales Entsorgungsunternehmen weiter festigen.

Neben der planmäßigen Rückführung der langfristigen Bankdarlehen wurden in 2021 drei Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 638 T-Euro vorzeitig abgelöst. Zum Jahresende 2021 beliefen sich die Bank Verbindlichkeiten auf 13.060 T-Euro (Vorjahr: 15.916 T-Euro). Die Fremdkapitalquote beträgt 61,7 %.

Bei dem Finanzmittelbestand handelt es sich um jederzeit verfügbare Guthaben auf Bankkonten. Zur Liquiditätssteuerung wird eine Liquiditätsplanung erstellt. Die EGW konnte jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr um 1.176 T-Euro verringert. Die Verringerung ist maßgeblich auf einen Rückgang des Anlagevermögens zurückzuführen. Die Abschreibungen 2021 fallen höher aus als die Neuinvestitionen.

Die Aktiva sind nach wie vor durch das hohe Sachanlagevermögen geprägt. Die Anlagenintensität beträgt 77,4 % (VJ 80,1 %).

Die Eigenkapitalquote hat sich von 31,1 % auf 38,3 % verbessert. Die Verbesserung der Eigenkapitalquote ist auf eine Verringerung der Bilanzsumme einhergehend mit einer Abnahme langfristiger Bankverbindlichkeiten zurückzuführen.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Die EGW hat für das Erkennen wesentlicher Risiken aus ihrer Tätigkeit im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung ein Kontroll- und Risikomanagement als Bestandteil der Unternehmensplanung implementiert. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um Risiken noch schneller erkennen, bewerten und erforderlichenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Durch die Umsetzung der interkommunalen Kooperationen mit der Stadt Dortmund und dem Kreis Recklinghausen können die am Standort Gescher verfügbaren Behandlungskapazitäten im Bioabfallkompostwerk, der Vergärungsanlage und in der MBA ausgelastet werden. Die interkommunale Kooperation mit der Stadt Dortmund und der Vertrag mit dem Kreis Recklinghausen bzw. der AGR hinsichtlich der thermischen Behandlung von Restabfällen aus dem Kreis Borken werden weiter fortgeführt.

Weiterhin besteht im Kerngeschäftsfeld der biologischen Abfallbehandlung der EGW aufgrund der düngerechtlichen Vorschriften das Erfordernis zur Intensivierung des Kompostabsatzes. Die EGW strebt hierzu weiter den Ausbau einer hochwertigen und zertifizierten Kompostproduktion an sowie die Sicherung und Diversifikation von neuen Absatzwegen, wie z.B. im Bereich der Rekultivierung von Halden- und Flächensanierungen.

Über eine stete und nachhaltige Optimierung des Stoffstrommanagements ist die EGW bestrebt, trotz schwieriger Marktentwicklungen die Restabfallentsorgung weiterhin sicherzustellen und wirtschaftlich zu optimieren. Durch die Akquise von Gewerbeabfälle besteht die Chance, bestehende Verbrennungskontingente wirtschaftlich auszulasten. Wesentliche Einschränkungen durch die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 hat die EGW nicht erfahren.

Handlungsleitend bei der weiteren Fortentwicklung der Wertstoffeffassung und -verwertung der EGW sind folgende Ziele:

1. Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und nachhaltigen kommunalen Wertstoffwirtschaft im Kreis Borken
2. Wertstoffeffassung und -verwertung erfolgen in kommunaler Systemführerschaft und Verantwortung
3. Sicherung der Wertstoffefflöse für die kommunalen Gebührenhaushalte und damit für die Bürgerinnen und Bürger

Bei der Umsetzung der Ziele setzen die EGW, der Kreis Borken sowie die Städte und Gemeinden vor allem auf den Ausbau interkommunaler Kooperationen zwischen den Körperschaften, z.B. bei der Entsorgung von Bio- und Restabfällen, beim Betrieb des Schadstoff-/Wertstoffmobil, von Wertstoffhöfen oder der Altkleidersammlung.

Das Risiko von Betriebsstörungen und Produktionsausfall wird von der EGW durch folgende Maßnahmen reduziert:

- Fortlaufende Optimierung der eingesetzten Technologien
- Schulung und Qualifizierung der Mitarbeiter beim Einsatz der Maschinenteknik
- Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und regelmäßigen Wartung

Um die Auswirkungen dennoch eintretender Schadensfälle zu minimieren, bestehen Ausfallversicherungen im wirtschaftlich sinnvollen Umfang.

Im Bereich der Nachrottehalle der MBA wurden verschiedene bauliche Mängel festgestellt und in einem in 2015 abgeschlossenen Beweissicherungsverfahren bewertet. Ende 2015 wurde gegen die am Bau beteiligten Unternehmen Schadensersatzklagen beim Landgericht Münster/Landgericht Köln eingereicht. Durch einen rechtskräftigen Widerrufsvergleich wurden die Verfahren vor den Gerichten mit Ablauf des 31.03.2019 beendet. Im 1. Quartal 2020 schloss die EGW die Sanierungen des 1. Bauabschnittes der Zwischendecke der Nachrottehalle ab. Die Sanierung des 2. Bauabschnittes der Zwischendecke erfolgte im 1. Quartal 2021.

In 2017 wurden von drei Anliegern der EGW Klagen gegen die vom Kreis Borken erteilten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheide zur Errichtung und zum Betrieb von zwei Anlagen zur Nutzung von Windenergie in Gescher-Estern erhoben. Das OVG Münster hat mit Urteilen vom 11.03.2019 die Klagen der Anlieger jeweils rechtskräftig abgewiesen. Am 17.02.2020 reichte ein Anlieger der EGW am Landgericht Münster eine zivilrechtliche Klage gegen die EGW ein. Das Verfahren ist Anfang Dezember 2020 ruhend gestellt worden. Das Verfahren ruht über den 31.12.2021 hinaus.

Die zwischen Kreis Borken und EGW mit Wirkung zum 01.01.2016 geschlossenen Entsorgungsverträge bestehen weiterhin fort. Diese bilden die Grundlage für das zukünftige Handeln der EGW. Im Bereich der Restabfallbehandlung, Bioabfall- und Grünabfallbehandlung erfolgt die Abrechnung auf Basis von Selbstkostenfestpreisen.

Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz bilden Klimaschutz, Ressourcen- und Energieeffizienz die Kernelemente zur Entwicklung einer Ressourcenwirtschaft. Hierbei haben regionale und interkommunale Lösungen eine große Bedeutung.

Die EGW strebt auch weiterhin eine Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Kreis Borken und mit den privaten Entsorgungsunternehmen in der Region an. Die EGW hat die konzeptionellen Überlegungen zu einer Fortentwicklung der Kreislaufwirtschaft im Kreis Borken mit der in 2021 erfolgten Überarbeitung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Kreis Borken für die Jahre 2022 bis 2026 (AWK) fortgeschrieben. Neben den Zielen und Maßnahmen für die Abfallvermeidung und der Abfallverwertung, sowie der hochwertigen Abfallbehandlung, wurden auch Ziele und Maßnahmen zur Ressourcenschonung, Energie, Nachhaltigkeit und Klimaschutz im AWK aufgenommen.

Seit Beginn 2020 beeinträchtigt die Entwicklung der Corona-Pandemie durch die damit verbundenen vielfältigen Restriktionen und Vorgaben das gesellschaftliche Leben und die wirtschaftliche Entwicklung erheblich. Die EGW begegnet diesen Herausforderungen auch im Jahr 2021 mit einem umsichtigen und von der Verantwortung für ihre Mitarbeiter, ihre Kunden, Lieferanten und Partnern getragenes Vorgehen, bei dem der Arbeits- und Gesundheitsschutz bei der Fortführung ihrer Geschäftstätigkeit im Vordergrund steht. Die EGW hat mit Beginn der Corona-Pandemie einen Krisenstab aktiviert, der wiederkehrend auch im Jahr 2021 zusammenkam. Im Krisenstab wurden frühzeitig die erforderlichen Schutzmaßnahmen festgelegt und fortlaufend der aktuellen Pandemielage angepasst.

Wie sich der am 24.02.2022 ausgebrochene Krieg in der Ukraine auf die wirtschaftlichen Beziehungen in der EU und die deutsche Wirtschaft (Entwicklung der Energiekosten, Material- und Rohstoffversorgung der Wirtschaft, Transportketten etc.) auswirken wird, ist derzeit noch

unklar. Die EGW hält die Entwicklungen im Blick und ergreift im Rahmen ihres Handlungsrahmens möglichst frühzeitig Maßnahmen, um die Entsorgungssicherheit und eine Preisstabilität möglichst halten zu können.

Das bestehende Serviceangebot der EGW wird durch ein bewährtes flächendeckendes und haushaltsnahes Netz von Wertstoffhöfen komplettiert. Hier werden weitere wertstoffhaltige Abfälle (insbesondere Altmetalle, Elektroschrott, Altholz, Kunststoffe, Grünabfälle, Bauschutt) getrennt erfasst und einer geordneten Verwertung zugeführt.

Für 2022 wird gegenüber 2021 mit einem Umsatzrückgang gerechnet. Die Umsatzentwicklungen der Vorjahre 2019, 2020 und 2021 waren u.a. durch Sondereffekte geprägt. Die EGW wird nach Beendigung der Oberflächenabdichtungsmaßnahmen auf der Deponie Borken-Hoxfeld im Jahr 2022 zukünftig geringere Umsätze aus dem Bodenmanagement erzielen. Insgesamt betrachtet, verringert sich gemäß der Planung der Umsatz der EGW für 2022 moderat auf 35.222 T-Euro bei einem geplanten Jahresüberschuss in Höhe von 632 T-Euro.

Zur Sicherung der zukünftigen Entsorgung von mineralischen Abfällen aus dem Kreisgebiet werden Entsorgungswege im Kreisgebiet und über interkommunale Kooperationen in der Region weiter geprüft.

Aufgrund der zeitnahen Reaktion auf Entwicklungen im Abfallmarkt, insbesondere durch die zeitnahe Umsetzung rechtlicher Vorgaben, lassen sich bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft vor dem Hintergrund der bestehenden Marktsituation derzeit grundsätzlich nicht erkennen.

Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)

Krögerweg 11
48155 Münster
Tel.: 0251 / 6270-0
Fax: 0251 / 6270-222
Internet: www.rvm-online.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	7.669.400,00 Euro	
davon:	1.351.220,00 Euro	= 17,62 %

Unternehmensbeteiligungen

Unternehmen	anteiliges Stammkapital	in %
Verkehrsbetrieb Kipp GmbH	25,00 T-Euro	100,00
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	1.043,92 T-Euro	47,14
Tarifgemeinschaft Münsterland-Ruhr-Lippe GmbH	1,00 T-Euro	3,57
BEKA GmbH	8,76 T-Euro	0,78

Gegenstand des Unternehmens

- 1) Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf und in der Stadt Münster sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten. Die RVM erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen. Daneben verfolgt sie dieses Ziel durch den Betrieb von Güterverkehr auf Schiene und Straße sowie als Eisenbahninfrastrukturunternehmen. Ferner kann sich die Gesellschaft an Unternehmen beteiligen, die diese Zwecke fördern.
- 2) Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs und dem Eisenbahnverkehrsangebot gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge. Die Gesellschaft übt daher ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung ihres Verkehrsgebiets nach kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen aus.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns

Aufsichtsrat

21 Mitglieder, davon 3 vom Kreis Borken entsandt:

Dr. Herbert Bleicher (Vorsitzender)	Anneli Hegerfeld-Reckert
Dr. Linus Tepe	Volker Jürgen Himmel
Jürgen Barlach (2. stellv. Vorsitzender)	Carmen Lattek
Dr. Elisabeth Schwenzow (1. stellv. Vorsitzende)	Dr. Julian Allendorf
Daniel Höschler	Carsten Rehers
Dr. Alexander Berger	Sebastian Täger
Franz-Josef Buschkamp	Carl-Heinz Frerichs
Robin Denstorff	Sebastian Schulze
Frank Gäfgen	Ralf Wiesmann
Wilfried Grunendahl	Josef Kölker
Tatjana Böckenholt	

Gesellschafterversammlung

Dr. Elisabeth Schwenzow

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 21 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 19 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Entsprechend § 2 Abs. 2 LGG werden die Ziele des LGG gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages in dem Unternehmen beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	365	515	609
II. Sachanlagen	20.010	21.260	21.623
III. Finanzanlagen	1.554	1.484	1.415
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	382	431	436
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.590	23.485	17.482
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	5.338	6.287	6.006
C. Rechnungsabgrenzungsposten	33	23	11
Bilanzsumme	52.271	53.485	47.582

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	7.669	7.669	7.669
II. Kapitalrücklagen	2.119	1.613	1.613
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	-1.390	-922	-357
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-38	565	18
VI. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
B. Rückstellungen	15.767	18.507	7.027
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	13.139	10.701	9.344
II. aus Lieferung und Leistung	8.105	9.001	12.550
III. sonstige	6.894	6.348	9.713
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5	4	4
Bilanzsumme	52.271	53.485	47.582

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	58.876	59.982	60.053
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	946	3.181	4.193
Gesamtleistung	59.823	63.163	64.246
Materialaufwand	39.881	41.922	43.313
Personalaufwand	14.961	15.305	15.566
Abschreibungen	2.545	2.771	3.050
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.236	2.582	2.459
Beteiligungsergebnis	68	233	383
Zinsergebnis	-284	-233	-197
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-16	583	44
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	22	18	25
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-38	565	18
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-38	565	18

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	16	17	19
Fremdkapitalquote:	%	84	83	81
Anlagendeckung I:	%	38	38	38
Anlagendeckung II:	%	91	79	72
Investitionen:	T-EUR	5.435	5.876	4.533
cash-flow:	T-EUR	5.421	6.076	-8.412
Innenfinanzierungsgrad:	%	100	103	-186
Eigenkapitalrentabilität:	%	0	7	0
Umsatzrentabilität:	%	0	1	0
Liquidität 1. Grades	%	77	99	62
Liquidität 2. Grades	%	434	469	242
Liquidität 3. Grades	%	440	476	246
Personalstand	Personen	278	279	268
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	215	226	240
Personalaufwandintensität	T-EUR	54	55	58

Leistungen / Produktivität

		2019	2020	2021
Personenverkehr				
- Wagen-km Omnibusse gesamt	in Tkm	22.456	20.939	21.413
- davon öffentlicher Linienverkehr		19.956	18.676	19.083
- davon Eigenleistung		7.867	7.298	7.281
- davon angemietete Leistung		14.590	13.641	14.132
- angemietete Leistung in Prozent	in %	65	65	66
Fahrgastzahlen	Anzahl			
	in 1000			
- Jedermannverkehr				
- Einzelfahrscheine		1.991	1.058	1.287
- Wochen- / Monatskarten		4.656	3.711	3.153
- Ausbildungsverkehr				
- Wochen- / Monatskarten		13.301	13.087	13.992
- Ferien- / Freizeitkarten		1.295	1.047	924
Unentgeltliche Beförderung		734	682	704
(Schwerbehinderte u.a.)				
Linienverkehr insgesamt		21.977	19.585	20.060
Übrige Verkehrsarten / Fremdverkäufe (-)		-1.509	-782	-140
Gesamtverkehr		20.468	18.803	19.920

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Dem Unternehmen kommt eine bedeutende Rolle bei der Gestaltung des Nahverkehrsangebotes der Kreise zu. Mit der Unterstützung der RVM wird im Münsterland ein differenziertes, auf den ländlichen Raum abgestimmtes, hochwertiges ÖPNV-Angebot vorgehalten.

Im Geschäftsjahr 2021 beförderte die RVM insgesamt 19,9 Mio. Fahrgäste. Der demographische Wandel hat weiterhin einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Fahrgastzahlen.

Die Einbindung der regional tätigen Busunternehmen in das ÖPNV-System wurde fortgesetzt. Die Gesellschaft kooperiert mit rund 90 regionalen privaten Busunternehmen, die ca. 66 % der Fahrleistungen erbrachten. Die RVM bleibt somit ein wichtiger Partner und Auftraggeber für die regionalen Busunternehmen.

Seit 2011 beauftragen die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf die RVM über die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 als internen Betreiber. Mit der Direktvergabe wurde der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2020 sichergestellt. Die neuen Direktvergaben von Linienverkehren gem. Art. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 an die angeschlossenen Verkehrsunternehmen als interne Betreiber ab 2021 wurden erfolgreich abgeschlossen. Damit sind die Grundlagen für den Hauptzweck des Unternehmens weiterhin gesichert.

Geschäftsentwicklung

Die Erträge im Linienverkehr gemäß Ertragsstatistik stiegen um 5,4 %. Während diese im Jedermannverkehr um rd. 8,0 % stiegen, verzeichnete der Ausbildungsverkehr einen Anstieg um rd. 4,6 %.

Die Betriebsleistung des Personenverkehrs betrug im Berichtsjahr rd. 21.413 Tsd. km und stieg damit um rd. 2,3 %.

Für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten gilt die Regel-Quote von 3,53 %.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich gestiegene Aufwand für den Diesel und Instandhaltung negativ aus. Weiterhin gab es höhere Kosten im Zuge der Digitalisierung, Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte, pandemiebedingte Ausgleichszahlungen sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Darüber hinaus begünstigten nachträgliche Einnahmenschreibungen und Abgeltungszahlungen gemäß § 11a ÖPNVG für Vorjahre das Ergebnis.

Im Personenverkehr wird insgesamt ein Fehlbetrag von rd. 4,4 Mio. Euro vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen. Die Güterverkehrssparte erzielte einen Überschuss von 19 T- Euro. Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die unterjährig durchgeführten Quartalsberichte überwacht. Das Ergebnis des Berichtsjahres im Personenverkehr lag um rd. 5,2 Mio. EUR besser als Planwert von 9,6 Mio. Euro. Das Ergebnis der Güterverkehrssparte lag um rd. 205 T-Euro besser als Planwert von -186 T- Euro (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator).

Im Güterverkehr wurden insgesamt 680.900 t. Güter transportiert und damit 9.400 t weniger als im Vorjahr.

Durch die Mittelbeschaffung im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements ist die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft mit ausreichender Liquiditätsversorgung aufgrund der Rahmenvereinbarung mit der WVG gesichert. Das von den Zinseffekten der langfristigen Finanzierung geprägte Finanzergebnis als Saldo von Zinserträgen und Zinsaufwendungen hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Die Bilanzsumme der RVM verringerte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um rd. 5.903 T- Euro auf 47.582 T- Euro. Das Anlagevermögen stieg um rd. 388 T- Euro auf 23.647 T-Euro. Der Anstieg betrifft im Wesentlichen die Anschaffung von Omnibussen. Das Umlaufvermögen ging um rd. 6.280 T- Euro auf 23.924 T-Euro zurück. Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt unverändert 7.669.400 Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 18,8%.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Neben den bisher bekannten Rahmenbedingungen wie begrenzte Ertragssteigerungspotenziale, demografisch bedingter Schülerrückgang, noch nicht planbare Effekte aus dem Einnahmenausgleich sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal stellt die sogenannte Corona-Pandemie seit März 2020 das Unternehmen vor neue Herausforderungen.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Branchenverband für über 600 Unternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, begrüßt die Entscheidung des Bundes und der Länder, zügige Beratungen über eine pandemiebedingte Fortsetzung des ÖPNV-Rettungsschirmes für 2022 zu beginnen. Der VDV-Präsident: „Diese Krise verlangt der Branche alles ab und wird in ihren Auswirkungen auch das Jahr 2022 beherrschen. Wie genau kann derzeit kaum jemand sagen. Gewissheit herrscht bislang nur über drei Dinge: Erstens, es gibt kein erhöhtes Ansteckungsrisiko in Bus und Bahn. Zweitens, die Branche fährt, obwohl die Fahrgastzahlen bei 75 bis 80 Prozent liegen, auf Wunsch der Politik weitestgehend ihr volles Angebot. Drittens: Der aktuelle ÖPNV-Rettungsschirm läuft Ende 2021 aus. Es ist deshalb ein gutes Zeichen, dass Bund und Länder kurzfristig über eine Anschlussregelung verhandeln wollen. Nur so können wir das volle Angebot auf Straße und Schiene bringen, das auch für das Einhalten eines gewissen Abstands wichtig ist.“

Die Maßnahmen zur Eindämmung wirken sich damit naturgemäß auf die Einnahmenseite der Unternehmen aus. Zwar reagieren die Verkehrsunternehmen hierauf wiederum vielerorts mit einer Anpassung der Fahrpläne (z. B. durch Umstellung auf Ferien oder Wochenend-Fahrpläne) bis hin zur teilweisen Einstellung ganzer Linien bzw. Streckenabschnitte. Die Kostensenkungen durch Leistungsreduzierungen und -anpassungen können die Einnahmenausfälle jedoch nicht kompensieren, da ein Großteil der Kosten unverändert auf dem Niveau des normalen Regelbetriebes bleibt. Dies betrifft insbesondere die Personalkosten, den Kapitaldienst oder auch die Overhead-Kosten. Eine kurzfristige Senkung dieser Kosten, wie in Fällen von klassischen Leistungsabbestellungen, ist nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich, da die nunmehr reduzierten Leistungen eben nicht dauerhaft abbestellt wurden, sondern spätestens mit Beendigung der Krise kurzfristig oder sukzessive wieder auf „Normalniveau“ erbracht und gewährleistet werden müssen.

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2020 beschlossenen Direktvergabe ist die Grundlage für den Hauptzweck der RVM bis 2030 gesichert. Die Direktvergabe an die RVM ab 2021 wurde für die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf erfolgreich abgeschlossen. Für die Verkehre im Kreis Steinfurt wurde jedoch ein eigenwirtschaftlicher Antrag von einem privaten Verkehrsunternehmen gestellt. Dieser wurde von der Bezirksregierung abgelehnt, worauf hin das private Unternehmen zunächst Widerspruch und nunmehr Klage eingelegt hat. Daher wurden der RVM im Kreis Steinfurt die Liniengenehmigungen vorerst im Rahmen einer einstweiligen Erlaubnis erteilt. An dem Klageverfahren ist die RVM bislang nicht beteiligt.

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die Interne Revision überwacht.

Die Geschäftsführung sieht sowohl in Summe als auch im Einzelnen keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Liquidität der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Finanzmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Verkehrsunternehmen gesichert. Diese wird durch eine rollierende kurzfristige monatliche Liquiditätsplanung stetig überwacht.

Verkehrsbetrieb Kipp GmbH (VBK)

Münsterstr. 58a
49525 Lengerich
Tel.: 05481 / 847557-0
Fax: 0251 / 6270-222
Internet: www.vbk-online.de
E-Mail: info@vbk-online.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital: 25.000,00 Euro

davon:

Kreis Borken **mittelbare Beteiligung** über die RVM 17,62 %

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf und in der Stadt Münster einschließlich grenzüberschreitender Verkehre in benachbarte Verkehrsgebiete, insbesondere durch Errichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, sowie Förderung und Verbesserung von Güterverkehr auf Schiene und Straße, ferner die Beteiligung an Unternehmen, die diese Zwecke fördern.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns (Geschäftsführer)

Gesellschafterversammlung

Vorsitzende/r der Gesellschafterversammlung der Regionalverkehr Münsterland GmbH

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Es wurde kein Aufsichtsgremium im Sinne eines Aufsichtsrates errichtet.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Ziele des LGG werden gemäß § 2 LGG in Verbindung mit § 11 des Gesellschaftsvertrages in dem Unternehmen beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	17	15
II. Sachanlagen	2.641	2.579	3.066
III. Finanzanlagen	2	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	60	71	82
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.672	1.458	1.972
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	273	678	582
C. Rechnungsabgrenzungsposten	15	2	1
Bilanzsumme	4.667	4.806	5.718

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	25	25	25
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/ -verlust	0	0	0
VI. Ergebnisverwendung Teilhaber	0	0	0
B. Rückstellungen	342	335	436
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	129	105	80
II. aus Lieferung und Leistung	964	712	401
III. sonstige	3.206	3.629	4.775
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.667	4.806	5.718

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	7.351	7.283	8.042
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	98	602	349
Gesamtleistung	7.450	7.885	8.390
Materialaufwand	3.608	3.535	3.804
Personalaufwand	2.729	2.957	3.002
Abschreibungen	545	601	661
sonstige betriebliche Aufwendungen	487	548	533
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-25	-20	-19
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	55	222	373
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	2	1	1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	54	220	372
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	-54	-220	-372
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	0

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	1	1	0
Fremdkapitalquote:	%	99	99	100
Anlagendeckung I:	%	1	1	1
Anlagendeckung II:	%	1	4	3
Investitionen:	T-EUR	709	700	0
cash-flow:	T-EUR	629	815	1.345
Liquidität 1. Grades	%	6	16	11
Liquidität 2. Grades	%	42	49	48
Liquidität 3. Grades	%	43	51	49
Personalstand	Personen	76	82	77
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	98	96	109
Personalaufwandintensität	T-EUR	36	36	39

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die Verkehrsbetrieb Kipp GmbH (VBK) aus Lengerich ist ein Tochterunternehmen der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM). Der Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb von Öffentlichem Personennahverkehr sowie die Beteiligung an Unternehmen, die diese Zwecke fördern. Diese Zwecksetzung wird durch die Geschäftstätigkeit erfüllt.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge. Daher übt die Gesellschaft die Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung des Verkehrsgebiets aus.

Die Aktivitäten beschränken sich zurzeit auf Leistungen für die Muttergesellschaft RVM und die Ledder Werkstätten GmbH. Mit diesen Leistungsempfängern hat die VBK langfristige Beschäftigungsverträge abgeschlossen, um das Geschäftsmodell auf eine solide Grundlage zu stellen.

Darüber hinaus besteht mit der Muttergesellschaft RVM ein Ergebnisabführungsvertrag.

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie den vier Kreisen des Münsterlandes. Letztere sind nicht nur Hauptgesellschafter der Muttergesellschaft RVM, sondern tragen auch gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf ist abhängig vom Geschäftsumfang der Muttergesellschaft RVM und der Ledder Werkstätten. Die Umsatzerlöse der VBK betragen 2021 8,04 Mio. Euro und liegen damit unter dem Niveau des Vorjahres mit 7,28 Mio. Euro.

Die Gesellschaft lag mit dem Ergebnis von rd. 372 T-Euro vor der Gewinnabführung über dem Vorjahresergebnis von 220 T-Euro. Damit lag das Ergebnis über dem Planwert von 349 T-Euro (wesentlicher Leistungsindikator). Höhere Kosten aus den Bereichen Personal, Treibstoff, Abschreibungen sowie Schulungen konnten durch Mehrerträge und Einsparungen kompensiert werden.

Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages mit der Muttergesellschaft weist die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 912 T-Euro auf 5.718 T-Euro. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 484 T-Euro auf 3.081 T-Euro. Das Eigenkapital beträgt unverändert 25 T-Euro. Das Anlagevermögen ist durch Eigenkapital sowie durch langfristige Darlehen und Kassenhilfsmittel des alleinigen Gesellschafters RVM finanziert.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Neben den bisher bekannten Rahmenbedingungen wie begrenzte Ertragssteigerungspotenziale sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal stellt die sogenannte Corona-Pandemie seit März 2020 das Unternehmen weiterhin vor neue Herausforderungen.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Branchenverband für über 600 Unternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, begrüßt die Entscheidung des Bundes und der Länder, zügige Beratungen über eine pandemiebedingte Fortsetzung des ÖPNV-Rettungsschirmes für 2022 zu beginnen. Der VDV-Präsident: „Diese Krise verlangt der Branche alles ab und wird in ihren Auswirkungen auch das Jahr 2022 beherrschen. Wie genau kann derzeit kaum jemand sagen. Gewissheit herrscht bislang nur über drei Dinge: Erstens, es gibt kein erhöhtes Ansteckungsrisiko in Bus und Bahn. Zweitens, die Branche fährt, obwohl die Fahrgastzahlen bei 75 bis 80 Prozent liegen, auf Wunsch der Politik weitestgehend ihr volles Angebot. Drittens: Der aktuelle ÖPNV-Rettungsschirm läuft Ende 2021 aus. Es ist deshalb ein gutes Zeichen, dass Bund und Länder kurzfristig über eine Anschlussregelung verhandeln wollen. Nur so können wir das volle Angebot auf Straße und Schiene bringen, das auch für das Einhalten eines gewissen Abstands wichtig ist.“

Für das Geschäftsjahr 2021 prognostiziert der Wirtschaftsplan ein positives Jahresergebnis vor Ergebnisabführung deutlich über Vorjahr.

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und zu nutzen.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Die Geschäftsführung sieht sowohl in Summe als auch im Einzelnen keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Liquidität der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Finanzmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Verkehrsunternehmen gesichert. Diese wird durch eine rollierende kurzfristige monatliche Liquiditätsplanung stetig überwacht.

Westfälische Verkehrsgesellschaft GmbH (WVG)

Krögerweg 11
48155 Münster
Tel.: 0251 / 6270-0
Fax: 0251 / 6270-222
Internet: www.wvg-online.de
E-Mail: info@wvg-online.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital: 2.214.500,00 Euro

davon:

Kreis Borken	mittelbare Beteiligung über die RVM	8,31 %
--------------	--	--------

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft sind die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Verkehrsräumen der Gesellschaft sowie die Koordinierung und Rationalisierung angeschlossener Verkehrsbetriebe.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) André Pieperjohanns (Geschäftsführer)

Aufsichtsrat

Thomas Rissiek (2. stellv. Vorsitzender)
Peter Bannes
Tarek Boudlal
Dr. Klaus Drathen
Robin Denstorff
Dr. Herbert Bleicher (Vorsitzender)
Carl-Heinz Frerichs
Martin Hesse
Dr. Uwe Liedtke

Maria Löhr (1. stellv. Vorsitzender)
Matthias Otto
Carsten Rehers
Dr. Elisabeth Schwenzow
Martina Taubert
Peter Wapelhorst
Dr. Linus Tepe
Dr. Jürgen Wutschka

Gesellschafterversammlung

Dr. Elisabeth Schwenzow

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 17 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Ziele des LGG werden gemäß § 2 LGG in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages in dem Unternehmen beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	464	307	143
II. Sachanlagen	1.743	1.734	1.737
III. Finanzanlagen	1	1	1
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	16	33	83
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.049	7.239	5.702
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	12.659	4.281	185
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18	13	10
Bilanzsumme	21.950	13.608	7.862

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	2.215	2.215	2.215
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	-8
B. Rückstellungen	2.844	2.839	2.864
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	383	507	928
III. sonstige	16.507	8.046	1.855
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
Bilanzsumme	21.950	13.608	7.854

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	10.419	10.501	11.362
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	12	9	25
Gesamtleistung	10.431	10.510	11.387
Materialaufwand	2.640	2.698	3.284
Personalaufwand	6.537	6.534	6.860
Abschreibungen	382	453	513
sonstige betriebliche Aufwendungen	547	498	483
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-204	-181	-156
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	122	146	90
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	113	137	89
sonstige Steuern	9	9	9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	-8
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Einstellungen in / Zuführung aus Rückstellungen	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	-8

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	10	16	28
Fremdkapitalquote:	%	90	84	72
Anlagendeckung I:	%	100	108	117
Anlagendeckung II:	%	100	108	117
Investitionen:	T-EUR	451	773	773
cash-flow:	T-EUR	611	449	530
Innenfinanzierungsgrad:	%	136	58	69
Eigenkapitalrentabilität:	%	0	0	0
Umsatzrentabilität:	%	0	0	0
Liquidität 1. Grades	%	77	53	10
Liquidität 2. Grades	%	119	143	317
Liquidität 3. Grades	%	119	144	322
Personalstand	Personen	89	91	90
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	117	115	127
Personalaufwandintensität	T-EUR	73	72	76

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Der Zweck der Gesellschaft besteht in der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Verkehrsräumen der Gesellschafter. Als Servicegesellschaft fördert die WVG die Koordinierung und Rationalisierung angeschlossener Verkehrsbetriebe. So übernimmt die WVG entsprechend ihrem Gesellschaftszweck betriebliche Dienstleistungen in Form von Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben für folgende Unternehmen:

- Regionalverkehr Münsterland GmbH
- Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH
- Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
- Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH
- sowie deren Tochterunternehmen.

Grundlage der Geschäftstätigkeit sind die Betriebs- und Geschäftsführungsverträge, in denen die Rolle der WVG als Servicegesellschaft eindeutig definiert ist.

Geschäftsentwicklung

Die allgemeine und branchenspezifische wirtschaftliche Entwicklung stellt zwar einen Einflussfaktor für die Gesellschaft dar, weitaus bedeutender sind jedoch für die Entwicklung der angeschlossenen Unternehmen und damit der WVG als Servicegesellschaft die branchenspezifischen Entwicklungen im wettbewerblichen und rechtlichen Umfeld.

Das Ergebnis des Berichtsjahres vor Umlage lag insgesamt über dem Ergebnis des Vorjahres. Wesentliche Ursachen hierfür waren Personalmaßnahmen in der Verkehrstechnik sowie IT und Mehrkosten durch tarifliche Anpassungen der Mitarbeiterentgelte. Darüber hinaus gab es höhere Abschreibungen durch Maßnahmen der Digitalisierung. Das Unternehmen erzielte insgesamt ein Ergebnis vor dem Ausgleich durch die angeschlossenen Unternehmen von rd. 7,49 Mio. Euro.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich überwacht. Die Umsatzerlöse aus der Umlage und den Leistungen für Dritte lagen mit 11,37 Mio. Euro über dem Planwert von 10,51 Mio. Euro (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator).

Die betreuten Verkehrsunternehmen leisten der WVG durch eine Umlage Aufwendungsersatz, für die der Gesellschaft im Rahmen der Geschäfts- und Betriebsführungstätigkeit entstehenden Aufwendungen abzüglich Erträge, so dass die WVG ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausweist.

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr betragen rd. 11,37 Mio. Euro (Vj. rd. 10,50 Mio. Euro). Diese setzen sich mit rd. 7,49 Mio. Euro (Vj. rd. 7,25 Mio. Euro) aus der Betriebs- und Geschäftsführungsumlage sowie mit rd. 3,88 Mio. Euro (Vj. rd. 3,25 Mio. Euro) sonstigen Umsatzerlösen zusammen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements, aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Unternehmen, gesichert. Das

von den Zinseffekten aus der Bewertung der Rückstellungen geprägte Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Das Unternehmen investierte weiterhin in Informationstechnologie, Digitalisierung sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,75 Mio. Euro auf rd. 7,86 Mio. Euro verringert.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Durch die abgeschlossene Umsetzung der beschlossenen neuen Direktvergaben von Linienverkehren gem. Art. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 ab 2021 bei allen drei ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe, ist die Grundlage für den Hauptzweck der WVG, der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für die Gesellschafterunternehmen, bis 2030 gesichert.

Die Geschäftsführung sieht sowohl in Summe als auch im Einzelnen keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Liquidität der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Finanzmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Verkehrsunternehmen gesichert. Diese wird durch eine rollierende monatliche Liquiditätsplanung stetig überwacht.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat und wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Zweckverband SPNV-Münsterland

Schorlemerstraße 26
48143 Münster
Telefon: 0251 / 4134 - 0
E-Mail: info@zvm.info

Rechtsform des Unternehmens

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Beteiligungsverhältnis

Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sind die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf sowie die Stadt Münster. Jede dieser Kommunen ist zu 20% am Zweckverband SPNV-Münsterland beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband SPNV Münsterland (ZVM) ist am 15.12.1995 gegründet worden. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf sowie die kreisfreie Stadt Münster. Gemäß § 5 Abs. 1 ÖPNVG ist der regionale Zweckverband ZVM ab 2008 Mitgliedsverband des Dachzweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe. Ziel der Tätigkeit des Zweckverbandes ist der Erhalt und die Weiterentwicklung des Schienenpersonennahverkehrs im Münsterland.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher

Dr. Klaus Effing (bis 30. April 2020)
Carsten Rehers (ab 25. Mai 2020)

Verbandsversammlung

Herr Karl Kösters
Frau Heike Cizelsky
Frau Anneli Hegerfeld-Reckert
Herr Wilhelm Dierksen
Herr Jan-Niclas Gesenhues (bis 01.11.2020)
Herr Reinhard Lah (bis 01.11.2020)
Herr Ludwig Reichert (bis 01.11.2020)
Herr Detlev Viefhues (ab 02.11.2020)
Frau Wiltrud Kampling (ab 02.11.2020)
Frau Wiebke Reerink (ab 02.11.2020)
Herr Dr. Klaus Effing (bis 30.04.2020)
Herr Carsten Rehers (ab 01.05.2020)

Herr Dr. Heinrich Render
Herr Volker Jürgen Himmel
Herr Theo Sanders
Herr Ludger Konrad
Frau Elisabeth Lindenhahn (bis 18.11.2020)
Herr Marco Van den Berg (bis 18.11.2020)
Herr Dietmar Eisele
Herr Daniel Höschler (ab 19.11.2020)
Herr Markus Krafczyk (ab 19.11.2020)
Frau Dr. Elisabeth Schwenzow

Herr Franz-Josef Buschkamp

Herr Josef Schmedding
Herr Paul Tegelkämper (bis 12.11.2020)
Herr Detlef Ommen
Herr Franz-Ludwig Blömker (bis 12.11.2020)
Herr Ron Schindler (bis 12.11.2020)
Herr Ulrich Schlösser (bis 12.11.2020)
Herr Robert Strübbe (ab 13.11.2020)

Frau Hedwig Tarner (ab 13.11.2020)
Frau Britta Tomsa (ab 13.11.2020)
Herr Nils Fiedlers (ab 13.11.2020)
Herr Dr. Herbert Bleicher

Herr Heinrich Terwort (bis 03.11.2020)
Herr Harald Koch (bis 03.11.2020)
Herr Ludger Wobbe
Frau Waltraud Bednarz (bis 03.11.2020)
Herr Enrico Zanirato (bis 03.11.2020)
Herr Wolfgang Dropmann
Herr Hermann-Josef Vogt
Herr Dr. Julian Allendorf (ab 04.11.2020)
Herr Stefan Holtkamp (ab 04.11.2020)
Frau Sabine Schäfer (ab 04.11.2020)
Frau Waltraud Oertel (ab 04.11.2020)
Herr Dr. Linus Tepe

Herr Stefan Weber
Herr Walter von Göwels
Herr Horst Karl Beitelhoff (bis 10.11.2020)
Herr Michael Kleyboldt (bis 10.11.2020)
Frau Hedwig Liekefedt (bis 10.11.2020)
Herr Gerhard Joksche (bis 10.11.2020)
Herr Rüdiger Sagel (bis 21.06.2020)
(eine Nachbesetzung erfolgte vor den
anstehenden Kommunalwahlen nicht mehr
durch die Fraktion Die LINKE)
Herr Carsten Peters (ab 11.11.2020)
Herr Martin Peitzmeier (ab 11.11.2020)
Frau Annika Bürger (ab 11.11.2020)
Frau Ute Hagemann (ab 11.11.2020)
Herr Ulrich Thoden (ab 11.11.2020)
Herr Robin Denstorff

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium (Verbandsversammlung) in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 40 Mitgliedern 11 Frauen an (Frauenanteil: 27 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die ZVM ist entsprechend den Vorgaben des § 1 Abs. 1 LGG in Verbindung mit § 5 Abs. 2 GkG NRW durch ihre Rechtsform zur Beachtung des LGG NRW verpflichtet. Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet.

Da bei der Aufstellung des Beteiligungsberichtes 2021 der Jahresabschluss 2021 noch nicht vorlag, wurden die Daten aus dem Abschluss 2020 herangezogen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2018 T-EUR	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0
II. Sachanlagen	17	29	28
III. Finanzanlagen	8	8	8
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10	121	317
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	3.642	2.161	1.726
C. Rechnungsabgrenzungsposten	24	18	16
Bilanzsumme	3.701	2.338	2.096

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	0	0	0
II. Kapitalrücklagen	1.088	1.088	1.088
III. Gewinnrücklagen	17	30	70
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/ -verlust	13	40	0
VI. Sonderposten für Zuwendungen	26	38	36
B. Rückstellungen	200	129	177
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	637	258	99
III. sonstige	1.721	756	626
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.701	2.338	2.096

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2018 T-EUR	2019 T-EUR	2020 T-EUR
Umsatzerlöse	0	0	0
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	4.838	4.566	2.268
Gesamtleistung	4.838	4.566	2.268
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	1.065	1.116	536
Abschreibungen	19	15	12
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.724	3.378	1.712
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-17	-16	-8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13	40	0
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	13	40	0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	13	40	0

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2018	2019	2020
Eigenkapitalquote:	%	30	50	55
Fremdkapitalquote:	%	69	49	43
Anlagendeckung I:	%	4.379	3.071	3.178
Anlagendeckung II:	%	4.379	3.071	3.178
Investitionen:	T-EUR	10	21	10
cash-flow:	T-EUR	19	-3	100
Liquidität 1. Grades	%	154	213	238
Liquidität 2. Grades	%	155	225	282
Liquidität 3. Grades	%	155	225	282
Personalstand	Anzahl	18	18	20

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Der Zweckverband SPNV Münsterland (ZVM) ist am 15.12.1995 gegründet worden. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf und die kreisfreie Stadt Münster.

Gemäß § 5 Abs. 1 ÖPNVG ist der Zweckverband ZVM seit 2008 Mitgliedsverband des Dachzweckverbandes Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL).

Die Aufgabenwahrnehmung des ZVM wird im Wesentlichen durch die gesetzlich vorgegebenen Landesmittel auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes NRW, der Satzung des Dachzweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) und der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Ausgestaltung der Organisationsstrukturen des Schienenpersonennahverkehrs in Westfalen-Lippe zwischen den Zweckverbänden Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Münsterland, Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe, Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter und Personennahverkehr Westfalen-Süd vom 20.12.2007 mit der Ergänzung vom 30.04.2013 finanziert.

Mit dem Ziel der engeren Zusammenarbeit zwischen den Aufgabenträgern im ÖPNV und dem ZVM haben die Kreise Borken, Coesfeld und Warendorf mit dem ZVM eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit einer mandatierenden Aufgabenübertragung nach § 23 Abs. 2 GkG geschlossen. Rückwirkend zum 01.09.2012 hat der ZVM zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben einen Fachbereich Bus eingerichtet.

Ziel der Tätigkeit des Zweckverbandes ist der Erhalt und die Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Münsterland. Der Zweckverband SPNV Münsterland wirkt als Mitglied im Zweckverband NWL an wesentlichen Entscheidungen über die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs im Münsterland und an der Durchführung der sonstigen Aufgaben des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe mit.

Geschäftsentwicklung

Die Aufgabenwahrnehmung des ZVM wird gemäß Zuwendungsbescheid des NWL vom 17.01.2017 auf der Basis der für eigene Ausgaben zur Verfügung stehenden Landesmittel auf der Grundlage des ÖPNV-Gesetzes NRW, der Satzung des Dachzweckverbandes NWL und der Vereinbarung zur Ausgestaltung der Organisationsstrukturen des Schienenpersonennahverkehrs in Westfalen-Lippe zwischen den Zweckverbänden vom 20.12.2007 in der Fassung vom 23.06.2016 finanziert.

Die im Rahmen der Bürogemeinschaft mit dem NWL-Bereich Infrastrukturförderung anfallenden Kosten werden gemäß der Vereinbarung zwischen dem NWL und dem ZVM vom 01.02.2008 vom NWL erstattet.

Das Haushaltsjahr 2020 wird ausgeglichen abgeschlossen abgeschlossen. Für 2021 plant der Zweckverband einen gemäß § 75 GO NRW einen ausgeglichenen Haushalt.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Der zum 01.01.2020 begonnene Umstrukturierung des ZVM zur zentralen Mobilitäts-agentur im Münsterland gibt dem ZVM die Chance, ein Mobilitätsmanagement für das Münsterland aufzubauen. Mit der in 2018 erfolgten Einrichtung des Projektbüros „Mobiles Münsterland“ ist bereits mit der Umsetzung des Themas Mobilität im ländlichen Raum begonnen worden. Dieser Prozess wurde mit einer entsprechenden Anpassung der Satzung im September 2020 auch formal begleitet. Wesentliches Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit dem NWL den ÖPNV/SPNV im Münsterland zum Nutzen der Fahrgäste weiter zu optimieren. Dabei wird der ZVM auch zukünftig als Mitglied des NWL an den politischen Entscheidungen der Organisation und Planung des Schienenpersonennahverkehrs teilhaben.

Der Aufgabencharakter, die Geschäftstätigkeit und die Finanzierung des ZVM bergen keine Risiken im Sinne einer Bestandsgefährdung. Die Finanzierung des ZVM erfolgt aus Mitteln des ÖPNV-Gesetzes NRW über eine Vereinbarung mit dem Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe.

Durch den Beschluss der Verbandsversammlung vom 09.07.2019 übernimmt der ZVM seit dem 01.01.2020 keine Geschäftsbesorgung mehr für den NWL, die Kern-aufgabenbereiche des Schienenpersonennahverkehrs übernimmt der NWL selbst. Mit den geänderten Aufgaben wurde das Produkt „SPNV“ im Laufe des Jahres durch das Produkt „Mobilität“ abgelöst. Geschäftsvorfälle, die den neuen Aufgabenbereich betreffen, werden nun in dem neuen Produkt „Mobilität“ abgebildet.

Im Haushaltsjahr 2021 steht dem ZVM ein Haushaltsvolumen in Höhe von ca. 7,232 Mio. Euro zur Verfügung. Im Rahmen dieses Haushalts werden für den neuen Bereich „Mobilität“ Kosten der Schnellbusförderung sowie des Mobilitätsmanagements (Bewirtschaftung von Leistungen im Zusammenhang mit sonstigen Zwecken des ÖPNV), Kosten für den Fachbereich Bus, für das „Projektbüro Mobiles Münsterland“ und für das BüLaMo berücksichtigt.

Die Verbandsversammlung des ZVM hat die Haushaltssatzung 2021 zuzüglich der Anlagen Haushaltsplan und Stellen- und Investitionsplan am 10.12.2020 beschlossen und anschließend der Bezirksregierung Münster angezeigt.

Der Gesamtbetrag der Erträge mit 7.232 T-Euro übersteigt die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen von 7.222 T-Euro.

Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH

Schorlemerstr. 12 - 14
48143 Münster
Telefon: 0251 / 40591
E-Mail: info@vgm-vrl.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	28.000,00 Euro	
davon:		
Kreis Borken	1.000,00 Euro	= 3,57 %

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Tarifräumen Münsterland und Ruhr-Lippe. Dazu gehören der öffentliche straßengebundene Personennahverkehr (ÖSPNV) und der schienengebundene öffentliche Personennahverkehr (SPNV).

Hierzu ist die Tätigkeit der Gesellschaft ausgerichtet auf die Anwendung und Fortentwicklung eines Gemeinschaftstarifes für Gemeinschaftsverkehre in den Tarifräumen Münsterland und Ruhr-Lippe, die Sicherung und Weiterentwicklung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit des ÖPNV sowie die Weiterentwicklung eines wirtschaftlichen und integrierten Verbundverkehrs zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Matthias Hehl

Gesellschafterversammlung

Dr. Elisabeth Schwenzow

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Ziele des LGG werden gemäß § 2 LGG in Verbindung mit § 17 des Gesellschaftsvertrages in dem Unternehmen beachtet. Ein Gleichstellungsplan ist nicht erstellt worden, da die Grenze des § 5 LGG nicht erreicht wird.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	4	3	5
III. Finanzanlagen	10	10	10
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	300	405	424
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	149	162	142
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	464	580	582

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	28	28	28
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	5	10	16
V. Bilanzgewinn/ -verlust	5	6	6
VI. Ergebnisverwendung Teilhaber	0	0	0
B. Rückstellungen	16	15	24
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	142	315	345
III. sonstige	268	206	164
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	464	580	582

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	1.586	1.559	1.495
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	34	0	2
Gesamtleistung	1.620	1.559	1.497
Materialaufwand	615	528	425
Personalaufwand	304	328	375
Abschreibungen	8	4	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	684	690	687
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8	9	7
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	3	3	1
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5	6	6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	5	6	6

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	8	8	9
Fremdkapitalquote:	%	92	92	91
Anlagendeckung I:	%	266	335	325
Anlagendeckung II:	%	266	335	325
Investitionen:	T-EUR	5	3	5
cash-flow:	T-EUR	16	9	17
Liquidität 1. Grades	%	35	30	27
Liquidität 2. Grades	%	106	106	106
Liquidität 3. Grades	%	106	106	106
Personalstand	Personen	4	4	4
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	405	390	374
Personalaufwandintensität	T-EUR	76	82	94

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH ist seit 2017 Nachfolgerin der Verkehrsgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Zusammenarbeit der Aufgabenträger und der Verkehrsunternehmen zu koordinieren, zu vertiefen und damit den ÖPNV im Tarifgebiet Münsterland – Ruhr-Lippe zu stärken. Sie koordiniert die Abstimmung der Fahrtarife und unterstützt die Einnahmearteilung zwischen den beteiligten Verkehrsunternehmen. Zur Umsetzung ihrer Aufgaben bedient sie sich des Personals der beteiligten Verkehrsunternehmen.

Geschäftsentwicklung

Das Jahr 2021 war durch die Zurückhaltung der Kunden bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln geprägt. Nach einer anfänglichen Erholung im Sommer 2021 kam es durch erneute Erkrankungswellen Ende 2021 erneut zu erheblichen Rückgängen der Fahrgastzahlen und der Einnahmesituation. Wiederum wurden durch Bund und Länder Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (insb. Schulschließungen, Aufruf zum Verbleib zu Hause, umfangreiche Homeoffice-Vorgaben etc.) verfügt. Im ÖPNV wird flächendeckend ein Rückgang der Fahrgeldeinnahmen im Barverkauf von bis zu 90 % verzeichnet. Auch im Stammkundensegment, kam es zu erheblichen Rückgängen. Diese Maßnahmen wirken sich damit naturgemäß auf die Einnahmenseite der Partnerunternehmen aus. Der ÖPNV wird von weiten Teilen der Politik als systemrelevant angesehen und spielt eine entscheidende Rolle bei der Erreichung der ambitionierten Klimaziele. Daher sollte es trotz der erheblichen Einnahmerückgänge nicht zu Kürzungen und Verschlechterungen des Verkehrsangebotes in Deutschland kommen. Zu diesem Zweck wurde der für das Jahr 2020 initiierte „Corona-Rettungsschirm“ für die Partnerunternehmen auch auf das gesamte Jahr 2021 ausgeweitet.

Die Mittel des Rettungsschirmes der Partnerunternehmen gleichen die eingebrochenen Mittel aufgrund von Fahrgastrückgängen in voller Höhe auf Basis des Jahres 2019 (inklusive einer Dynamisierung durch turnusmäßige Tarifmaßnahmen) aus. Die umlagebasierte Finanzierung der Tarifgemeinschaft ist daher trotz der gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht betroffen und war 2021 nicht gefährdet. Der Wirtschaftsplan des Jahres 2021 wurde in der Gesellschafterversammlung am 21.09.20 vorgelegt und am 11.12.20 beschlossen.

Die Bilanzsumme beträgt zum Ende des Wirtschaftsjahres 582 T-Euro und resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus dem Umlaufvermögen, 566 T-Euro. Dem stehen auf der Passivseite Verbindlichkeiten von 508 T-Euro gegenüber. Die Eigenkapital (EK)-Quote beträgt 8,51 %.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund ihrer Struktur sowie auch im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements, welches mit der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) vereinbart ist, gesichert.

Die betreuten Verkehrsunternehmen, bei denen es sich größtenteils um Gesellschafter handelt, leisten in Form von Abschlagszahlungen sowie einer Endabrechnung eine Geschäftsführungsumlage gemäß des von der Gesellschafterversammlung vor Beginn des Geschäftsjahres beschlossenen Wirtschaftsplans.

Des Weiteren werden Einnahmen insbesondere für gemeinsame Projekte im Rahmen einer direkten Weiterberechnung erzielt. Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr betragen rund 1.495 T-Euro. Diese setzen sich mit rd. 746 T-Euro aus der Betriebs- und Geschäftsführungsumlage mit rd. 695 T-Euro aus der Weiterberechnung von Lieferungen und Leistungen Dritter sowie rd. 54 T-Euro aus erhaltenen Fördermitteln (CiBo) zusammen. Dem stehen 425 T-Euro an Materialaufwand sowie insg. 1.065 T-Euro an Personal- und sonstigen Aufwendungen gegenüber. Die Gesellschaft hat somit im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss als finanziellem Leistungsindikator von 5.648,03 Euro erzielt.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung/Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Trotz der bereits dargestellten Rückgänge der Fahrgastentwicklung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie kommt dem ÖPNV in der Zukunft eine zentrale Rolle zu. Die ÖPNV-Tarife rücken dabei stärker in den politischen Fokus als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Bedeutung eines transparenten und einfachen Tarifes für den Abbau der Zugangshürden zum öffentlichen Verkehr wird zunehmend erkannt und erfordert intelligente Antworten. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung über Nutzerentgelte für erlösverantwortliche Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen eine unverzichtbare Säule der Finanzierung. Innerhalb des Landes NRW wird die Einführung des elektronischen Tarifes, zunächst für Kunden im Gelegenheitsverkehr zum Dezember 2021 als wesentlicher Meilenstein dieser Entwicklung angesehen. Die Teilkomponenten auf westfälischer Ebene, sowie auf Ebene der TG ML-RL wurden hier beigeleitet und inhaltlich unterstützt. Die Beschlüsse zur Tarifmaßnahme 01.08.2022 erfolgten gut koordiniert in einem abgestimmten Zeitplan. Es bleibt eine wichtige Aufgabe diese Koordinierung im Kreis der 28 Gesellschafter fortzusetzen.

Die Überwachung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken erfolgt durch die Geschäftsführung. Hilfsmittel hierfür ist die Finanzplanung mit dem Liquiditätsplan. Die Finanzplanung wird regelmäßig aktualisiert und berücksichtigt in besonderer Weise Abweichungen vom Wirtschaftsplan sowie die Verschiebung anderer Rahmenbedingungen mit wirtschaftlichen Auswirkungen auf die TG ML-RL.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden keine wesentlichen Risiken identifiziert, die den Fortbestand und die weitere Entwicklung der Gesellschaft gefährden könnten.

Beim Ausblick muss auf die sich für das Jahr 2022 weiterhin rückläufigen Einnahmen aufgrund der Corona-Krise hingewiesen werden. Der Einbruch der Nachfrage im Jahr 2021 bewegt sich je nach Fahrart in der Größenordnung zwischen 10 % und 40 % und dauert aufgrund des erneuten Lockdowns — Rahmenbedingungen auch im Jahr 2022 noch an. Lediglich im Bereich des Schülerverkehrs konnte das Niveau in etwa gehalten werden. Hier wurde gegenüber den Schulträgern deutlich gemacht, dass die Vorhaltungskosten für die jederzeitige Wiederaufnahme des Schülerverkehrs auch in den Zeiten der Schulschließungen anfielen. Für das Jahr 2022 zeichnet sich ähnlich wie 2021 ab, dass die Einnahmeeinbrüche der Partner vollständig ausgeglichen werden können.

Herausforderung für die Zukunft ist aber für das veränderte Nutzungsverhalten der Kunden auch 1tarifliche Lösungen zu entwickeln.

Zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben im Bereich der vertrieblichen Koordinierung hat die TG-ML-RL ein Konzept erstellt, dass auch die Kofinanzierung von Personalkosten durch die

beteiligten bzw. profitierenden Gesellschafter enthält. Die Entscheidung über diese zusätzlichen Aufgaben soll 2022 fallen.

Die im Gründungsbeschluss der WT GmbH von 2017 beschlossene Revision mit dem Ziel einer Prozessoptimierung wirkt sich voraussichtlich auch auf die weitere Aufgabenstellung der TG-ML-RL aus. Die von einem externen Gutachter zu erstellenden Optimierungsvorschläge werden sich nach dem Willen einiger Gesellschafter auch auf die Dienstleistungsverträge mit den regionalen Tarifgemeinschaften beziehen. Sollten sich hieraus Änderungen ergeben, so ab 2023 auch mit Auswirkungen auf die TG ML-RL zu rechnen.

Die Gesellschaft erwartet gemäß Wirtschaftsplan 2022 ein ähnliches Ergebnis wie im Berichtsjahr.

Aufgrund der kommunalen Struktur der Mehrheit der Gesellschafter der TG ML-RL und des Umlageprinzips ist von keiner bestandsgefährdenden Situation für die TG ML-RL auszugehen.

Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH

Wenningfeld 41
48703 Stadtlohn
Tel.: 02563 / 3333

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	395.765,00 Euro	
davon:		
Kreis Borken	348.273,00 Euro	= 88 %
Stadt Stadtlohn	23.746,00 Euro	= 6 %
Stadt Vreden	23.746,00 Euro	= 6 %

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb eines bedarfsgerechten und leistungsstarken Schwerpunktlandeplatzes sowie die Förderung der zivilen Luftfahrt und des Flugsports auf gemeinnütziger Grundlage.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Kreiskämmerer Wilfried Kersting
Norbert Hetkamp

Aufsichtsrat

10 Mitglieder, davon werden 7 Mitglieder vom Kreis Borken entsandt.

Dr. Kai Zwicker (Vorsitzender)	Markus Krafczyk
Otger Harks	Ludger Konrad
Berthold Dittmann	Bernhard Sandkuhle
Daniel Leuders	Thomas Nünning
Dr. Tom Tenostendarp (stellvertr. Vorsitzender)	Alfred Wellers

Gesellschafterversammlung

Landrat Dr. Kai Zwicker (Vorsitzender; Kreis Borken)
Bürgermeister Dr. Tom Tenostendarp (Stadt Vreden)
Ratsmitglied Jürgen Wörmer (Stadt Stadtlohn)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 10 Mitgliedern keine Frau an (Frauenanteil: 0 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Ziele des LGG werden gemäß § 2 LGG in Verbindung mit § 25 des Gesellschaftsvertrages in dem Unternehmen beachtet. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist wegen der geringen Anzahl an Beschäftigten nicht erforderlich.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	6791	6651	6556
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	43	51	54
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	47	47	51
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	400	270	313
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5	4	3
Bilanzsumme	7.287	7.023	6.977
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	396	396	396
II. Kapitalrücklagen	4.578	4.578	4.578
III. Gewinnrücklagen	12	0	32
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-13	32	26
VI. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	1.679	1.568	1.580
B. Rückstellungen	153	64	67
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	291	226	160
II. aus Lieferung und Leistung	169	141	131
III. sonstige	20	16	7
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
Bilanzsumme	7.287	7.023	6.978

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	898	901	982
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	166	177	122
Gesamtleistung	1.064	1.078	1.104
Materialaufwand	314	277	356
Personalaufwand	178	181	189
Abschreibungen	289	297	300
sonstige betriebliche Aufwendungen	245	236	180
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-4	-5	-2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	34	81	76
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	46	49	50
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-13	32	26
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-13	32	26

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	68	71	72
Fremdkapitalquote:	%	32	29	28
Anlagendeckung I:	%	73	75	77
Anlagendeckung II:	%	77	78	79
Investitionen:	T-EUR	162	156	206
cash-flow:	T-EUR	393	240	329
Eigenkapitalrentabilität:	%	1	2	2
Umsatzrentabilität:	%	-1	4	3
Liquidität 1. Grades	%	510	246	503
Liquidität 2. Grades	%	570	289	584
Liquidität 3. Grades	%	625	335	670
Personalstand	Anzahl	6	6	6

Leistungen / Produktivität

		2019	2020	2021
Landungen	Anzahl	19.150	19.405	20.724
1. Gewerblicher Verkehr		1.056	1.021	1.202
2. Nichtgewerblicher Verkehr		18.094	18.384	19.522
- Schulflüge		4.215	4.639	4.883
- Privatflüge		6.752	6.062	6.665
- Segelflüge		1.628	1.425	920
- Flugzeugschlepp		256	231	92
- Flüge mit Motorseglern		681	528	432
- Flüge mit Ultraleichtflugzeugen		4.298	5.177	6.156
- Hubschrauber		264	322	374
3. Hallenstellplätze	Anzahl	90	90	90
3.1. vermietete Stellplätze		88	88	88
3.2. Leerstand		2	2	2

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Zweck der Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH ist die Errichtung sowie der Betrieb eines bedarfsgerechten und leistungsstarken Schwerpunktverkehrslandeplatzes. Der Flugplatz liegt auf dem Gebiet der beiden Kommunen Stadtlohn und Vreden, dicht an der niederländischen Grenze.

Neben der Errichtung und dem Betrieb eines bedarfsgerechten und leistungsstarken Schwerpunktlandeplatzes besteht der Gesellschaftszweck in der Förderung der zivilen Luftfahrt und des Flugsports auf gemeinnütziger Grundlage. Diese öffentliche Zielsetzung wird durch den öffentlichen Betrieb des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden sowie durch die Bereitstellung von Flächen und Unterstellhallen einschließlich einer Werkstatt für die in drei Vereinen am Platz organisierten Pilotinnen und Piloten erreicht.

Die Attraktivität des Flugplatzes wurde durch das verbesserte Infrastrukturangebot (Start- und Landebahnverlängerung, neue Rollwege, neue moderne Tankpulte für AVGAS und Kerosin) gesteigert. Zudem hat die Flugplatz Stadtlohn- Vreden GmbH durch die Neugestaltung der Gastronomie und der Außenanlagen vor dem Towergebäude das Erscheinungsbild des Flugplatzes nachhaltig aufgewertet. Ferner hat die Flugplatzgesellschaft eine Teilfläche von insgesamt 743 qm ihres Grundstücks, Gemarkung Vreden, Flur 125, Flurstück 81, an die Segelfluggruppe Wenningfeld e.V. verpachtet, damit dieser Verein für sich und den beiden weiteren am Flugplatz ansässigen Vereinen ein neues Vereinsheim bauen und seit 2016 betreiben kann.

Geschäftsentwicklung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2021 beträgt 25,6 T-Euro und weicht damit um -6,7 T-Euro vom Jahresüberschuss des Vorjahres in Höhe von 32,3 T-Euro ab.

Die Umsatzerlöse 2021 von 981,9 T-Euro erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 83,4 T-Euro. Größtenteils preisbedingte höhere Erträge aus dem Verkauf von Flugbetriebsstoffen (+67,6 T-Euro) und Mehrerträge vornehmlich bei den Hallenmieten (+9,4 T-Euro) durch die sehr gute Auslastung der Unterstellkapazitäten prägen die Ertragsseite. Die Anzahl der Landungen bewegt sich mit 20.724 leicht über dem Niveau der beiden Vorjahre (2020: 19.405; 2019: 19.150).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken gegenüber dem Vorjahr um -57,3 T-Euro auf 122,2 T-Euro. Dieser Verminderung ist hauptsächlich zurückzuführen einerseits auf geringere Landeszuwendungen im Geschäftsjahr 2021 aufgrund der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Flugsicherheit, des Umweltschutzes und der Infrastruktur zur Erforschung neuer Luftfahrttechnologien auf Flugplätzen vom 07.06.2019 und andererseits wurde im Vorjahr noch einmalig eine Rechnungsrückstellung ertragswirksam aufgelöst. Das Geschäftsjahr 2021 weist insgesamt Erträge in Höhe von 1.104,2 T-Euro (Vorjahr: 1.078,0 T-Euro) aus. Die Ertragslage ist erwartungsgemäß geprägt durch die Fokussierung auf das Angebot einer öffentlichen Infrastruktur.

Die betrieblichen Aufwendungen sind wesentlich bestimmt durch den Beschaffungsaufwand für Flugbetriebsstoffe. Dieser hat sich mit 356,3 T-Euro um 78,8 T-Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht vornehmlich aufgrund höherer Einkaufspreise. Der Personalaufwand erhöht

sich auf 188,8 T-Euro (Vorjahr: 181,2 T-Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken auf 180,3 T-Euro gegenüber 236,0 T-Euro im Vorjahr. Abschreibungen fallen im Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 300,5 T-Euro (Vorjahr: 296,8 T-Euro) an. Insgesamt belaufen sich die betrieblichen Aufwendungen auf 1.029,3 T-Euro (Vorjahr: 991,4 T-Euro).

Damit schließt die Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH das Geschäftsjahr 2021 mit einem positiven ordentlichen Betriebsergebnis (vor Zinsen und Steuern) von 74,9 T-Euro (Vorjahr: 86,6 T-Euro) ab. Das Finanzergebnis (Zinserträge und Zinsaufwendungen) weist einem negativen Wert von 2,3 T-Euro aus (Vorjahr: -5,3 T-Euro).

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2021 von 269,8 T-Euro auf jetzt 313,3 T-Euro im Wesentlichen durch zusätzliche Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten (Landesförderung) erhöht.

Die Bilanzsumme hat im Geschäftsjahr 2021 um 45,3 T-Euro auf jetzt 6.977,5 T-Euro abgenommen. Diese Verminderung ist auf die Abnahme des Anlagevermögens um 94,3 T-Euro aufgrund ordentlicher Abschreibungen und die Abnahme der Rechnungsabgrenzung um 0,7 T-Euro sowie auf die Zunahme des Umlaufvermögens um 49,7 T-Euro zurückzuführen.

Die Kapitalstruktur ist ausgewogen; die Eigenkapitalquote ohne Einbeziehung der Sonderposten aus Investitionszuschüssen beträgt 72,1 Prozent des Gesamtkapitals gegenüber 71,3 Prozent im Vorjahr. Die Fremdkapitalquote beträgt demzufolge 27,9 Prozent.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung/Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Im Umkreis einer PKW-Fahrtzeit von ca. einer Stunde liegen fünf weitere Flugplätze, welche einen Flugverkehr mit vergleichbaren Fluggeräten ermöglichen. Das Einzugsgebiet des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden ist entsprechend auf 30 - 45 Minuten PKW-Fahrtzeit begrenzt und unterliegt am Rand einem deutlichen Wettbewerb. Auf niederländischer Seite wurde die Entwicklung eines regionalen Verkehrsflughafens Twente/NL bereits 2014 eingestellt. Unter Erhaltung einer Flughafenfunktion wird der ehemalige Militärflughafen seit geraumer Zeit zu einem Gewerbegebiet im Bereich der modernen Fertigungsindustrie („Technology Base“) entwickelt. Der Flughafen steht weiterhin für Geschäfts- und Freizeitflüge offen. Diese potenzielle Wettbewerbssituation bleibt zu beobachten.

Ihre Erlöse erwirtschaftet die Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH hauptsächlich aus dem Verkauf von Flugkraftstoffen, der Einnahme von Landegebühen sowie der Verpachtung bzw. Vermietung von Flächen und Hallenplätzen. Damit bleibt die Umsatzentwicklung entscheidend geprägt durch das Flugaufkommen, das wiederum stark witterungsabhängig ist und die Nachfrage nach Hallenplätzen zur Unterstellung von Flugzeugen.

Die Attraktivität des Flugplatzes wurde durch das verbesserte Infrastrukturangebot (Start- und Landebahnverlängerung, neue Rollwege, neue moderne Tankpulte für AVGAS und Kerosin) gesteigert. Die bestehenden Unterstellkapazitäten sind nahezu voll ausgelastet. Positiv wirkt sich dabei der Bau der Unterstellhalle 9 Ende 2012, die Übernahme der Unterstellhalle 10 mit Bürogebäude Mitte 2015 und der Bau der Unterstellhalle 11 Anfang 2019 aus. Hier zahlen sich die Eigeninvestitionen aus, da die Flugplatzgesellschaft einen Großteil der Hallenplätze am Flugplatz selbst vermarktet und damit das Mietgeschehen insgesamt stärker lenken kann.

Zurzeit befindet sich die neue Unterstellhalle 12 in Bau und wird voraussichtlich im 2.Quartal 2022 in Betrieb genommen.

Durch die Neugestaltung der Gastronomie und der Außenanlagen vor dem Towergebäude wurde zudem das Erscheinungsbild des Flugplatzes nachhaltig aufgewertet. Das neue Vereinsheim für die drei ansässigen Luftsportvereine leistet einen weiteren Attraktivitätsbeitrag. Die Verstärkung der Kundenkommunikation durch ein Kundenbindungsprogramm ist ein zusätzlicher Baustein zur Stabilisierung der Gesellschaft.

Von der Gewährung von Zuwendungen des Landes NRW für Maßnahmen zur Verbesserung der Flugsicherheit, des Umweltschutzes und der Infrastruktur zur Erforschung neuer Luftfahrttechnologien auf Flugplätzen konnte die Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH seit 2019 in Höhe von bislang 346,8 T-Euro profitieren. Mit Unterstützung dieser Landesförderung von 65, teilweise 80 Prozent der Kosten von insgesamt 514,9 T-Euro konnten notwendige Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen (Startbahnmarkierungen, Hallendachsanierung, Vorfeldteilsanierung, Wiederherstellung der Hindernisfreiheit, Überprüfung der Kraftstofftanks, Erneuerung der Wetterstation, Entwässerungsmaßnahmen und Montage erforderlicher Hindernisbeleuchtungen, Anschluss an das öffentliche Abwassernetz) durchgeführt werden.

Weiterhin wird die Möglichkeit, ein satellitengestütztes Instrumentenflugverfahren (GPS approach) einzurichten, geprüft. Durch dieses Flugverfahren würde das Westmünsterland besonders für den wichtigen Geschäftsreiseverkehr wetterunabhängiger erreichbar. Auch würde der Flugbetrieb durch ein satellitengeführtes Flugverfahren an Sicherheit gewinnen.

Die Entwicklung bei den Flugbewegungen und beim Tankstellenumsatz in Verbindung mit der derzeitigen Vollauslastung der von der Gesellschaft bewirtschafteten Unterstellhallen deuten aktuell kein wirtschaftliches Risiko für den Flugplatz an.

Die Jahresergebnisse der Flugplatz Stadtlohn-Vreden GmbH bleiben auch in Zukunft jährlich gekennzeichnet durch hohe Abschreibungen der Start- und Landebahn und der Rollwege. Diese Abschreibungen lassen sich anteilig mit den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen verrechnen. So fielen im Geschäftsjahr 2021 Abschreibungen von 300,5 T-Euro und Auflösungen von Sonderposten von 107,6 T-Euro an. Dadurch wurde das Ergebnis von vornherein im Saldo mit „Nettoabschreibungen“ von 192,9 T-Euro belastet. Künftig wird nach der Finanzplanung 2022 bis 2026 das jährliche Ergebnis von vornherein im Saldo mit darüber hinausgehenden „Nettoabschreibungen“ von ca. 207 T-Euro belastet.

Die Fortführung der Gesellschaft ist unter den beschriebenen Umständen gewährleistet. Eine Bestandsgefährdung ist nicht erkennbar.

Flughafen Münster/Osnabrück GmbH (FMO)

Airportallee 1
48268 Greven
Tel.: 02571 / 94-0
Fax: 02571 / 94-1519
Internet: www.fmo.de
E-Mail: info@fmo.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 22.663.500,00 Euro

davon:

Kreis Borken 102.300,00 Euro = 0,45 %

Unternehmensbeteiligungen

<u>Unternehmen</u>	<u>anteiliges Stammkapital</u>	<u>in %</u>
FMO Parking Services GmbH	51,50 T-Euro	100,00
FMO Airport Services GmbH	250,00 T-Euro	100,00
FMO Security Services GmbH	300,00 T-Euro	100,00
FMO Passenger Services GmbH	245,70 T-Euro	100,00
WISAG FMO Cargo Service GmbH & Co. KG	103,32 T-Euro	33,33
WISAG FMO Cargo Service Beteiligungs GmbH	9,00 T-Euro	33,33
AHS Aviation Handling Services GmbH	50,00 T-Euro	10,00

Die Luftfahrtförderungs GmbH wurde rückwirkend zum 01.01.2021 auf die FMO GmbH verschmolzen

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Einrichtung und der Betrieb des Verkehrsflughafens Münster/Osnabrück, die Förderung der zivilen Luftfahrt und des Flugsports sowie alle im Zusammenhang mit der Vermietung und Verpachtung stehenden Geschäfte einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie für den Bereich des Flughafens Münster/Osnabrück.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Prof. Dr. Rainer Schwarz

Aufsichtsrat

Wolfgang Griesert (2. stellvertr. Vorsitzender; bis 10/2021)

Katharina Pötter (2. stellvertr. Vorsitzende; ab 11/2021)

Markus Lewe (1. stellvertr. Vorsitzender)

Stefan Weber

Carsten Peters

Frank Henning

Andrea Henning (bis 10/2021)

Mathias Himmelreich

Mathias Kersting

Michael Hagedorn (ab 11/2021)

Wilfried Grunendahl

Dr. Olaf Gericke

Anna Kebschull

Thorsten Tacke

Berthold Bredenbeck

Martin Sommer (1. Vorsitzender)

Dietrich Aden

Hendrik Grau

Jan-Philip Zimmermann

Gesellschafterversammlung

Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 12 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Ziele des LGG werden gemäß § 2 LGG in Verbindung mit § 18 Abs. 8 des Gesellschaftsvertrages in dem Unternehmen beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	131	102	363
II. Sachanlagen	66.404	65.609	64.159
III. Finanzanlagen	17.985	17.086	17.331
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	132	122	147
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.876	1.090	17.261
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	10.615	4.949	9.124
C. Rechnungsabgrenzungsposten	328	331	293
Bilanzsumme	113.470	89.290	108.678

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	22.664	22.664	22.192
II. Kapitalrücklagen	37.907	30.941	35.991
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Anteile anderer Gesellschafter	0	0	0
V. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
VI. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-6.966	-15.421	-6.762
B. Rückstellungen	13.306	12.145	15.471
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	29.920	23.462	20.097
II. aus Lieferung und Leistung	988	704	968
III. sonstige	15.568	14.703	20.623
D. Rechnungsabgrenzungsposten	84	93	97
Bilanzsumme	113.470	89.290	108.678

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	19.600	10.231	13.161
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	507	290	5.639
Gesamtleistung	20.108	10.521	18.800
Materialaufwand	5.126	4.293	4.497
Personalaufwand	11.209	8.339	8.344
Abschreibungen	3.080	3.005	2.913
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.586	4.683	7.644
Beteiligungsergebnis	2.242	-3.841	-720
Zinsergebnis	-2.027	-1.494	-1.156
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.679	-15.134	-6.474
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	287	287	288
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.966	-15.421	-6.762
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Einstellung in die/Entnahme aus den Gewinnrücklagen	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-6.966	-15.421	-6.762

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	47	43	47
Fremdkapitalquote:	%	53	57	53
Anlagendeckung I:	%	63	46	63
Anlagendeckung II:	%	115	91	111
Investitionen:	T-EUR	1.183	2.182	1.745
cash-flow:	T-EUR	-3.063	-11.727	-3.736
Innenfinanzierungsgrad:	%	-259	-537	-214
Eigenkapitalrentabilität:	%	-12	-40	-13
Umsatzrentabilität:	%	-36	-151	-51
Liquidität 1. Grades	%	65	36	52
Liquidität 2. Grades	%	174	44	151
Liquidität 3. Grades	%	175	45	152
Personalstand	Personen	153	148	141
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	132	71	133
Personalaufwandintensität	T-EUR	73	56	59

Leistungen / Produktivität

		2019	2020	2021
Fluggäste	Personen	992.553	223.518	362.106
1. Gewerbliche Fluggäste		986.429	220.488	359.172
- davon				
- Linienfluggäste		400.285	99.176	72.345
- Pauschalreisende		572.554	118.127	282.510
- übrige gewerbliche Fluggäste		13.590	3.185	4.317
2. Nichtgewerbliche Gäste		6.124	3.030	2.934
Flugzeugbewegungen	Anzahl	37.264	30.223	32.844
1. Gewerblicher Verkehr		23.891	17.112	18.682
- davon				
- Linienverkehr		7.037	2.424	1.587
- Pauschalreiseverkehr		3.764	1.020	2.095
- übriger gewerblicher Verkehr		13.090	13.668	15.000
2. Nichtgewerblicher Verkehr		13.373	13.111	14.162
Luftfrachtaufkommen	Tonnen	15.877	10.992	13.421
- Luftfracht		110	24	29
- Luftersatzfracht		15.767	10.968	13.392

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die FMO Flughafen Münster/Osnabrück GmbH führt auf Basis des Gesellschaftsvertrags den Betrieb des Flughafens Münster/Osnabrück. Dazu gehören auch die Förderung der zivilen Luftfahrt sowie alle im Zusammenhang mit Vermietung und Verpachtung stehenden Geschäfte einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie für den Bereich des Flughafens. Die Gesellschaft nimmt somit Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr, die in hohem Maße einem öffentlichen Zweck entsprechen.

Damit hat der Flughafen Münster/Osnabrück eine große Bedeutung für die überregionale Verkehrserschließung und eine hohe strukturelle und wirtschaftliche Bedeutung für das gesamte Münsterland also auch den Kreis Borken.

Geschäftsentwicklung

Der Wirtschaftsplan 2021 wurde noch vor dem Hintergrund großer Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erstellt. Er ging von 282.000 Fluggästen aus. Tatsächlich konnten zum Jahresende 362.000 Passagiere begrüßt werden. Dieser Anstieg im Vergleich zu den Planzahlen führte naturgemäß zu einigen Verwerfungen in diversen Erlös- und Kostenblöcken.

Diese positive Passagierentwicklung setzte insbesondere im zweiten Halbjahr 2021 ein. Träger dieser Entwicklung waren vor allem Flüge der Deutschen Lufthansa, die ihre Flüge in die Hubs nach München und Frankfurt im Laufe des Jahres stetig ausbaute, sowie die Charterverkehre von Corendon, Ryanair, Sunexpress und Eurowings. Insgesamt konnte der Umsatz auf 13,2 Mio. € (Vorjahr: 10,2 Mio. €) gesteigert werden.

Das erste Halbjahr des Jahres war insbesondere bezüglich der geringen Verkehrszahlen und den damit einhergehenden Umsatzausfällen besonders herausfordernd. Auch in diesen Monaten wurde der Flughafen, obschon wirtschaftlich schwerer Herausforderung, offengehalten, um wichtige Flüge und Funktionen zu übernehmen. Speziell in diesen Monaten zeigte der Flughafen seine regionale und überregionale Bedeutung als kritische Infrastruktur.

Der Betrieb des hiesigen Impfzentrums sowie das Verlegen von Corona-Patienten aus Süddeutschland in die Flughafenregion können beispielhaft für diese Funktion genannt werden.

Sowohl Bund als auch das Land NRW sehen den FMO im Zusammenhang mit der kritischen Infrastruktur schon als bundespolitisch bedeutsam an. Dies unterstrich man, indem man dem FMO einen Zuschuss von ca. 5 Mio. Euro gewährte, der die Vorhaltekosten der Flughafengesellschaft während des ersten Lockdowns ausgleichen sollte.

Insgesamt ist es der Flughafengesellschaft gelungen, durch diverse Maßnahmen annähernd das gleiche Jahresergebnis zu erreichen wie im Geschäftsjahr 2019. Dies ist natürlich insbesondere auch auf die Corona-Hilfen von Bund und Ländern zurückzuführen. Jedoch haben auch die weiteren ergriffenen Maßnahmen zu diesem Ergebnis geführt. Die Summe all dieser Maßnahmen führte letztendlich dazu, dass abweichend von ursprünglicher Planung die FMO Gesellschafter im Jahr 2021 nicht 10 Mio. Euro Kapitalzuführung einzahlen mussten, sondern lediglich 5 Mio. Euro.

Das Jahr 2021 war, wie das Vorjahr, stark durch die diversen Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie geprägt. Dazu hat die Flughafengesellschaft bereits zu Beginn der Krise den Gremien Wirtschaftsplanungen vorgestellt, die von einer 5-jährigen Auswirkung der Pandemie auf die FMO-Ergebnisse ausgingen. Die entsprechenden Prognosen bzw. die ihnen zugrunde liegenden Passagierprognosen entsprachen auch im Jahr 2021 den tatsächlich eingetretenen Zahlen. In der Summe gingen die Berechnungen von einem externen Kapitalbedarf zur Überwindung der Krise von ca. 30 Mio. Euro aus. Die Gesellschafter verständigten sich darauf, diese Kapitalerhöhungen in 3 Tranchen zu je 10 Mio. Euro zu beschließen. Die 2. Tranche wurde in den Gremiensitzungen am 09.12.2021 beschlossen. Aufgrund der Bundes- bzw. Landeszuschüsse in Höhe von ca. 5 Mio. Euro, die im Geschäftsjahr 2021 an die Flughafengesellschaft ausgezahlt wurden, konnte die Einzahlung in die Kapitalrücklage auf 5 Mio. Euro begrenzt werden. Die erfolgswirksame Einbuchung dieses Zuschusses sowie diverse kostensenkende Maßnahmen führten dazu, dass die Gesellschaft mit einem Verlust von ca. 6,7 Mio. Euro sogar ein besseres Ergebnis erzielte als 2019 7,0 Mio. Euro, dem letzten Vorkrisenjahr.

Bei den Unternehmensbeteiligungen gab es zwei wesentliche Veränderungen. Zum einen konnte der FMO seine Beteiligung an der AHS mit Vertrag vom 31. Januar 2022 veräußern. Da die Gesellschaft in der FMO Bilanz vollständig wertkorrigiert war, wurde auf den Beteiligungsbuchwert eine Zuschreibung auf den zukünftigen Verkaufserlös vorgenommen. Des Weiteren wurde die LuftfahrtförderungsGmbH mit der FMO GmbH verschmolzen.

Die Entwicklungen des FMO-Ergebnisses werden weiterhin im Rahmen einer revolvierenden Wirtschaftsplananalyse kontrolliert. Angesichts der bisherigen geringen Planabweichung scheinen die den FMO-Finanzprognosen innewohnenden Verkehrsannahmen sehr robust. Infolgedessen ist davon auszugehen, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin analog zur Planung gestaltet. Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass sich der prognostizierte externe Kapitalbedarf auf dem Niveau der ursprünglichen Planungen bewegt.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung/Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Auch das Geschäftsjahr 2022 steht weiterhin unter den Nachwirkungen der Corona-Pandemie. Wie zu Beginn der Pandemie durch die meisten Institute prognostiziert und auch in den FMO-Planungen berücksichtigt, wird die Luftfahrtbranche ca. 5 Jahre benötigen, um wieder das vorpandemische Niveau zu erreichen.

Für das Geschäftsjahr 2022 sind in der Wirtschaftsplanung 600.000 Passagiere prognostiziert. Die Zahl entspricht in etwa den langfristigen FMO-Planungen, die den FMO-Finanzplanungen unterlagen. Ob es zu weiteren pandemischen Einschränkungen im Rahmen der Corona-Krise kommt, ist aktuell schwer prognostizierbar.

Neben diesen Risiken gibt es diverse andere Themen, die sich negativ auf den FMO-Geschäftsverlauf auswirken könnten. Zwar wirkt sich der Krieg in der Ukraine nicht direkt auf den Luftverkehr am Standort aus, da es keine nennenswerten Flugverbindungen in das Krisengebiet gibt. Jedoch insbesondere die mit dem Krieg einhergehende Rohölverteuerung mit ihren Auswirkungen auf den Kerosinpreis stellt ein Risiko dar, denn dadurch könnten Flüge deutlich verteuert werden. Dies würde sich sicherlich unmittelbar auf die Nachfrage auswirken. Jedoch nicht nur Kerosinverteuerung, sondern auch allgemeine Inflationstendenzen könnten

sich über Tarifsteigerungen und Materialverteuerung negativ auf die Geschäftsergebnisse auswirken.

Ein wesentliches Risiko ist mittlerweile auch in Bezug auf die Personalrekrutierung festzustellen. Es wird stetig schwieriger, geeignetes Personal insbesondere im operativen Bereich zu finden. Hier arbeitet der FMO an Konzepten zur verbesserten Mitarbeitergewinnung.

Luftverkehrsspezifisch ist außerdem seit Jahren eine zusätzliche Belastung der Flugpreise über staatliche bzw. hoheitliche Abgaben festzustellen. Dies erschwert die gesamte deutsche Luftfahrt und ist im internationalen Vergleich ein bedeutender Wettbewerbsnachteil.

Die Summe aller Rahmenbedingungen könnte zu einer Nachfragezurückhaltung führen. Für den FMO bestehen im Wettbewerb der Flughäfen jedoch auch Chancen. Zum einen lassen sich erste Kapazitätsengpässe an großen Flughäfen wie Düsseldorf und Köln feststellen. Hier würden die Marktmechanismen sicherlich zu einer Angebotslenkung zu kleineren Airports führen. Die Möglichkeit des FMO, 24-Stunden-Luftverkehre abzufertigen, stellt hier sicherlich eine Marktchance dar. Beispielhaft bleibt in diesem Zusammenhang die Stationierung eines Luftfahrzeugs der Corendon Airlines, die die Airline von einer 24-Stunden-Operation abhängig gemacht hat.

Der Umbau des FMO zu einem klimaneutralen Airport und Bemühungen um weitere Ansiedlungen im Non Aviation Bereich auch mit dem Fokus auf „grüner Technologie“ sind weitere Chancen der Flughafengesellschaft. In einem entsprechenden Konzept arbeitet der FMO auch insbesondere an einer etwaigen Andersnutzung des alten Terminals 1.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH

Erhardstr. 11
48683 Ahaus
Tel.: 02561 / 97999-0
Fax: 02561 / 97999-99
Internet: www.wfg-borken.de
E-Mail: info@wfg-borken.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	75.400,00 Euro	
davon:		
Kreis Borken	37.700,00 Euro	= 50,00 %

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Borken. Durch Maßnahmen zur Förderung der einheimischen Wirtschaft und zur Ansiedlung neuer Betriebe soll die Gesellschaft eine wirtschaftliche Erstarkung in den Städten und Gemeinden des Kreises Borken bewirken.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Heiner Kleinschneider (bis 31.03.2021)
Dr. Daniel Schultewolter (ab 01.04.2021)

Gesellschafterversammlung

Landrat Dr. Kai Zwicker (Vorsitzender)

Aufsichtsrat

19 Mitglieder, davon 9 vom Kreis Borken entsandt:

Dr. Kai Zwicker (Vorsitzender)	Thomas Kerkhoff
Silke Sommers	Mechthild Schulze Hessing
Katharina Terhan	Rainer Doetkotte
Christian Stevens	Ludger Dieckhues
Otger Harks	Werner Stödtke
Vera Timotijevic	Franz-Josef Weilinghoff
Guido Böcker	Michael Carbanje
Maximilian Michael Schmeisser	Dagmar Jeske
Wilfried Kersting	Dr. Tom Tenostendarp
Karola Voß	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 19 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 31 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist wegen der geringen Anzahl an Beschäftigten nicht erforderlich

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	16	8	14
II. Sachanlagen	90	74	80
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	130	136	124
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	158	175	173
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	395	393	390

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	75	75	75
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/ -verlust	0	0	0
B. Rückstellungen	183	221	114
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	3	6	11
III. sonstige	134	90	178
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	11
Bilanzsumme	395	393	390

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	242	348	287
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	6	2	121
Gesamtleistung	248	350	408
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	1.059	1.161	1.220
Abschreibungen	34	34	35
sonstige betriebliche Aufwendungen	271	326	309
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.116	-1.171	-1.156
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.116	-1.171	-1.156
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	1.116	1.171	1.156
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	0

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	19	19	19
Fremdkapitalquote:	%	81	81	81
Anlagendeckung I:	%	71	92	81
Anlagendeckung II:	%	71	92	81
Investitionen:	T-EUR	3	10	56
cash-flow:	T-EUR	-1.054	-1.098	-1.228
Liquidität 1. Grades	%	115	182	91
Liquidität 2. Grades	%	211	323	157
Liquidität 3. Grades	%	211	323	157
Personalstand	Personen	18	17	21
Personalaufwandintensität	T-EUR	59	68	58

Von der Darstellung des Innenfinanzierungsgrades, der Eigenkapitalrentabilität, der Umsatzrentabilität und des Umsatzes pro Mitarbeiter wird wie bereits in den Vorjahren abgesehen, da die gemeinnützige Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine dauerhafte Verlustabdeckung mit sich bringt. Die genannten Kennzahlen sind daher nicht aussagekräftig.

Leistungen / Produktivität

		2019	2020	2021
Gründungsberatung / zertifiziertes STARTERCENTER				
	Anzahl			
Individuelle Beratungen		280	325	325
Erstinformationsveranstaltungen		6	6	6
Anträge Beratungsförderung		22	26	26
Fachliche Stellungnahmen zur Tragfähigkeit		29	22	30
Bestandsberatung				
	Anzahl			
Individuelle Beratungen		392	515	341
Begleitete Anträge Beratungsförderung, Potentialberatung		89	65	65
Begleitete Anträge BAFA		110	75	186
Ausgestellte Bildungsschecks		248	253	248
Ansiedlungsberatungen		3	3	10
Innovationsberatung				
	Anzahl			
Individuelle Beratungen		81	56	77
Finanzierung und Förderung (Antragsunterstützung)		69	64	30
Technologietransfer u. Kooperationsvermittlung		100	38	24
Beratungen in Netzwerken		30	115	156
Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit				
	Anzahl			
Seitenzugriffe www.wfg-borken.de		0	0	23.597
Pressemitteilungen		100	100	79
Publikationen (Wirtschaft aktuell, Klargestellt, Made in WML)		72	70	67
Messeteilnahmen		2	0	0
Vorträge WFG insgesamt		36	46	65
Veranstaltungen WFG insgesamt		0	0	126
Fachkräftesicherung (Unternehmensservice+Nachwuchsförderung)				
	Anzahl			
Workshops; Kurse		57	21	72
erreichte Teilnehmende in Workshops, Kursen		526	268	880
individuelle Beratungen		77	39	79
Breitbandinfrastruktur				
	Anzahl			
Anteil Hauskoordinaten mit FTTB-Versorgung (homes passed)	in %	34	46	54
Anteil Hauskoordinaten mit CATV-Versorgung	in %	34	33	27
Versorgungsquote gigabitfähige Haushalte	in %	68	79	81
Versorgungsquote Gewerbegebiete	in %	72	78	96
Versorgungsquote Schulen	in %	74	88	100
Anzahl Kommunen mit bewilligten Förderbescheiden	in %	16	16	16
Fördermittel in Mio. (gerundet)	in %	67	67	67
Digitalisierung				
	Anzahl			
Beratungen		108	150	200
Digix-Datenbank - Aufbau Ende 2018		67	300	300
Unternehmensbesuche		36	0	0

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Neben dem Kreis Borken sind alle 17 Städte und Gemeinden im Kreis Borken als Gesellschafter in die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH (WFG) eingebunden. Aufgabe der WFG ist es, die wirtschaftliche Entwicklung im Kreisgebiet zu unterstützen und die wirtschaftliche Struktur zu stärken. Dabei verfolgt sie das Ziel, die regionale Arbeitsmarktlage zu verbessern. Hierzu bearbeitet die Gesellschaft verschiedene Arbeitsfelder wie die Unterstützung von Neugründungen, Unterstützung von Unternehmen bei Finanzierungsfragen, bei Standortsuche, wirtschaftliche Stabilisierung, Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Standortmarketing sowie Bereitstellung wirtschaftsbezogener Informationen. Die WFG verfolgt mit ihrer Tätigkeit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele und dient nicht Erwerbszwecken. Es handelt sich dabei um sogenannte Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI). In 2015 wurde die Gesellschaft durch Betrauungsakte von ihren Gesellschaftern mit diesen Aufgaben betraut. Aufgabenbedingt entstehen Verluste, die gemäß Gesellschaftsvertrag von den Gesellschaftern ausgeglichen werden.

Seit Mitte des Jahres 2007 hat die Gesellschaft als erste Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Münsterland die Anerkennung als STARTERCENTER NRW erhalten, nachdem sie sich einer externen Prüfung und einem Zertifizierungsverfahren Anfang 2007 unterzogen hatte. Die regelmäßigen Re-Audits wurden problemlos absolviert. Mit einer Note von 1,4 setzt sich die konstant sehr gute Kundenzufriedenheit fort. Damit ist sie als anerkannte qualifizierte Beratungseinrichtung für Existenzgründer/innen leichter erkennbar und bietet zudem einen erweiterten Service an. Auf diese Weise baut sie ihre Rolle als wichtiges operatives Instrument der Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreisgebiet weiter aus.

Mit ihren Leistungen trägt die WFG nachhaltig zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei und unterstützt die Unternehmen in der Region durch ihre Beratung. Besonders die Heranführung junger Menschen an neue Technologien dürfte eine nicht zu unterschätzende Langzeitwirkung im Kreis Borken haben.

Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft verzeichnet durch die im Gesellschaftsvertrag festgelegten Aufgaben Jahresfehlbeträge. Das Geschäftsergebnis wird überwiegend durch die Höhe der Personalkosten bestimmt, deren Änderungen weitgehend durch die Zahl der Personalstellen, durch tarifliche Vereinbarungen und durch die jeweilige Einstufung in die tariflichen Vergütungsstufen bestimmt werden.

Umsatzerlöse sind im Wesentlichen nur in Verbindung mit Förderprojekten erzielbar. Soweit Kostenerstattungen in Anspruch genommen werden können, erfolgt dies vollständig mit individueller Abrechnung im Einzelfall.

Die Sachkosten sind überschaubar und in ihrer Entwicklung relativ stabil. Die Geschäftsführung legt großen Wert darauf, kostensparend zu wirtschaften und Einsparpotentiale konsequent zu nutzen.

Die Leistungen der WFG werden im Hinblick auf die Praxis der Finanzverwaltung in der Regel mit dem Ausweis von Mehrwertsteuer in Rechnung gestellt. Die Beurteilungspraxis der

Finanzverwaltung hat sich in der Vergangenheit tendenziell verschärft, z. B. im Hinblick auf die Mehrwertsteuer-Pflicht für Teilnehmer-Entgelte bei Veranstaltungen oder bei der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte. Bei Projekten wird im Einzelnen mit der Finanzverwaltung geklärt, wie das Projekt mehrwertsteuerpflichtig zu behandeln ist.

Die WFG nutzt im Rahmen ihrer Projektarbeit die Möglichkeit, Umsätze zu erzielen und Kosten weiterzugeben. Die Kostenseite wird weit überwiegend durch die Personalkosten bestimmt.

Die laufenden Betriebskosten werden gemäß Gesellschaftsvertrag von den Gesellschaftern übernommen. Zur Wahrung der Liquidität wird jeweils auf der Grundlage der Zuwendungsbescheide der Gesellschafter ein Abschlag gezahlt, der im Rahmen einer „Spitzabrechnung“ auf der Grundlage des Prüfungsberichtes im jeweiligen Folgejahr verrechnet wird.

Nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrages legt der Geschäftsführer in der Gesellschafterversammlung einen Geschäftsplan mit fünfjähriger Vorausschau vor. Die für das Geschäftsjahr zu erwartenden Verlustanteile werden von der WFG auf Basis der Zuwendungsbescheide von den zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres angefordert. Die Liquidität der Gesellschaft ist durch diese Regelung gesichert.

Die Büro- und Geschäftsausstattung steht im Eigentum der WFG. Einzig die Netzwerkdrucker/Kopierer sind im Wege eines Mietvertrages bereitgestellt.

Fragen der Auslastung betrieblicher Sachkapazitäten sind wegen der geringen Kapitalbindung bei der WFG von untergeordneter Bedeutung.

Das gezeichnete Kapital beträgt 75.400 Euro und ist zu 100 % eingezahlt. Der Jahresabschluss für das Jahr 2021 weist einen Verlust in Höhe von 1.156.326,23 Euro (i. Vj. 1.171.045,34 Euro) aus.

Laut Gesellschaftsvertrag werden die Verluste von den Gesellschaftern (im Sinne einer Beihilfe) ausgeglichen. Entsprechend den Regelungen des Gesellschaftsvertrages und des Beschlusses der Gesellschafterversammlung am 21.06.2018 erstellen die Gesellschafter nach Genehmigung des Wirtschaftsplans für das kommende Geschäftsjahr einen Zuwendungsbescheid an die WFG. Diese Zuwendung wird zu Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres von den Gesellschaftern angefordert.

Die WFG hat die Zuwendungsbescheide für das Jahr 2021 Ende 2020 sowie im Laufe des Geschäftsjahres 2021 erhalten und die jeweiligen Fördermittel von den Gesellschaftern Anfang 2021 angefordert. Die öffentlichen Fördermittel der Gesellschafter gemäß genehmigtem Wirtschaftsplan betrugen für das Jahr 2021 1.319.000 Euro. Diese Zuwendungen hat die WFG in 2021 vollständig erhalten.

Die Differenz der Zuwendungen der Gesellschafter zu den realen Verlust-Anteilen wird nach Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung 2022 im Rahmen einer „Spitzabrechnung“ abgerechnet.

Für das Jahr 2021 weist der in der Gesellschafterversammlung am 10. Juni 2020 genehmigte Wirtschaftsplan Erträge in Höhe von 254.000 Euro, Personalkosten in Höhe von 1.257.000 Euro und Sachkosten in Höhe von 316.000 Euro aus. Dabei handelt es sich um saldierte Beträge

mit Verrechnung der Kostenerstattungen aus Förderprojekten. Somit ergibt sich ein kalkulierter Verlust von 1.319.000 Euro.

Der tatsächliche Verlust liegt bei 1.156.326,23 Euro und ist somit um 162.673,78 Euro geringer als der kalkulierte Verlust. Die Erträge sind um rd. 154.000 Euro höher ausgefallen als geplant mit 254.000 Euro. Die Erhöhung der Einnahmen resultiert in erster Linie auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie aus dem Projekt Nacht der Ausbildung, das allerdings auch auf der Aufwendungsseite zu entsprechenden Kosten geführt hat.

Die Personalkosten waren laut Wirtschaftsplan mit 1.257.000 Euro eingeplant, die tatsächlichen Kosten lagen im Berichtsjahr 1.219.802,76 Euro und sind damit rd. 37.0000 Euro geringer ausgefallen.

Die sonstigen Aufwendungen wurden laut Wirtschaftsplan mit 316.000 Euro geplant. Tatsächlich sind im Berichtsjahr sonstige Aufwendungen in Höhe von 342.880,57 Euro angefallen und somit rd. 27.000 Euro höher ausgefallen als kalkuliert. Die Mehrkosten bei den Aufwendungen resultieren zum größten Teil aus Projektarbeiten, aus denen wiederum Personalkosten erstattet wurden.

Zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft wird im Einzelnen ausgeführt:

Die künftige Entwicklung der WFG wird durch inhaltliche Kontinuität bestimmt. Soweit neue Projekte angegangen werden, wird eine anteilige Gegenfinanzierung durch Fördermittel angestrebt.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Wirtschaftliche Chancen ergeben sich für das laufende Jahr und für die weitere Zukunft aus den laufenden, aber auch in Planung befindlichen Projekten.

Anzumerken ist jedoch, dass die WFG ausschließlich Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) erbringt. Aufgabe der WFG ist es, Maßnahmen durchzuführen, die die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt im Kreis Borken stärken.

Da die Leistungen der Gesellschaft nicht marktgängig sind und auch nicht von Unternehmen oder Personen direkt am Markt nachgefragt werden, erhält die WFG einen Ausgleich für die nicht durch andere Mittel gedeckten Kosten. Sobald die Leistungen der Gesellschaft Marktnähe erreichen und in Wettbewerb geraten, werden entsprechende Beratungsunternehmen herangezogen oder die Ratsuchenden werden diskriminierungsfrei an entsprechende Unternehmen verwiesen.

Neben zahlreichen Chancen sind mit dem Betrieb des Unternehmens auch Anforderungen und Risiken verbunden, welche es zu lösen bzw. denen es vorzubeugen gilt. Die Geschäftstätigkeit erfordert Organisationsstrukturen, Führungsmethoden und -fähigkeiten sowie Kontrollsysteme.

Es wurden Maßnahmen getroffen, mit denen die Risikoerkennung, die Risikoanalyse und die Risikokommunikation sichergestellt werden. Zur Erfassung und Steuerung von Risiken

existieren Instrumente, die permanent weiterentwickelt werden. Die eingesetzten Instrumente unterscheiden sich notwendigerweise stark voneinander.

Dieses Risikomanagementsystem soll dazu beitragen, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, frühzeitig aufzudecken. Wesentlich für ein Risikomanagementsystem sind ein internes Überwachungssystem sowie ein Controlling- und Frühwarnsystem. Unser Unternehmen verfügt über Planungs- und Kontrollinstrumente, um Geschäftsrisiken frühzeitig zu erkennen und um wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Eine rechtliche Bestandsgefährdung auf Grund der Jahresfehlbeträge scheidet wegen der Kostenübernahme der Gesellschafter aus.

InnoCent Bocholt GmbH

Konrad-Zuse-Str. 4
46397 Bocholt
Tel.: 02871 / 97-216
Fax: 02871 / 97-1213
Internet: www.innocent-bocholt.de

Rechtsform

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.480.000,00 Euro	
davon hält der Kreis Borken	150.000,00 Euro	= 10,14 %

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb eines Innovationszentrums im Technologiepark Bocholt. In den von der Gesellschaft vermieteten Räumlichkeiten sollen Existenzgründungen ermöglicht werden. Die Gesellschafter können zur Zweckerreichung auch selbst Räume anmieten und nutzen lassen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Joachim Schüling

Beirat

Dr. Daniel Schultewolter (Geschäftsführer WFG für den Kreis Borken mbH)

Gesellschafterversammlung

Landrat Dr. Kai Zwicker

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht und das Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Ausführungen zum Landesgleichstellungsgesetz sind nicht erforderlich, da die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat eingerichtet hat und über keine Beschäftigten verfügt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2021 EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	1.704.736	1.631.725	1.562.650
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.108	8.453	11.494
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	52.180	145.320	241.138
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.668	1.760	0
Bilanzsumme	1.768.691	1.787.257	1.815.282

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	1.480.000	1.480.000	1.480.000
II. Kapitalrücklagen	150.000	150.000	150.000
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	91.213	115.276	135.495
V. Bilanzgewinn/ -verlust	24.063	20.218	27.676
B. Rückstellungen	10.146	7.000	7.687
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	2.625	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	1.238	3.873	991
III. sonstige	9.405	7.252	9.546
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	3.638	3.887
Bilanzsumme	1.768.691	1.787.257	1.815.282

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR
Umsatzerlöse	170.151	161.036	171.313
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	0	3.473	0
Gesamtleistung	170.151	164.509	171.313
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	73.139	73.011	72.805
sonstige betriebliche Aufwendungen	61.903	62.856	61.013
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-1.909	-9	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	33.200	28.634	37.496
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	4.522	3.800	5.204
sonstige Steuern	4.616	4.616	4.616
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	24.063	20.218	27.676
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	24.063	20.218	27.676

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	99	99	99
Fremdkapitalquote:	%	1	1	1
Anlagendeckung I:	%	102	108	115
Anlagendeckung II:	%	102	108	115
Investitionen:	EUR	0	0	3.730
cash-flow:	EUR	100.348	90.083	101.168
Liquidität 1. Grades	%	223	668	1.709
Liquidität 2. Grades	%	266	707	1.790
Liquidität 3. Grades	%	266	707	1.790
Personalstand	Personen	0	0	0

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Innovationszentrums im Technologiepark Bocholt. In den von der Gesellschaft vermieteten Räumlichkeiten sollen Existenzgründungen ermöglicht werden.

Entsprechend dem Unternehmenszweck wurde 2002 auf einem Grundstück in unmittelbarer Nähe der Westfälischen Hochschule, Campus Bocholt, ein Bürogebäude mit rd. 600 qm Nutzfläche –verteilt auf vierzehn Büroräume – erbaut.

Mit Vertrag vom 17. Oktober 2005 wurde die Aufstockung des Stammkapitals der Gesellschaft von 650 T-Euro auf 895 T-Euro beschlossen. Gleichzeitig wurde der Gesellschafterkreis um zwei weitere mittelständische Unternehmen erweitert. Hintergrund dieser gesellschaftsrechtlichen Veränderung war die geplante Erweiterung des InnoCent im Technologiepark, um der stetig wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. So entstand im Jahr 2006 direkt neben dem bestehenden Gebäude ein weiteres Bürogebäude mit rd. 500 qm Nutzfläche – verteilt auf ebenfalls vierzehn Räume.

Im Geschäftsjahr 2009 entstand in Kooperation mit der Westfälischen Hochschule, Campus Bocholt, sowie der Firma Siemens AG (seit dem 01.10.2017 Flender GmbH) die Idee zur Errichtung eines technisch hochwertigen Maschinenlabors, um den Studien- und Wirtschaftsstandort Bocholt weiter zu stärken.

Mit Vertrag vom 31.03.2009 wurde daher das Stammkapital um weitere 370 T-Euro auf 1.265 T-Euro erhöht und der Unternehmenszweck um die Förderung der Forschung und Lehre durch die benachbarte Hochschule erweitert. Aufgrund gestiegener technischer Anforderungen erhöhten sich die Investitionskosten des neuen Maschinenlabors deutlich. Vor diesem Hintergrund wurde das Stammkapital mit Vertrag vom 22.04.2010 nochmals um 215 T-Euro auf jetzt 1.480 T-Euro aufgestockt.

Nach acht Monaten Bauphase wurde im Herbst 2010 das neue Maschinenlabor mit einer Nutzfläche von insgesamt 625 qm den beiden Mietern übergeben.

Mit ihren Aktivitäten fördert die Gesellschaft die technologische Entwicklung und die technologieorientierte Existenzgründung im Kreis Borken nachhaltig.

Geschäftsentwicklung

Im laufenden Geschäftsjahr 2021 konnte das Niveau der Auslastung der Räumlichkeiten des Existenzgründerzentrums wieder deutlich verbessert werden. Waren zum 31.12.2020 noch vier von 28 Räumen nicht belegt, gab es zum aktuellen Jahresende keinen freien Raum. Darüber hinaus steht ein Konferenzraum den Mietern für Kundenpräsentationen oder Schulungen zur Verfügung.

Durch den sehr guten durchschnittlichen Vermietungsstand kann nach Abzug der Steuern erneut ein positives Jahresergebnis ausgewiesen werden. Der erwirtschaftete Cash-Flow ist aufgrund der Abschreibungen von rd. T€ 73 deutlich positiver. Der Bestand der Guthaben bei Kreditinstituten erhöhte sich entsprechend.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Bei einem Vermietungsstand von rd. 80 % der gesamten Flächen im Existenzgründerzentrum können grundsätzlich neben den bestehenden Fixkosten auch die Abschreibungen erwirtschaftet werden. Aktuell beträgt die Auslastungsquote bei 27 von 28 (inkl. Konferenzraum) vermieteten Räumen somit rd. 96 %.

Die Erzielung der zukünftigen Mieteinnahmen ist jedoch im Wesentlichen abhängig von der wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Mieter sowie der allgemeinen Gründungskultur in Bocholt und der Region und der sich daraus ggf. ergebenden Leerständen der Büroflächen.

Die in 2021 weiter zunehmende Ausbreitung des Coronavirus und die damit verbundene Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Zunächst im März 2020 und mehrfach in den darauffolgenden Monaten wurden von der Bundesregierung verschiedene Maßnahmenpakete beschlossen, die die wirtschaftlichen Folgen – auch der Unternehmen – abfedern soll. Ziel ist es dabei, die Arbeitsplätze zu schützen und die Unternehmen zu unterstützen. Vereinzelt wurden durch die InnoCent im Geschäftsjahr Mieten ausgesetzt. Besondere Einflüsse auf die Forderungsbewertung sind auch im aktuellen Geschäftsjahr – insbesondere durch die staatlichen Stützungsmaßnahmen – nicht erkennbar. Die weitere Entwicklung im laufenden Jahr 2022 bleibt allerdings noch abzuwarten.

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft als Objektgesellschaft ist maßgeblich von ihren Mietern, der Mietsituation im Raum Bocholt und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Diese Entwicklung ist durch die zunehmenden geopolitischen Spannungen, dem aktuellen Krieg in der Ukraine, der steigenden Inflation sowie möglichen Zinserhöhungen durch die EZB nur sehr schwer abzuschätzen.

Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten für Existenzgründer und damit die potentiellen Mieter des InnoCent haben wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft.

Ziel der Geschäftsführung ist, im laufenden Geschäftsjahr die Vermietungssituation auf dem sehr guten und hohen Niveau zu halten. Ob dies gelingen kann, ist maßgeblich auch von dem weiteren Verlauf der Pandemie und den möglichen Auswirkungen der skizzierten Risiken auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung abhängig.

Eine Bestandsgefährdung ist nicht erkennbar.

Lokalfunk für den Kreis Borken GmbH & Co. KG

Heinrich-Hertz-Str. 6
46325 Borken
Tel.: 02861 / 901-0
Fax: 02861 / 901-300
Internet: www.mms-muenster.de
E-Mail: info@mms-muenster.de

Rechtsformen des Unternehmens

GmbH & Co. KG

Beteiligungsverhältnisse

Kommanditeinlagen:	255.645,94 Euro
daran hält der Kreis Borken	51.129,19 Euro = 20,00 %

Unternehmensbeteiligungen

<u>Unternehmen</u>	<u>anteiliges Stammkapital</u>	<u>in %</u>
Lokalfunk Betriebsgesellschaft für den Kreis Borken mbH	25,56 T-Euro	100,00

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung von Aufgaben, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

- Die zur Produktion und zur Vorbereitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen
- Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen
- Hörfunkwerbung zu verbreiten

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Peter Härtl, Münster

Gesellschafterversammlung

Kreiskämmerer Wilfried Kersting

**Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach
Geschlecht und das Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG**

Ein Aufsichtsrat besteht nicht und die Zahl der Beschäftigten liegt unter der Grenze des § 5 LGG. Daher sind weitere Ausführungen zum LGG nicht erforderlich.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2021 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	4	8.893
II. Sachanlagen	50.850	38.832	25.489
III. Finanzanlagen	25.565	25.565	25.565
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	279.002	256.095	270.904
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	434.935	606.388	495.976
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.584	5.156	3.999
Bilanzsumme	794.940	932.039	830.826

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	290.912	293.541	296.305
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Anteile anderer Gesellschafter	0	0	0
V. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
VI. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0
VII. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	25.565	25.565	25.565
B. Rückstellungen	108.381	87.264	6.920
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	47.674	35.017	39.580
III. sonstige	322.408	490.653	462.456
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	794.940	932.039	830.826

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Für den Kreis Borken hat der Lokalfunk eine wichtige Bedeutung in der aktuellen, regionalen Berichterstattung über Themen, die vorrangig den Kreis und die Kommunen betreffen und somit in der überregionalen Berichterstattung nur geringe Verbreitung finden. Der Lokalfunk ist insoweit eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zu den regionalen Printmedien und den überregionalen Medien.

Aufgrund ihrer Größe ist die Gesellschaft als kleine Kapitalgesellschaft einzuordnen. Sie darf gemäß § 264 Abs. 1 Satz 4 HGB auf die Erstellung eines Lageberichts verzichten und hat hiervon Gebrauch gemacht.

Vor diesem Hintergrund wird auf weitere Ausführungen zum Geschäftsverlauf, zu Chancen und Risiken verzichtet.

Eine Bestandsgefährdung des Unternehmens ist nicht erkennbar.

Lokalfunk Betriebsgesellschaft für den Kreis Borken mbH

Heinrich-Hertz-Str. 6
46325 Borken
Tel.: 02861 / 901-0
Fax: 02861 / 901-300
Internet: www.mms-muenster.de
E-Mail: www.info@mms-muenster.de

Rechtsformen des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital: 25.564,59 Euro

Die Lokalfunk Betriebsgesellschaft für den Kreis Borken mbH steht zu 100 % im Eigentum der Lokalfunk für den Kreis Borken GmbH & Co. KG. Somit ist der Kreis mit 20 % mittelbar an der Gesellschaft beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens

Beteiligung an der Kommanditgesellschaft „Lokalfunk für den Kreis Borken GmbH & Co. KG“ als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Peter Härtl, Münster

Gesellschafterversammlung

Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht und das Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Ein Aufsichtsrat besteht nicht und die Zahl der Beschäftigten liegt unter der Grenze des § 5 LGG. Daher sind weitere Ausführungen zum LGG nicht erforderlich.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2021 EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
III. Finanzanlagen	35.266	37.895	40.659
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	355	181	0
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	35.621	38.076	40.659

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Anteile anderer Gesellschafter	0	0	0
V.a. Gewinn-/Verlustvortrag	6.455	8.706	11.134
V.b. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.251	2.428	2.529
VI. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	8.706	11.134	13.663
VII. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
B. Rückstellungen	1.350	1.378	1.432
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	0	0	0
III. sonstige	0	0	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	35.621	38.076	40.659

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR
Umsatzerlöse	0	0	0
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Gesamtleistung	0	0	0
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.523	1.427	1.433
Beteiligungsergebnis	4.197	4.310	4.436
Zinsergebnis	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.674	2.883	3.003
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	423	456	474
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.251	2.428	2.529
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	6.455	8.706	11.134
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	8.706	11.134	13.663

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	96	96	96
Fremdkapitalquote:	%	4	4	4
Anlagendeckung I:	%	97	97	96
Anlagendeckung II:	%	97	97	96
Investitionen:	EUR	4.197	4.484	4.617
cash-flow:	EUR	2.251	2.428	2.529
Innenfinanzierungsgrad:	%	54	54	55
Eigenkapitalrentabilität:	%	8	8	8

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Der Kreis Borken ist mit 20,00 % an die Lokalfunk für den Kreis Borken GmbH & Co. KG beteiligt. Diese wiederum ist alleinige Gesellschafterin der Lokalfunk Betriebsgesellschaft, sodass an dieser Stelle auf weitere Details verzichtet und auf die Ausführungen bei der vorstehenden Lokalfunk für den Kreis Borken GmbH & Co. KG verwiesen wird.

EUREGIO (Zweckverband)

Enscheder Str. 362
48599 Gronau (Westfalen)
Telefon 02562 / 702 - 0
Telefax 02562 / 702 - 59
E-Mail Info@EUREGIO.de

Rechtsform des Unternehmens

Körperschaft des öffentlichen Rechts (Zweckverband)

Beteiligungsverhältnis

Mitglieder der EUREGIO sind niederländische und deutsche Gemeinden, Städte, (Land-) Kreise und Waterschappen.

Der Kreis Borken hält einen Anteil von 2,5 %.

Die Beteiligungsquoten ergeben sich aus dem laut Verbandssatzung festgelegten Sitzverhältnissen in der Verbandsversammlung. Der Kreis Borken hat 5 Mitglieder in die 199 Mitglieder starke Verbandsversammlung entsandt.

Gegenstand des Unternehmens

Die EUREGIO hat die Aufgabe, die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit ihrer Mitglieder zu fördern, zu unterstützen und zu koordinieren. Die EUREGIO kann Aktivitäten entwickeln, Programme sowie Projekte erarbeiten und durchführen, finanzielle Mittel beantragen, entgegennehmen und sie an Dritte weitergeben. Die EUREGIO ist für ihre Mitglieder in deren Interesse und ausschließlich grenzübergreifend tätig mit dem Ziel, ihre Gesamtinteressen gegenüber internationalen, nationalen und anderen Institutionen wahrzunehmen. Die EUREGIO fördert die grenzübergreifende Abstimmung und Koordinierung zwischen öffentlich-rechtlichen Instanzen, Behörden und gesellschaftlichen Gruppierungen. Die EUREGIO berät Mitglieder, Bürger, Unternehmen, Verbände, Behörden und andere Institutionen in grenzübergreifenden Fragen. Die EUREGIO informiert regelmäßig die Öffentlichkeit, insbesondere die Städte, Gemeinden und (Land-) Kreise, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand

R. G. Welten (Vorsitzender des Vorstands)
Landrat Dr. Kai Zwicker

Geschäftsführung

Christoph Almering

Verbandsversammlung

Dr. Kai Zwicker

Dr. Ansgar Hörster

Volker Jürgen Himmel

Barbara Seidensticker-Beining

Thomas Nünning

Sandra Lentfort

EUREGIO-Rat Zusammensetzung ab 01.01.2021

Herr Dr. A. Hörster	dhr. R.G. Welten (Vorsitzender)
Herr T. Nünning	dhr. F. Rijkens
Herr W. Stödtke	dhr. J.G.A. Nijhuis
Herr B. Dittmann	mevr. S. Tiethoff
Herr H. Klöpper	dhr. J.G.J. Joosten
Herr D. Doetkotte	mevr. J.W. Titshof-Leushuis
Herr T. Kerkhoff	dhr. J.A.C.M. van Helvert
Herr C. Hövekamp	dhr. R.T. Wienk
Herr C. Gottheil	mevr. S. van den Beukel
Frau E. Diekmann	dhr. F.J. Wessels
Herr Dr. J. Gochermann	dhr. R. Zijlstra
Frau A. Dorndorf	mevr. E.I. Klaasen
Herr E. Winter	dhr. A.J. Gerritsen
Herr J. Coße (Stellvertr. Vorsitzender)	dhr. E. op den Dries
Frau B. Overesch	dhr. J.C. Laurens
Herr Dr. M. Schrameyer	mevr. M. Jeliazkova
Herr R. Lammers	dhr. T ten Vergert
Herr D. Aden	mevr. T. Vloothuis
Frau C. Lenderich	mevr. M. Schouten
Herr M. Silies	mevr. A.A.M. van Drosten
Herr H. Beemink	dhr. J.W. Timmerman
Herr T. Berling	dhr. M. Paters
Frau I. Märkl	dhr. C. Bruggink
Herr C. Lammerskitten	mevr. N. Boekhoudt
Frau U. Möhr-Loos	mevr. A.E.M. Janssenn
Herr R. Mackenzie Giddens	dhr. Mr.A.B. Stapelkamp
Herr M. Lorenz	mevr. W.H.H.S. Elsinghorst
Herr M. Lührmann	mevr. A.H. Bronsvort
Frau K. Pötter	dhr. F. Aaldering
Frau A. Kura	dhr. J. van Oostrum (Stellvertr. Vorsitzender)
Herr H. Schlatermund	dhr. A. Kion
Herr F.-J. Buschkamp	dhr. O.E.T. van Dijk
Herr Dr. O. Gericke	dhr. R.W. Willering
Herr C. Grawunder	dhr. R.B.J. Veldkamp
Herr P. Horstmann	dhr. M. Boumans
Herr T. Köpp	dhr. W. Buunk
Herr Dr. U. Möllenhoff	mevr. U. ter Braak
Frau A. K. Herbermann	dhr. H. Vroomen
Herr A. Nicklas	dhr. R. Bergsma
Herr K. Rosenau	mevr. B. Meppelink-de Jager
Herr J. Kupferschmidt	dhr. A.H. te Rietstap
Herr T. Kollmann	dhr. E. Liefers
	dhr. drs. H.Th.M. Pieper

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium (EUREGIO-Rat) in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 84 Mitgliedern 23 Frauen an (Frauenanteil: 27 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die EUREGIO ist entsprechend die Vorgaben des § 1 Abs. 1 LGG in Verbindung mit § 5 Abs. 2 GkG NRW durch ihre Rechtsform zur Beachtung des LGG NRW verpflichtet. Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	198	206	179
II. Sachanlagen	62	51	48
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.308	1.004	1.011
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	32.080	24.431	13.473
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	3	2
Bilanzsumme	33.648	25.694	14.712
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	1.253	1.376	1.537
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	627	688	768
V. Bilanzgewinn/ -verlust	184	241	218
VI. Ergebnisverwendung Teilhaber	0	0	0
B. Rückstellungen	318	258	267
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	248	331	220
III. sonstige	30.468	22.091	11.070
D. Rechnungsabgrenzungsposten	550	708	631
Bilanzsumme	33.648	25.694	14.712

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	4.718	4.226	4.424
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	27	47	10
Gesamtleistung	4.745	4.273	4.434
Materialaufwand	121	88	82
Personalaufwand	2.791	2.951	3.032
Abschreibungen	59	112	56
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.590	880	1.043
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	0	0	-2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	184	241	218
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	184	241	218
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	184	241	218

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	6	9	17
Fremdkapitalquote:	%	94	91	83
Anlagendeckung I:	%	796	899	1.115
Anlagendeckung II:	%	796	899	1.115
Investitionen:	T-EUR	57	52	26
cash-flow:	T-EUR	272	293	284
Liquidität 1. Grades	%	102	104	111
Liquidität 2. Grades	%	106	109	119
Liquidität 3. Grades	%	106	109	119
Personalstand	Personen	44	46	45
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	108	93	99
Personalaufwandintensität	T-EUR	63	64	67

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Mit der Gründung des niederländisch-deutschen Zweckverbandes EUREGIO im Jahre 2016 wurden alle Partner in der EUREGIO gleichberechtigt. Durch die Gründung wird die Arbeit der EUREGIO auf öffentlich-rechtliche Grundlage gestellt. Basis der Zusammenarbeit ist das Abkommen von 23.05.1991 zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Niedersachsen, der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Anholter Abkommen).

Die EUREGIO fördert und koordiniert die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften beiderseits der deutsch-niederländischen Grenze. Dabei steht der kulturelle und wirtschaftliche Austausch zwischen den Einwohnern im Grenzgebiet im Vordergrund. Aktuell koordiniert und unterstützt sie beispielsweise die Zusammenarbeit des Kreises Borken mit den angrenzenden niederländischen Kommunen in der Wasserwirtschaft und dem Hochwasserschutz.

Seit Jahren begleitet und fördert sie u.a. das Projekt „Nachbarsprache an deutschen und niederländischen Grundschulen“. Im Rahmen des Projektes werden Schüler stundenweise in der jeweils anderen Landessprache durch niederländische oder deutsche Lehrkräfte unterrichtet und lernen so die niederländische oder deutsche Sprache.

Geschäftsentwicklung

Die Gesamtsumme der Erträge übersteigt im Jahr 2021 die Gesamtsumme der Aufwendungen um 218.244 Euro. Geplant war ein Überschuss in Höhe von 85.415 Euro, sodass das Ergebnis eine Verbesserung in Höhe von 132.829 Euro gegenüber dem Plan darstellt. Neben Einsparungen im Bereich der allgemeinen Geschäftsaufwendungen / Aufwendungen für Abschreibung fielen geringere Personalaufwendungen im allgemeinen Bereich der EUREGIO an. Bei den Projektaktivitäten hingegen wirken sich höhere Eigenanteile bzw. geringere rechnerische überhänge negativ aus. Ebenso blieben die Erträge aus der Verrechnung von internen Leistungsbeziehungen hinter dem Ansatz zurück. Insgesamt führen diese Veränderungen zu der o.g. Verbesserung.

Auch im Haushaltsjahr 2022 ist noch ein positives Jahresergebnis zu erwarten. Für das Folgejahr 2023, das nach der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung derzeit noch ein Defizit ausweist, bestehen noch viele Unsicherheiten mit Bezug auf das INTERREG-Folgeprogramm.

Die EUREGIO finanziert ihre Arbeit zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zunächst durch ihre Mitgliedsbeiträge. Seit der Gründung des niederländisch-deutschen Zweckverbandes EUREGIO sind alle niederländischen Mitglieder auch formaljuristisch Mitglied. Damit verbunden ist eine Kündigungsfrist von zwei Jahren. Zudem wurden mit dem Rechtsformwechsel im Jahr 2016 die Mitgliedsbeiträge harmonisiert und um 0,01 Euro pro Einwohner und Jahr angehoben. Damit sind die Mitgliedsbeiträge eine verlässliche finanzielle Grundlage der Arbeit der EUREGIO geworden.

Insbesondere wegen der umfangreichen Projektaktivitäten der EUREGIO, die eine Vorfinanzierung aller Ausgaben vorsehen, ist ein hoher Bestand an liquiden Mitteln für die EUREGIO unabdingbar.

Die EUREGIO verfügt über einen soliden Rücklagenbestand in Höhe von insgesamt rd. 2,3 Mio. Euro. Entsprechend der Beschlussempfehlung der Gremien an die Verbandsversammlung wurde der Jahresüberschuss 2020 anteilig mit einem Drittel der Ausgleichsrücklage sowie mit zwei Dritteln der allgemeinen Rücklage zugefügt.

Nach § 19a des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) können Jahresüberschüsse der Ausgleichsrücklage zugeführt werden, soweit ihr Bestand nicht den Höchstbetrag von einem Drittel des Eigenkapitals erreicht. Diese Regelung weicht von den für Gemeinden nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) geltenden Vorgaben ab.

Auch für den Jahresüberschuss 2021 ist eine entsprechende anteilige Zuführung zu den Rücklagen vorgesehen. Damit liegen ausreichende Rücklagenbestände vor, um die derzeit noch bestehenden Unsicherheiten im Bereich INTERREG VI abzufedern. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Jahresabschlusses ist (auf Basis der Haushaltsplanung für das Jahr 2022) für die Jahre 2023 bis 2025 noch von jährlichen Defiziten auszugehen, die jedoch aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

In der EUREGIO standen im Jahr 2021 genauso wie im Jahr zuvor Arbeit und Wirken unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Viele Projekte und Ziele sind weiterhin ins Stocken geraten oder mussten revidiert werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit selbst, wie wir sie aus den vergangenen Jahren kennen, ist auch 2021 in vielen Bereichen in den Hintergrund getreten, andere Themen standen in der Prioritätenliste der Kommunen, der Administrationen, der Regierungen, der Partner aus Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft deutlich weiter oben.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stand damit auch im Jahr 2021 deutlich unter dem Eindruck der Corona-Krise. Von der Gremienarbeit in der EUREGIO bis hin zur Projektarbeit im Kooperationsprogramm INTERREG setzten sich im zweiten Corona-Jahr die erheblichen Einschränkungen fort, weil Zusammenkünfte nicht stattfinden konnten, Aufgaben zurückgestellt wurden, Projektschritte gestoppt wurden, Projektziele nachjustiert oder mitunter sogar aufgegeben werden mussten. Die EUREGIO-Gremien konnten oftmals nur digital, mitunter sogar nur auf schriftlichem Wege tagen. Im zweiten Pandemie-Jahr hatte sich aber zumindest eine gewisse Routine in dieser Form des Arbeitens eingestellt. Digitalisierte Prozesse, Abstimmungsinstrumente und Kommunikationswege waren längst nicht mehr das Neuland, das es in weiten Teilen vor der Krise war. Zeigte sich die Arbeit im ersten Corona-Jahr noch extrem verlangsamt, waren nun die Prozesse und Abläufe deutlich besser planbar, auch wenn von einem normalen Arbeitsgeschehen wie vor Corona noch nicht ansatzweise die Rede sein konnte. Die bei der EUREGIO schon deutlich vor Corona eingeleitete Digitalisierung wurde durch die Umstände deutlich beschleunigt, aber um dauerhaft gut zusammenzuarbeiten, sind physische Zusammenkünfte nicht zu ersetzen. Das Gleiche gilt für die meisten Projekte, die über INTERREG gefördert werden.

Die Hoffnung, dass infolge der Impfkampagnen in beiden Ländern sowie weltweit der „Normalzustand“ zurückkehren würde, hat sich nicht erfüllt. Bis in die Gegenwart hält die Pandemiekrise an. Dennoch bleibt es das erklärte Ziel für die EUREGIO, so schnell wie möglich wieder die Gremienarbeit in der bewährten Weise und damit vor allem in Präsenz

wiederaufnehmen und forcieren sowie die wichtigen grenzübergreifenden Projekte wieder durchführen zu können. Gleichwohl muss allen Partnern klar sein, dass es auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein langer Weg sein wird zur gewohnten Normalität. Insbesondere vor dem Hintergrund der sich deutlich länger abzeichnenden Dauer der Pandemie sehen wir weiter die Gefahr, dass bestimmte Prozesse möglicherweise nicht so einfach wieder in Gang zu setzen sein werden, weil die Bekämpfung der Pandemiefolgen noch viele Kräfte und Ressourcen in den Gemeinden und den Regionen binden wird. Hinzu kommt seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des Angriffskriegs der Russischen Föderation gegen das Nachbarland Ukraine, die große Ungewissheit in Europa, wie es mit dieser hinzugekommenen Krise und einer vollständig neuen Situation für Europa weitergehen wird.

Andererseits hat uns die Krise auch an vielen Stellen gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir auch im zweiten Pandemie-Jahr die gut funktionierenden Partnerstrukturen über die Grenze hinweg aufrechterhalten konnten. Der GrenzInfoPunkt der EUREGIO blieb in der Krise für viele Unternehmen, Arbeitnehmer, Grenzpendler und Bürger im Grenzgebiet der wichtigste Anlaufpunkt, um zuverlässige Informationen und Hilfestellungen zu erhalten, insbesondere wenn es um den Umgang mit den ständig wechselnden Verordnungen und Maßnahmen in den Niederlanden und in der Bundesrepublik bzw. in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ging. Alle GrenzInfoPunkte entlang der deutsch-niederländischen Grenzen haben ihre Unverzichtbarkeit für die Grenzregionen untermauert. Die GrenzInfoPunkte haben durch die Krise sogar enorm an Bedeutung gewonnen und sollten für die Zukunft deutlich gestärkt und weiter intensiv gefördert werden. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Finanzierungsfragen, mit denen man sich schon jetzt wieder befassen muss, da die ersten Finanzierungsquellen u. a. in Niedersachsen und in den niederländischen Provinzen Ende 2023 auslaufen.

Nur schwer einzuschätzen ist, wie weit sich die Lage in der Ukraine auf die Arbeit der EUREGIO auswirken wird. Der EUREGIO-Vorstand hat im März 2022 eine klare Positionierung veröffentlicht und den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine scharf verurteilt. Die EUREGIO gehört dem Dachverband der europäischen Grenzregionen AGEG an, zu dem auch Teile der ukrainisch-russischen Grenzregion gehören. Vor diesem Hintergrund ist der EUREGIO und den Menschen auf ihrem Gebiet sehr wohl bewusst, wie bedeutsam die Völkerverständigung gerade in Grenzgebieten für den Erhalt des Friedens ist. Die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge ist in der Grenzregion sehr groß. Aber die Anstrengungen, die die Bewältigung der Flucht so vieler Menschen mit sich bringt, werden sich auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens auswirken. Das kann auch zu einer Mehrbelastung für die Aufgaben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit führen, etwa durch eine neue Prioritätensetzung in den Mitgliedsgemeinden und in den Staaten, durch die finanziellen Herausforderungen von Brüssel bis in die einzelnen Gemeinden in den westlichen Demokratien oder durch die Bindung von weiteren Ressourcen. Die EUREGIO wird sich darauf einstellen müssen, dass nach Corona auch diese zweite große Krise große Auswirkungen auf ihre Arbeit haben kann. Gegenmaßnahmen und Konzepte müssen erst entwickelt werden.

Auf Grund der gesicherten Grundfinanzierung über Mitgliedsbeiträge und die flexibel gehaltene strategische Weiterentwicklung ist eine grundsätzliche Bestandgefährdung nicht erkennbar.

Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH für Handwerk und Industrie

Weidenstr. 2
48683 Ahaus
Tel.: 02561 / 699-0
Fax: 02561 / 699-510
Internet: www.bbs-ahaus.de

Rechtsform des Unternehmens

gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:	770.000,00 Euro
davon:	
Kreis Borken	498.960,00 Euro = 64,8 %
Stadt Ahaus	67.760,00 Euro = 8,8 %
Kreishandwerkerschaft Borken	152.460,00 Euro = 19,8 %
Handwerkskammer Münster	33.880,00 Euro = 4,4 %
Stiftung Akademie Klausenhof in Hamminkeln	16.940,00 Euro = 2,2 %

Unternehmensbeteiligungen

Unternehmen	anteiliges Stammkapital	in %
Gesellschaft für Personalberatung, Reintegration, spezifische Qualifizierung, Transfer und individuelle Vermittlung mbH (Perspeqtive GmbH)	25.000,00 Euro	100,00

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von beruflicher Bildung und Erziehung sowie die Förderung der Jugendhilfe. Der Gegenstand des Unternehmens wird insbesondere durch die Durchführung folgender Maßnahmen und durch die Unterhaltung nachfolgender Einrichtungen verwirklicht:

- a) Betrieb einer Berufsbildungsstätte, in der mit Vorrang überbetriebliche Ausbildung zur Ergänzung der betrieblichen Ausbildung für Auszubildende des Handwerks durchgeführt wird. Im Bedarfsfall kann die überbetriebliche Ausbildung zu Gunsten der Auszubildenden der Industrie erweitert werden.

- b) Fortbildungsmaßnahmen für den Bereich des Handwerks und bei Bedarf für den Bereich der Industrie, soweit sie nicht in eigener Trägerschaft der Gesellschafter oder in der Akademie des Handwerks in Raesfeld durchgeführt werden
- c) Betrieb eines Berufsorientierungszentrums für die Berufsvorbereitung Jugendlicher und junger Erwachsener im Übergang von der Schule zum Beruf sowie die Durchführung außerbetrieblicher Berufsausbildungen
- d) Durchführung beruflicher Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Eingliederung von arbeitslosen und arbeitssuchenden Menschen, insbesondere Frauen nach der Kindererziehungsphase
- e) Betrieb einer Technischen Akademie Ahaus als Schulungsstätte, Technologietransferstelle und Weiterbildungseinrichtung nach dem Weiterbildungsgesetz (WbG) des Landes Nordrhein-Westfalen
- f) Betrieb einer DVS-Schweißkursstätte zur Durchführung Schweißtechnischer Lehrgänge nach den DVS-Richtlinien mit Prüfungsabnahme
- g) Förderung der Bildung durch die Planung neuer Aus- und Fortbildungskonzeptionen einschließlich der Entwicklung moderner Lehrpläne und Lehrmethoden
- h) Förderung der Jugendhilfe

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Jörg Olthues (ab 01.03.2021)
Dipl.-Betriebswirt Hermann Wansing (Geschäftsführer)

Gesellschafterausschuss

Dr. Ansgar Hörster	Vorsitzender
Christoph Bruns	
Werner Leuker	
Rüdiger Paus-Burkard	
Frau Semmler	

Gesellschafterversammlung

24 Vertreter der Gesellschafter davon 8 vom Kreis Borken entsandt:

darunter:

Dr. Kai Zwicker

(Vorsitzende/r im Wechsel mit der/dem Bürgermeister/in
der Stadt Ahaus und dem Kreishandwerksmeister/in)

Dr. Ansgar Hörster

Annette Demes

Jens Terbeck

Dr. Heinrich Render

Annette Bruns

Nadine Heselhaus (bis 07.10.2021)

Gerti Tanjsek (ab 08.10.2021)

Daniela Kersting

**Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach
Geschlecht**

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 5 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 20 Prozent). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Ziele des LGG werden gemäß § 2 LGG in Verbindung mit § 18 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages in dem Unternehmen beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2021 EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17	16.095	12.119
II. Sachanlagen	1.736.381	1.602.624	1.496.980
III. Finanzanlagen	25.000	25.000	25.000
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	170.571	168.497	178.037
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.406.191	2.193.926	1.484.772
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	8.077.399	8.890.891	9.386.564
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18.128	22.648	22.923
Bilanzsumme	12.433.687	12.919.681	12.606.395

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	770.000	770.000	770.000
II. Kapitalrücklagen	4.264.371	4.264.371	4.264.371
III. Gewinnrücklagen	100.000	551.885	746.982
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	750.701	750.701	750.701
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	451.885	195.097	501.619
VI. Sonderposten	319.200	321.600	243.600
B. Rückstellungen	2.934.228	3.142.993	3.209.133
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	375.212	483.963	472.599
III. sonstige	2.213.645	2.316.721	1.486.400
D. Rechnungsabgrenzungsposten	254.444	122.349	160.989
Bilanzsumme	12.433.687	12.919.681	12.606.395

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR
Umsatzerlöse	14.611.375	12.970.698	14.421.542
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	259.075	669.374	369.064
Gesamtleistung	14.870.450	13.640.072	14.790.606
Materialaufwand	6.648.333	6.406.492	6.821.035
Personalaufwand	4.936.720	4.378.712	4.613.566
Abschreibungen	362.056	313.718	304.777
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.534.115	2.371.514	2.492.918
Beteiligungsergebnis	75.000	50.000	0
Zinsergebnis	-5.706	-16.759	-48.512
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	458.520	202.877	509.797
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.979	5.059	4.394
sonstige Steuern	3.655	2.721	3.784
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	451.885	195.097	501.619
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Einstellung in / Zuführung aus Rücklagen	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	451.885	195.097	501.619

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	51	51	56
Fremdkapitalquote:	%	46	47	42
Anlagendeckung I:	%	360	397	458
Anlagendeckung II:	%	360	397	458
Investitionen:	EUR	1.165.513	302.137	438.950
cash-flow:	EUR	813.942	508.815	806.396
Innenfinanzierungsgrad:	%	70	168	184
Eigenkapitalrentabilität:	%	7	3	7
Umsatzrentabilität:	%	3	2	3
Liquidität 1. Grades	%	312	317	479
Liquidität 2. Grades	%	405	396	555
Liquidität 3. Grades	%	412	402	564
Personalstand	Personen	127	123	115
Umsatz pro Mitarbeiter	EUR	117.090	110.895	128.614
Personalaufwandintensität	EUR	38.872	35.599	40.118

Leistungen / Produktivität

	2019		2020		2021	
	TNW*	%	TNW*	%	TNW*	%
Überbetriebliche Ausbildung	8.567	38,8	7.348	39,0	8.598	41,5
- Handwerk	7.019	31,8	6.154	32,7	7.270	35,1
- Industrie	1.548	7,0	1.194	6,3	1.328	6,4
Technische Akademie Ahaus	1.221	5,5	723	3,8	766	3,7
Berufsorientierungszentrum	5.610	25,4	4.005	21,3	5.226	25,2
- Ausbildung	1.653	7,5	1.274	6,8	1.569	7,6
- Rampe	701	3,2	475	2,5	742	3,6
- Berufsvorbereitung	3.256	14,7	2.256	12,0	2.915	14,1
Förderung beruflicher Weiterbildung	6.693	30,3	6.752	35,9	6.141	29,6
- Schulungsstätte Bocholt	579	2,6	349	1,9	474	2,3
- Schulungsstätte Ahaus	5.938	26,9	6.099	32,4	5.573	26,9
- DVS Schweißlehrgänge	176	0,8	304	1,6	94	0,5
Gesamtleistungen	22.091	100,0	18.828	100,0	20.731	100,0

*Teilnehmerwochen

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH (BBS) mit ihrem Stammhaus in Ahaus ist ein schwerpunktmäßig auf das westliche Münsterland hin orientiertes Bildungsunternehmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Mit ihren zahlreichen Standorten im Kreisgebiet Borken versteht sie sich als ein kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen und erbringt damit zugleich einen Beitrag zur regionalen, zukunftsorientierten Wirtschaftsförderung.

Kernpunkte der Arbeit der BBS sind die überbetriebliche Ausbildung für Handwerk und Industrie sowie die Heranführung an und die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Hierzu führt sie Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für entsprechende Gruppen durch. Weiterhin unterhält die BBS ein Berufsorientierungszentrum für junge Menschen mit Schwierigkeiten beim Übergang in die Arbeitswelt. An Bedeutung gewonnen hat auch die Qualifizierung Berufstätiger.

Seit dem Jahr 2001 ist die BBS Trägerin einer Transfergesellschaft (Perspective GmbH), deren alleinige Anteilseignerin sie seit dem 01.01.2015 ist. Diese hat u.a. die Aufgabe, Unternehmen in Krisensituationen dabei zu unterstützen, Personalüberhänge sozialverträglich abzubauen und damit zugleich drohender Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Es entspricht dem Selbstverständnis der BBS im Sinne einer regionalen Wirtschaftsförderung, den kleinen und mittleren Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte orts- und zeitnah zur Verfügung zu stellen; zeitgleich ist sie auch Dienstleister für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem sie durch passgenaue Qualifizierungen deren Arbeitsmarktchancen erhöht. Auch trägt die BBS durch eine Fülle von sozialen Arbeitsfeldern und aufgrund ihres Engagements im Bereich der Jugendhilfe zur Gemeinwohlorientierung in der Region bei. Die Jugendarbeitslosigkeit bspw. liegt nach wie vor weit unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt.

Die von der BBS betriebene Transfergesellschaft trägt grundsätzlich dazu bei, dass von Personalabbau betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittels Qualifizierung zeitnah wieder in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden.

Deutlich wird, dass die BBS nachhaltig zur Verbesserung der sozialen Bedingungen und der wirtschaftlichen Entwicklung im Kreis Borken beiträgt. Die Arbeitslosigkeit im Kreis Borken liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und auch die Jugendarbeitslosigkeit ist sehr gering.

Geschäftsentwicklung

Der Umsatz der BBS lag im Jahr 2021 mit 14.422 T-Euro (i.V. 12.971 T-Euro) deutlich über dem Vorjahreswert (+11 %) und erreicht damit fast wieder das Umsatzniveau wie vor der Corona-Pandemie.

Im Lagebericht 2020 hatten wir aufgrund der Corona-Pandemie nur einen leicht erhöhten Umsatz prognostiziert.

So fiel das Jahresergebnis entgegen der Erwartung mit 502 T-Euro positiv aus. Mit dem Ergebnis 2021 ist es weiteres Mal gelungen, den Trend der vergangenen Jahre zu einer Verstetigung positiver Jahresabschlüsse fortzusetzen.

Die Liquidität der BBS war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder so bemessen, dass der laufende Zahlungsverkehr zu jedem Zeitpunkt ohne die Inanspruchnahme von Bankkrediten abgewickelt werden konnte.

In 2021 haben keine nennenswerten Investitionen in die gebäudliche Infrastruktur stattgefunden. Aufgrund größerer Modernisierungsmaßnahmen vergangener Jahre befindet sich die Gebäudestruktur in einer guten Verfassung; gleichwohl bleibt die laufende Modernisierung der Gebäude eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Im Berichtsjahr sind die Investitionen in Ausstattungen mit 439 T-Euro (2020: 302 T-Euro) zwar leicht angestiegen. Sie sind aber noch deutlich geringer ausgefallen als in den Jahren vor der Corona-Pandemie.

Insgesamt wird der Geschäftsverlauf des Jahres 2021 sowie die Lage der Gesellschaft als zufriedenstellend beurteilt.

Im Jahresdurchschnitt waren 115 Angestellte (einschließlich Teilzeitkräfte, Auszubildende und geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer) beschäftigt. Der Personalaufwand setzt sich aus Löhnen und Gehältern in Höhe von 3.747 T-Euro und sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 866 T-Euro zusammen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Personalkosten um 235 T-Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2021 2.493 T-Euro. Sie haben sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2020 um 121 T-Euro erhöht.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag auf die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 502 T-Euro (Vorjahr: Jahresüberschuss 195 T-Euro).

Durch eine adäquate Kapitalstruktur ist es das Ziel im Rahmen des Finanzmanagements die Liquidität zu sichern und finanzwirtschaftliche Risiken zu minimieren sowie Kapitalkosten zu begrenzen.

Die ermittelte zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitions- und Finanzierungstätigkeit) beläuft sich auf 496 T-Euro, so dass sich unter Berücksichtigung des Finanzmittelbestands am Anfang der Periode von 8.891 T-Euro ein Bestand von 9.387 T-Euro am Ende der Periode ergibt.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 314 T-Euro auf 12.606 T-Euro vermindert. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen ist mit 12,2 % im Vergleich zum Vorjahr (12,7 %) leicht gesunken. Das Anlagevermögen beträgt zum Bilanzstichtag absolut 1.534 T-Euro (Vorjahr: 1.644 T-Euro).

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist um 502 T-Euro bzw. 7,7 % auf 7.034 T-Euro angestiegen. Diese Erhöhung ist ausschließlich auf den Jahresüberschuss 2021 zurückzuführen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse und Zulagen zum Anlagevermögen beträgt zum Bilanzstichtag 244 T-Euro und beinhaltet Investitionszuschüsse vom Kreis Borken sowie der Stadt Ahaus.

Die Rückstellungen liegen mit 2,1 % bzw. absolut 67 T-Euro über dem Vorjahr. Sie enthalten im Wesentlichen Rückzahlungsverpflichtungen aus erhaltenen Zuschüssen, Instandhaltungs-, Personal-, Archivierungs-, Prozess- sowie für Jahresabschluss- und Prüfungskosten.

Die Lieferantenverbindlichkeiten betragen stichtagsbezogen 473 T-Euro und liegen 11 T-Euro unter dem Vorjahresniveau. Die Verbundverbindlichkeiten mit 495 T-Euro betreffen im Wesentlichen die Personalgestellung durch die Perspektive GmbH und liegen um 405 T-Euro unter dem Vorjahr. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr um 426 T-Euro gesunken und betragen 991 T-Euro. Sie enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten für weiterzuleitende sowie rückzahlbare Zuschüsse, Steuerverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lohn- und Gehaltsabgrenzungen.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Vorauszahlungen für Maßnahmen, die im Folgejahr zu erbringen sind. Er beträgt zum Bilanzstichtag 161 T-Euro.

Bei den bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren liegt der Fokus im Wesentlichen auf:

- Umsatzentwicklung
- Jahresergebnis.

Der Umsatz ist stark von den angebotenen Maßnahmen sowie dessen Teilnehmergrößen abhängig. Die BBS verfolgt aufgrund Ihrer Gemeinnützigkeit primär keine renditeorientierten Ziele. Die Erwirtschaftung einer geringen Umsatzrendite ist jedoch erforderlich, um ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen zu können.

Die Umsatzentwicklung in 2021 ist mit plus 11% gut ausgefallen, da ursprünglich nur mit einem leichten Anstieg gerechnet wurde. Auch das Jahresergebnis fiel positiver als erwartet aus.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BBS wird aktuell als gut eingestuft.

Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung der BBS ist trotz der schwierigen Rahmenbedingungen zufriedenstellend.

Das Finanzmanagement der BBS ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die BBS konnte im Berichtsjahr bei allen Lieferverbindlichkeiten — sofern möglich - durch kurzfristige Zahlungen Skontoabzüge realisieren.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel und den Forderungsbestand gedeckt.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Bei den Planungen wird davon ausgegangen, dass die Lehrgänge und Seminare ohne Einschränkungen durch Corona durchgeführt werden können.

Bei einem geplanten Umsatzvolumen in Höhe von 14,5 Mio. Euro wird auch für das Jahr 2022 ein positives Jahresergebnis erwartet.

Die bisherige Entwicklung des Geschäftsjahres 2022 verlief planmäßig. Trotzdem bleibt es eine große Herausforderung für Leitung und Mitarbeitende am Ende des Jahres die gesetzten Ziele auch tatsächlich zu erreichen.

Aktuell sorgt der Krieg in der Ukraine bereits für steigende Energiepreise und gestörte Lieferketten. Der Krieg beeinflusst auch das Bildungsgeschäft. Die Auswirkungen des Krieges sind für die Berufsbildungsstätte nur schwer abschätzbar.

Aufgrund der guten Reputation der BBS bei den verschiedenen öffentlichen Trägern sowie Kooperationspartnern sieht die Berichtsfirma gute Chancen, Maßnahmen in ausreichendem Umfang zu akquirieren und so die geplanten Umsatz- und Ergebnisziele für 2022 zu erreichen. Chancen für die zukünftige Entwicklung liegen insbesondere in:

- der Flexibilität der BBS bei sich ändernden Marktbedingungen
- Entwicklung und Angebot attraktiver Konzepte für betrieblich finanzierte Weiterbildungsangebote
- einer stabilen finanziellen Situation
- dem möglichen Abschluss „strategischer“ Partnerschaften

Um pandemiebedingte Lernrückstände für leistungsschwache und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche wieder aufzuholen sind zusätzliche Bildungsmaßnahmen erforderlich und notwendig. Auch die BBS kann hiervon profitieren.

Viele Risiken bieten der BBS auch Chancen.

Vom Unternehmen wurden Maßnahmen getroffen, mit denen die Risikoerkennung, die Risikoanalyse und die Risikokommunikation sichergestellt werden.

In Übereinstimmung mit branchenüblichen Standards und gesetzlichen Bestimmungen hat die BBS ein Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet, um Geschäftsrisiken frühzeitig zu erkennen und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Zur Steuerung von Geschäftsrisiken existieren Instrumente, um wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die eingesetzten Instrumente unterscheiden sich notwendigerweise stark voneinander. Dieses Risikomanagementsystem trägt dazu bei, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, frühzeitig aufzudecken.

Eine Bestandsgefährdung des Unternehmens ist auf Grund seiner guten liquiden Ausstattung und der Marktrepputation nicht erkennbar.

Gesellschaft für Personalberatung, Reintegration, spezifische Qualifizierung, Transfer und individuelle Vermittlung GmbH

Weidenstr. 2
48683 Ahaus
Tel.: 02561 / 699-0
Fax: 02561 / 699-510
Internet: www.bbs-ahaus.de
E-Mail: boeing@bbs-ahaus.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Perspeqtive GmbH ist mit 25.000 Euro ausgewiesen. Die Perspeqtive GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH. Die Perspeqtive GmbH steht seit dem 01.01.2015 mit Übernahme der Stammeinlagen der anderen Gesellschafter im alleinigen Eigentum der BBS GmbH. Für den Kreis Borken bedeutet dies eine mittelbare Beteiligung, weil dieser direkt mit 64,80 % an der BBS beteiligt ist.

Gegenstand des Unternehmens

Die Perspeqtive GmbH ist eine Transfergesellschaft, also ein im SGB III verankertes und von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gleichermaßen akzeptiertes Instrument zur Flankierung betrieblicher Restrukturierungsprozesse. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, vom Personalabbau betroffene Mitarbeiter/innen regionaler Betriebe durch Beratung und Qualifizierung in zukunftsträchtige, attraktive neue Arbeitsstellen zu vermitteln.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dipl.-Kfm. Bernhard Könning (bis 31.12.2021)
Dipl.-Ing. Jörg Olthues (ab 01.03.2021)
Dipl.-Betriebswirt Hermann Wansing

Gesellschafterversammlung

Dipl.-Ing. Jörg Olthues

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Eine Berichterstattung entfällt, da die Gesellschaft kein gesondertes Aufsichtsorgan errichtet hat.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Entsprechend § 2 LGG werden die Ziele des LGG in dem Unternehmen in Verbindung mit § 11 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-Euro	31.12.2020 T-Euro	31.12.2021 T-Euro
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	0	0	0
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.017	1.087	527
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	359	234	768
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.376	1.322	1.295

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	25	25	25
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	747	744	794
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	47	50	18
VI. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	0	0	0
B. Rückstellungen	118	94	85
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	0	0	0
III. sonstige	439	409	373
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.376	1.322	1.295

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-Euro	2020 T-Euro	2021 T-Euro
Umsatzerlöse	5.889	5.892	6.343
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	103	101	44
Gesamtleistung	5.992	5.993	6.387
Materialaufwand	0	17	10
Personalaufwand	5.837	5.831	6.293
Abschreibungen	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	108	94	66
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	47	50	18
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	47	50	18
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	47	50	18

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	60	62	65
Fremdkapitalquote:	%	40	38	35
Anlagendeckung I:	%	0	0	0
Anlagendeckung II:	%	0	0	0
cash-flow:	T-Euro	22	26	9
Eigenkapitalrentabilität:	%	6	6	2
Umsatzrentabilität:	%	1	1	0
Liquidität 1. Grades	%	82	57	206
Liquidität 2. Grades	%	313	323	347
Liquidität 3. Grades	%	313	323	347
Personalstand	Personen	155	169	168
Umsatz pro Mitarbeiter	T-Euro	38	35	38
Personalaufwandintensität	T-Euro	38	35	37

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Perspeqtive steht für "Personalberatung, Reintegration, spezielle Qualifizierung, Transfer und individuelle Vermittlung". Die Perspeqtive GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH.

Die Perspeqtive GmbH hat zur Aufgabe, die von Personalabbau betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittels Qualifizierung zeitnah wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Dadurch leistet die Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Fachkräftemangels.

Daneben fungiert die Perspeqtive GmbH im Rahmen des Gemeinschaftsbetriebes als Anstellungsträger für die Personalgestaltung an die Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH.

Die Berichtsfirma hat auch im vergangenen Jahr maßgeblich dazu beigetragen, kleinen und mittelständischen Unternehmen im Sinne von Wirtschaftsförderung orts- und zeitnah qualifizierte Arbeitskräfte zu Verfügung zu stellen.

Die Gesellschaft trägt grundsätzlich dazu bei, dass von Personalabbau betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeitnah wieder in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden.

Geschäftsentwicklung

Die Perspeqtive GmbH arbeitet im Rahmen des Gemeinschaftsbetriebes mit der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH zusammen. Die Umsätze in 2021 stammen ganz überwiegend aus der Zusammenarbeit mit dieser Gesellschaft.

In 2021 konnte eine neue Transfermaßnahme akquiriert werden. Die Umsätze aus Arbeitnehmerüberlassungen an Dritte waren im Geschäftsjahr erneut rückläufig.

Die Planungen für das Kalenderjahr 2021 sahen ein leicht positives Jahresergebnis vor. Mit plus 18 T-Euro konnte dies auch erreicht werden. Die Liquidität ist im Jahresverlauf stabil geblieben. So war die Gesellschaft zu jedem Zeitpunkt in der Lage, den laufenden Zahlungsverpflichtungen ohne Inanspruchnahme von Bankkrediten nachzukommen.

Investitionen haben in 2021 nicht stattgefunden.

Die Umsatzerlöse betragen wie im Vorjahr 6,3 Mio. Euro. Und sind gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. Euro angestiegen.

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 17.998 Euro (Vorjahr: 50.179 Euro).

Durch eine adäquate Kapitalstruktur ist es das Ziel im Rahmen des Finanzmanagements die Liquidität zu sichern und finanzwirtschaftliche Risiken zu minimieren, sowie Kapitalkosten zu begrenzen.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 27 T-Euro bzw. 2,1 % auf 1.295 T-Euro verringert. Die Kapitalstruktur ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von 64,7 % (Vorjahr 62,0 %) gekennzeichnet.

Insgesamt wird der Geschäftsverlauf des Jahres 2021 sowie die Lage der Gesellschaft als zufriedenstellend beurteilt und entsprach den Erwartungen.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Eine Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine ist sehr schwierig. Für das Jahr 2022 erwartet die Geschäftsführung Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau. Das Jahresergebnis wird ebenfalls auf Vorjahreshöhe erwartet.

Allgemein kann festgehalten werden, dass viele Risiken, die im Teil „Risikobericht“ beschrieben sind, dem Unternehmen auch Chancen bieten. Chancen für die zukünftige Entwicklung liegen insbesondere in:

- der Akquirierung neuer Transfermaßnahmen bei einer sich eintrübenden konjunkturellen Lage
- einer stabilen finanziellen Situation

Die Geschäftspolitik wird im Wesentlichen unverändert bleiben.

Vom Unternehmen wurden Maßnahmen getroffen, mit denen die Risikoerkennung, die Risikoanalyse und die Risikokommunikation sichergestellt werden.

In Übereinstimmung mit branchenüblichen Standards und gesetzlichen Bestimmungen hat die Perspeqtive GmbH ein Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet, um Geschäftsrisiken frühzeitig zu erkennen und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Die finanzwirtschaftlichen Risiken, wie Liquiditätsrisiken, Preisänderungsrisiken und Bonitätsrisiken werden durch das eingerichtete Risikomanagementsystem – soweit möglich – reduziert.

Eine wirtschaftliche Bestandsgefährdung ist auch auf Grund der engen Bindung zur Muttergesellschaft nicht erkennbar.

Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe

Rohrteichstraße 71
33602 Bielefeld
Telefon 0521 / 557577-10
Telefax 0521 / 557577-75
E-Mail zweckverband@stiw1.de

Rechtsform des Unternehmens

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Beteiligungsverhältnis

Der aus dem Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Ostwestfalen-Lippe und dem westfälischen Studieninstitut für kommunale Verwaltung Münster fusionierte Zweckverband hat 13 Mitglieder.

Der Kreis Borken hält einen Anteil von 8,86 %.

Die Beteiligungsquoten ergeben sich aus dem laut Verbandssatzung festgelegten Umlageschlüssel. Bemessungsgrundlage sind hierbei die im Verbandsgebiet registrierten Einwohnerzahlen.

Gegenstand des Unternehmens

Der Zweckverband ist Träger des Studieninstituts und unterhält gleichwertige Abteilungen an den Standorten Münster und Bielefeld. Das Studieninstitut hat die Aufgabe, den Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände des Institutsbezirks die nach den Prüfungsordnungen vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und auf diese vorzubereiten. Das Studieninstitut bietet Fortbildungen in den unterschiedlichen Bereichen kommunalen Handelns an. Es kann auch Personal anderer Verwaltungen, Körperschaften, die dem öffentlichen Zweck dienen, ausbilden, prüfen, fortbilden und beraten.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsvorsteher

Oberbürgermeister Pit Clausen

Studienleitung

Thomas Hüttemann

Verbandsversammlung

Rainer Kaschel	Markus Althöner
Wolfgang Heuer	Daniel Schollmeyer
Dr. Peter Lüttmann	Cornelia Schöder
Dr. Linus Tepe	Dr. Klaus Effing
Burkhard Venhues	Petra Schreier
Sven-Georg Adenauer	Dr. Georg Lunemann

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Beim Studieninstitut wurde kein Aufsichtsorgan im Sinne eines Aufsichtsrates errichtet. Organe sind die Verbandsversammlung und der/die Verbandsvorsteher/in. Der Verbandsversammlung gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 17 %). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Das Studieninstitut ist als Zweckverband entsprechend den Vorgaben des § 1 Abs. 1 LGG in Verbindung mit § 5 Abs. 2 GkG NRW durch seine Rechtsform zur Beachtung des LGG NRW verpflichtet. Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet.

Da bei der Aufstellung des Beteiligungsberichtes 2021 der Jahresabschluss 2021 noch nicht vorlag, wurden die Daten aus dem Abschluss 2020 herangezogen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2018 T-EUR	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR
0. Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit	0	0	902
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	54	139	174
II. Sachanlagen	6.056	6.065	5.892
III. Finanzanlagen	1.105	1.782	2.452
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.420	16.424	16.432
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	4	6	5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	112	135	149
Bilanzsumme	22.751	24.550	26.005

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	0	0	0
II. Allgemeine Rücklage	4.780	4.778	4.768
III. Ausgleichsrücklage	2.469	3.275	3.275
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	473
V. Bilanzgewinn/ -verlust	805	473	676
VI. Sonderposten	10	9	8
B. Rückstellungen	10.815	11.531	12.932
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	776	669	562
II. aus Lieferung und Leistung	276	434	400
III. sonstige	20	7	26
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.798	3.375	2.886
Bilanzsumme	22.751	24.550	26.005

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2018 T-EUR	2019 T-EUR	2020 T-EUR
Umsatzerlöse	7.139	8.753	8.728
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	2.672	2.570	3.209
Gesamtleistung	9.811	11.323	11.938
Materialaufwand	1.360	1.732	1.729
Personalaufwand	6.418	7.560	8.677
Abschreibungen	282	321	362
sonstige betriebliche Aufwendungen	930	1.222	1.380
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-16	-15	-14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	805	473	-226
außerordentliches Ergebnis	0	0	902
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	805	473	676
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	805	473	676

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2018	2019	2020
Eigenkapitalquote:	%	35	35	35
Fremdkapitalquote:	%	65	65	65
Anlagendeckung I:	%	112	107	108
Anlagendeckung II:	%	121	114	113
Investitionen:	T-EUR	319	1.093	905
cash-flow:	T-EUR	1.424	1.510	2.439
Liquidität 1. Grades	%	1	1	1
Liquidität 2. Grades	%	3.822	3.001	3.086
Liquidität 3. Grades	%	3.822	3.001	3.086
Personalstand	Personen	46	46	54
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	213	247	220
Personalaufwandintensität	T-EUR	140	165	160

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Das Studieninstitut Westfalen-Lippe trägt auf vielen Ebenen zur positiven fachlichen Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung Borken bei. Es bildet die Verwaltungsfachangestellten, die Fachangestellten für Bürokommunikation und die Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes der Kommunen im Münsterland und in Ostwestfalen - Lippe aus und bietet ein umfassendes Fortbildungsprogramm für die Kommunalverwaltungen an.

Geschäftsentwicklung

Auf die fortschreitende Bewirtschaftungsphase des Haushalts 2020 hat die Corona-Pandemie beachtliche Auswirkungen genommen. Bedingt durch die deutlichen Mindererträge - insbesondere bei den Seminarentgelten - und diverse Mehraufwendungen, z. B. für Hygienemaßnahmen, zeichnete sich bereits im Sommer 2020 ab, dass es schwieriger als in Vorjahren sein wird, einen Haushaltsausgleich zu erreichen.

So wurden z. B. Unterhaltungsmaßnahmen wie auch Investitionen in Folgejahre verschoben, um den Etat des laufenden Jahres zu entlasten, aber auch, um flexibel über Haushaltsmittel verfügen zu können, mit denen die Digitalisierung forciert wurde. So wurden viele Leistungen des Instituts auch unter deutlich veränderten Rahmenbedingungen (z. B. Fortbildung und Unterrichte in Onlineformaten statt in Präsenz) weiter angeboten und Erträge generiert.

Das Land NRW hat mit dem NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz (NKF-CIG), das am 01.10.2020 in Kraft getreten ist, Regelungen geschaffen, nach denen der sog. „Corona-Schaden“ buchhalterisch in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 zu isolieren ist. Für diese Jahre wird damit ein gewisser haushaltswirtschaftlicher Handlungsspielraum eröffnet.

Ein in dieser Zeit isolierter Corona-Schaden ist allerdings ab dem Jahr 2025 aufzulösen (einmalig oder während eines Zeitraums von bis zu 50 Jahren). Isoliert wurde eine Corona-bedingte Haushaltsbelastung in Höhe von 901.597 Euro. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit lag erstmals seit dem Jahr 2012 mit 225.727 Euro wieder im negativen Bereich. Durch den Ausweis des Corona-Schadens als außerordentlicher Ertrag wird auch im Jahr 2020 ein Jahresüberschuss erzielt. Dieser liegt mit 675.870 Euro auf einem mit Vorjahren vergleichbaren Niveau und gibt damit einen Hinweis, welches Potential eigentlich in diesem Haushaltsjahr für das Institut gelegen hat.

Nach § 75 Abs. 3 GO NRW kann der Jahresüberschuss 2020 komplett der Ausgleichsrücklage zugeführt werden.

Auch die Liquiditätslage hat unter den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie sichtbar gelitten, der Bestand der im Cashpool mit der Stadt Bielefeld geführten Mittel sank um rd. 486.000 Euro auf 5,8 Mio. Euro ab. Trotz der Minderung des Bestandes der liquiden Mittel im Cashpool verfügt der Zweckverband weiterüber eine sehr gute Liquiditätslage.

Am 31.12.2020 beträgt die Bilanzsumme 26.005.482 Euro und erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 1.455.422 Euro. Diese Zunahme resultiert auf der Aktivseite der Bilanz insbesondere aus dem Ausweis der Bilanzierungshilfe und der Investition in Finanzanlagen.

Das Jahresergebnis 2020, die Erhöhung der Rückstellungen (für Pensionen und Beihilfen) und die Abnahme des passiven Rechnungsabgrenzungspostens prägen die Veränderungen der Passivseite der Bilanz.

Die Eigenkapitalquote stabilisiert sich weiter bei einem guten Wert von 35%.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Hinter dem Zweckverband liegt ein turbulentes Jahr, in dem aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen während der Corona-Pandemie vor allem die digitale Bildungsinfrastruktur umfassend Eingang in die Seminar- und Lehrgangsangebote gefunden hat. Gelungen ist es damit auch, die Nachfrage nach den Leistungen des Instituts auf einem guten Niveau zu halten. Erneut konnten die Träger bei den Versorgungsauswendungen entlastet werden. Als Herausforderungen der nächsten Jahre sind zu nennen:

- die Einbindung der unterschiedlichen digitalen Konzepte und Ressourcen in eine Digitalstrategie für den Zweckverband
- die Neugewinnung und Bindung von haupt- und nebenamtlichen Lehr- wie auch Verwaltungskräften und deren nachhaltige Qualifizierung im Hinblick auf digitale Kompetenzen
- die Erweiterung des Schulungsgebäudes für den Fachbereich Medizin und Rettungswesen
- eine weitere wirtschaftliche Stabilisierung trotz der gesamtwirtschaftlich schwierigen Lage

Inwieweit sich die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie auf die Haushaltswirtschaft des Zweckverbandes in den Folgejahren auswirken werden und auf welche Weise der im Jahresabschluss 2020 ausgewiesene Corona-Schaden Eingang in die Haushaltswirtschaft der kommenden Jahre finden wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden.

Auf Grund der gesicherten Umlagefinanzierung gemäß § 13 der Verbandssatzung ist eine Bestandsgefährdung nicht erkennbar.

Kreisbauverein GmbH

Im Piepershagen 29

46325 Borken

Tel.: 02861 / 90992-0

Fax: 02861 / 90992-22

Internet: www.wohnbau-wml.de

Rechtsform des Unternehmens

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 1.376.000,00 Euro

davon:

Kreis Borken 76.250,00 Euro = 4,87 %

Unternehmensbeteiligungen

<u>Unternehmen</u>	<u>anteiliges Stammkapital</u>	<u>in %</u>
Kommunale Siedlungs- und Wohnungsbau- gesellschaft mbH	302,90 T-Euro	94,67
EBZ Service GmbH	7,25 T-Euro	0,21
Stadt+Quartier GmbH	12,75 T-Euro	51,0

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Dabei bleibt die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung ein besonderes Anliegen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführer

Uwe Schramm
Dr. Stefan Jägering

(Vorsitzender)

Beirat

Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Gesellschafterversammlung

Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Bei der Gesellschaft wurde kein Aufsichtsgremium im Sinne eines Aufsichtsrates gebildet.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Gehört einer Kommune allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertretungen darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Der Kreis besitzt nur eine Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft. Es finden die Regelungen des Gesellschaftsrecht Anwendung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	480	522	492
II. Sachanlagen	62.227	62.576	61.466
III. Finanzanlagen	18.934	18.946	26.991
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.269	2.508	2.708
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	480	465	913
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	5.568	6.258	3.608
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30	25	79
Bilanzsumme	89.988	91.300	96.258

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	1.376	1.376	1.376
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	44.234	47.069	48.958
IV. Anteile anderer Gesellschafter	0	0	0
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	2.835	1.889	3.093
davon	0	0	0
- Gewinn- / Verlustvortrag	0	0	0
- Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2.835	1.889	3.093
VI. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
B. Rückstellungen	2.196	2.392	2.279
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	34.628	33.967	34.853
II. aus Lieferung und Leistung	3.030	3.095	4.051
III. sonstige	149	41	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.540	1.471	1.647
Bilanzsumme	89.988	91.300	96.258

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	11.480	11.858	12.004
aktivierte Eigenleistungen	134	267	232
sonstige betriebliche Erträge	1.658	540	1.715
Gesamtleistung	13.272	12.666	13.951
Materialaufwand	3.343	3.606	3.504
Personalaufwand	2.794	2.871	2.957
Abschreibungen	1.519	1.568	1.608
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.345	1.300	1.469
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-486	-520	-481
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.784	2.802	3.931
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	733	702	625
sonstige Steuern	216	211	213
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.835	1.889	3.093
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	2.835	1.889	3.093

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	54	55	56
Fremdkapitalquote:	%	44	43	43
Anlagendeckung I:	%	59	61	60
Anlagendeckung II:	%	102	103	100
Investitionen:	T-EUR	3.057	1.994	8.637
cash-flow:	T-EUR	4.354	3.457	4.701
Innenfinanzierungsgrad:	%	142	173	54
Eigenkapitalrentabilität:	%	8	6	7
Umsatzrentabilität:	%	25	16	26
Liquidität 1. Grades	%	107	118	60
Liquidität 2. Grades	%	116	127	76
Liquidität 3. Grades	%	160	174	121
Personalstand	Personen	61	60	61
- davon				
Vollzeitbeschäftigte		30	28	28
Teilzeitbeschäftigte		28	28	28
Auszubildende		3	4	5
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	218	211	229
Personalaufwandintensität	T-EUR	46	48	48

Leistungen / Produktivität

		2019	2020	2021
bebauungsfähige Grundstücke				
Fläche	qm	2.509	3.584	564
Wert	T-EUR	260	27	27
Bestand an Bauten	Anzahl			
Häuser		347	347	347
mit				
Wohnungen		1.208	1.217	1.221
davon mit Preisbindung		546	546	554
Büros und Ladenlokale etc.		11	11	10
Garagen		99	99	116
Wohn- und Nutzfläche	qm	84.627	84.986	84.940
Sollmiete für Wohn-/Nutzfläche	EUR/qm	5,63	5,75	5,84
Wohnungswechsel	Anzahl	126	86	115
Leerstandsquote	%	0,20	0,20	0,20
Instandsetzungsaufwand	EUR/qm	15,37	14,19	16,32

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die Kreisbauverein GmbH hat im Jahr 1926 ihre wohnungswirtschaftlichen Anfänge. Von einem einst kommunalen Wohnungsunternehmen, das im Jahr 2000 von der genossenschaftlichen WohnBau-Unternehmensgruppe angekauft wurde, hat sich das Unternehmen zu einem Immobilienbestandhalter entwickelt, der im Münsterland sein Zuhause hat.

Das Unternehmen ist in die Konzernstruktur der WohnBau Unternehmensgruppe eingegliedert.

Kerngeschäft des mittelständischen Konzerns ist die kaufmännische und technische Bewirtschaftung von 4.649 eigenen Wohnungen, von denen 1.221 der Kreisbauverein GmbH zuzuordnen sind. Weitere Geschäftsfelder sind die treuhänderische Immobilienverwaltung für Eigentümergemeinschaften und Dritte, das Bauträgergeschäft sowie Erschließungsträgermaßnahmen.

Zum Ausbau des eigenen Immobilienbestandes entwickelt die Gruppe kontinuierlich Wohnungsneubauten. Der Ankauf von gebrauchten Immobilien ergänzt die dargelegte Geschäftsfeldpalette.

Satzungsgemäß ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten ein besonderes Anliegen.

Neben dem Ankauf der Kreisbauverein GmbH hat sich die WohnBau Unternehmensgruppe auch mit dem Erwerb der Kommunalen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH (2007) sowie der Fusion mit der Grevener Bauverein eG (2003) als Immobiliendienstleister in der Münsterland-Region positioniert.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde – gemeinsam mit der Sparkasse Westmünsterland – die Projektgesellschaft Stadt + Quartier GmbH gegründet. Startprojekt für den neuen strategischen Baustein ist die Entwicklung einer rd. 36.000 m² großen Industriebrache hin zu einem innovativen innerstädtischen Wohnquartier im Schulterschluss mit der Stadt Bocholt.

Geschäftsentwicklung

Für die Kreisbauverein GmbH stellte sich die Geschäftsentwicklung in 2020 wie folgt dar:

Am 31.12.2020 befanden sich 1.221 Wohnungen, sechs gewerbliche Einheiten sowie fünf eigene Einheiten mit einer Wohn-/Nutzfläche von insgesamt 84.941 m² im Eigentum der Gesellschaft. Von dem Gesamtbestand unterliegen 554 der Wohnungen einer Preis- und Belegungsbindung. Dies entspricht einer Quote von 45,4 %. Der überwiegende Teil des Besitzes besteht aus zwei- bis viergeschossigen Häusern mit Hausgärten und Grünanlagen. Die durchschnittliche Wohnfläche beträgt 68 m².

Die permanente Bestandspflege des Immobilienbestandes steht im Fokus der Geschäftsausrichtung. Investitionen in diesem Bereich sichern die nachhaltige Vermietbarkeit des Bestandes. Im Geschäftsjahr wurden in diesem Bereich Investitionen, einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten, von insgesamt 1.343,1 T-Euro (Vorjahr 1.456,9 T-Euro) getätigt. Das sind 15,80 Euro je m² Wohn-/Nutzfläche (Vorjahr: 17,17 Euro/m²). Am

31.12.2019 befanden sich 1.208 Wohnungen, 6 gewerbliche Einheiten sowie 5 eigene Einheiten mit einer Wohn-/Nutzfläche von insgesamt 84.627 m² im Eigentum der Gesellschaft. Von dem Gesamtbestand unterliegen 546 Wohnungen einer Preis- und Belegungsbindung. Dies entspricht einer Quote von 45,2 %. Der überwiegende Teil des Besitzes besteht aus zwei- bis viergeschossigen Häusern mit Hausgärten und Grünanlagen. Die durchschnittliche Wohnfläche beträgt 67 m².

Bei den Erlösen aus Sollmieten konnte die positive Entwicklung der Vorjahre konsequent fortgesetzt werden. Insgesamt verbesserten sich die Erlöse von 5.871,7 T-Euro auf 5.951,2 T-Euro, was im Wesentlichen auf die Fertigstellung von Neubauten sowie auf moderate Mietanpassungen zurückzuführen ist.

Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete der Wohnungen zum 31.12. des Geschäftsjahres lag bei 5,90 Euro/m² (Vorjahr: 5,75 Euro/m²).

Im Geschäftsjahr lag die Fluktuationsquote mit 9,4 % unter dem Wert des Vorjahres von 7,1 %. Zum 31.12. des Jahres standen zwei Wohnungen leer. Dies entspricht einer Leerstandsquote von 0,2 % (Vorjahr: 0,3 %). Beide Wohnungen standen nicht länger als drei Monate leer. Durch Leerstände sind Erlösschmälerungen aus Sollmieten in Höhe von 21,6 T-Euro (Vorjahr: 23,6 T-Euro) entstanden.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist durch Stabilität und Kontinuität gekennzeichnet. Das bestehende Ertragspotenzial im Wohnungsbestand leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Im Geschäftsjahr 2021 konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 3.092,7 T-Euro (Vorjahr: 1.889,2 T-Euro) erzielt werden. Dieser bleibt zur kontinuierlichen Stärkung des Eigenkapitals vollständig im Unternehmen, und bildet somit einen wichtigen Beitrag zu den geplanten umfangreichen Investitionen in den Bestand.

Die anlage- und fremdkapitalintensive Bilanz der Gesellschaft mit geordneten Deckungsverhältnissen von Vermögen und Kapital besitzt die für ein Wohnungsunternehmen typische Struktur. Die dem Unternehmen langfristig zur Verfügung stehenden Vermögenswerten sind durch langfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Die Abwicklung im Bereich der langfristigen Finanzplanung ist gesichert.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Zur frühzeitigen Erkennung, zur Bewertung und zum Umgang mit den Risiken sind Steuerungs- und Kontrollsysteme eingesetzt, die permanent weiterentwickelt werden. Im Rahmen unterjähriger Controlling-Prozesse werden Daten aus den Bereichen Bestandsmanagement, Forderungsentwicklung, Instandhaltung etc. ebenso regelmäßig wie ein vierteljährlicher Soll-Ist-Vergleich der Planzahlen erstellt.

Im Rahmen der jährlichen Portfolioanalyse wird für jede Immobilie Deckungsbeiträge, Objekt- und Lagequalität sowie die mittel- bis langfristige Instandhaltungserwartung beleuchtet. Mit jeder Analyse ist eine klare Objektstrategie verbunden, die seit Jahren Grundlage der Geschäftspolitik ist. Im Vordergrund des Risikomanagements steht das Bestreben,

Veränderungen so rechtzeitig zu erkennen, dass durch geeignete Maßnahmen wesentliche negative Einflüsse auf die Unternehmensentwicklung abgewendet werden können.

Fluktuation und Leerstand stellen besondere Risiken in der Immobilienwirtschaft dar. Dabei sind einzelne Standorte differenziert zu beobachten. Auf Grund der Standortbedingungen und des ausgewogenen Immobilienportfolios wird von keinen erhöhten Vermietungsrisiken ausgegangen. Das Risiko von Mietausfällen ist in seiner Gesamtheit als gering zu erachten. Bei Neuvermietungen werden Bonitätsprüfungen durchführt. Während der Corona-Pandemie kam es zu keinen nennenswerten Mietstundungen oder Mietausfällen.

Das Anlagevermögen ist langfristig finanziert. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige Annuitätendarlehen, die dinglich gesichert sind. Aufgrund steigender Tilgungsanteile hält sich das Zinsänderungsrisiko in beschränktem Rahmen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements beobachtet und überprüft. Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte werden nicht angewendet.

Die sich zuletzt dramatisch erhöhten Energiepreise stellen für die Wohnungswirtschaft ein nicht unerhebliches Risiko dar, weil Kunden in ihrer Leistungsfähigkeit überfordert werden und Mietausfälle drohen. Letztendlich sinken auch Mieterhöhungspotentiale in der Grundmiete, weil schlichtweg die Grenze des Möglichen für unsere Kunden erreicht ist. Die WohnBau Gruppe hat durch Sicherung der Gas- und Strompreise im Jahr 2020 dieses Risiko bis zum 31. Dezember 2024 minimiert.

Für die kommenden Jahre wird auf den Wohnungsmärkten ein deutlicher Anstieg der Bautätigkeit prognostiziert. Durch die Schaffung von neuem Wohnraum ergibt sich die Möglichkeit zum Wachstum und zur Steigerung der Nettomieterlöse.

Auch in den kommenden Jahren will die Kreisbauverein GmbH die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. So ist z. B. die Einführung eines CRM-Systems für die Mieter geplant. Auch die Erweiterung des elektronischen Rechnungsworkflows auf den fremdverwalteten Objektbestand steht kurz vor der Umsetzung.

Angesichts des prognostizierten Bedarfs an Wohnraum im Geschäftsgebiet, der positiven Ertragslage, der geplanten Bautätigkeit und der Optimierung der Prozessabläufe geht die Kreisbauverein GmbH von einer weiterhin positiven Entwicklung aus.

In der Gesamtbewertung sieht die Geschäftsführung keine gravierenden oder gar bestandsgefährdenden Risiken für die Gesellschaft.

Die aufgezeigten Risiken sind weitestgehend als niedrig einzustufen und weisen wie auch die beschriebenen Chancen nur geringe Veränderungen zum Vorjahr aus, sodass weiterhin von einer stabilen Entwicklung ausgegangen wird.

Aus den vorstehenden Darlegungen ist eine Bestandsgefährdung nicht zu erwarten.

WohnBau Westmünsterland eG

Im Piepershagen 29
46325 Borken
Tel.: 02861 / 90992-0
Fax: 02861 / 9099-22
Internet: www.wohnbau-wml.de

Rechtsformen des Unternehmens

Eingetragene Genossenschaft (eG), Konzerngesellschaft

Beteiligungsverhältnisse

Genossenschaftskapital

2.678 Mitglieder mit 18.019 Anteilen 3.636.701,60 Euro

davon:

Kreis Borken => 473 Anteile 96.426,61 Euro = 2,63 %

davon werden 4 Anteile treuhänderisch durch den Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues, Kreiskämmerer Wilfried Kersting, Vorstandsmitglied Dr. Elisabeth Schwenzow und Kreisoberverwaltungsrat Michael Weitzell verwaltet.

Unternehmensbeteiligung

<u>Unternehmen</u>	<u>anteiliges Stammkapital</u>	<u>in %</u>
Kreisbauverein GmbH	1.299,80 T-Euro	94,46
Wohnungsbaugesellschaft Kreis Steinfurt mbH	310,00 T-Euro	100,00

Mittelbare Unternehmensbeteiligung über Kreisbauverein GmbH

<u>Unternehmen</u>	<u>anteiliges Stammkapital</u>	<u>in %</u>
Kommunale Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH	302,90 T-Euro	94,67 %
EBZ Service GmbH	7,25 T-Euro	0,21%
Stadt+Quartier GmbH	12,75 T-Euro	51,0%

Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft fördert ihre Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes. Sie errichtet und bewirtschaftet Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie überlässt diese zu angemessenen Preisen.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand

Uwe Schramm (Vorstandsvorsitzender)
Dr. Stefan Jägering

Aufsichtsrat

Dr. Ansgar Hörster (Vorsitzender)	Sonja Jürgens
Mechtild Schulze Hessing (stv. Vorsitzende)	Thomas Kerkhoff
Richard Borgmann	Heinrich-Georg Krumme
Heinz-Bernd Buss	Anne Börger-Olthoff
Rainer Doetkotte	Dr. Christian Schulze Pellengahr
Anja Gerdes	Dr. Kai Zwicker
Christina Herbrand	

Mitgliederversammlung

Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 41 %). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Gehört einer Kommune allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertretungen darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Die öffentliche Hand besitzt nur eine Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft. Es finden die Regelungen des Gesellschaftsrecht Anwendung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	480	522	492
II. Sachanlagen	246.264	276.468	294.110
III. Finanzanlagen	22	21	9
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	8.256	8.614	8.531
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.279	2.204	1.389
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	14.222	17.800	21.673
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30	38	79
Bilanzsumme	270.552	305.668	326.283

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	3.571	3.577	3.576
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	120.664	127.130	133.515
IV. Anteile anderer Gesellschafter	5.732	6.037	14.213
V. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
VI. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	4.259	3.773	5.599
VII. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
B. Rückstellungen	6.035	5.753	5.061
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	114.520	140.452	144.951
II. aus Lieferung und Leistung	12.083	12.969	11.807
III. sonstige	266	739	144
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.423	5.238	7.416
Bilanzsumme	270.552	305.668	326.283

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	29.187	29.928	31.454
aktivierte Eigenleistungen	852	818	719
sonstige betriebliche Erträge	2.092	1.299	3.392
Gesamtleistung	32.130	32.046	35.565
Materialaufwand	11.448	11.313	11.821
Personalaufwand	3.121	3.160	3.238
Abschreibungen	6.061	6.196	6.785
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.477	1.485	1.630
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-1.453	-1.740	-1.694
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.569	8.151	10.396
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	977	915	771
sonstige Steuern	824	821	839
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	6.768	6.415	8.786
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	3.527	4.259	3.773
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	-447	-435	-576
Einstellung in / Zuführung aus Gewinnrücklagen	5.589	6.466	6.385
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	4.259	3.773	5.599

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	50	46	48
Fremdkapitalquote:	%	49	52	50
Anlagendeckung I:	%	54	51	53
Anlagendeckung II:	%	100	100	102
Investitionen:	T-EUR	18.861	36.582	26.454
cash-flow:	T-EUR	12.829	12.611	15.571
Innenfinanzierungsgrad:	%	68	34	59
Eigenkapitalrentabilität:	%	6	6	7
Umsatzrentabilität:	%	23	21	28
Liquidität 1. Grades	%	72	75	116
Liquidität 2. Grades	%	78	84	124
Liquidität 3. Grades	%	120	120	170
Personalstand	Personen	86	85	84
- davon				
Vollzeitbeschäftigte		32	30	30
Teilzeitbeschäftigte		51	51	49
Auszubildende		3	4	5
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	374	377	423
Personalaufwandintensität	T-EUR	36	37	39

Leistungen / Produktivität

		2019	2020	2021
Bestand an Bauten	Anzahl			
Mietwohnungen		4.380	4.485	4.649
Büros		42	42	40
Garagen		579	579	579
Wohn- und Nutzfläche	qm	299.262	305.287	313.594
Sollmiete für Wohn-/Nutzfläche	EUR/qm	5,39	5,63	5,79
Wohnungswechsel	Anzahl	438	375	360
Leerstandsquote	%	0,11	0,25	0,11
Instandsetzungsaufwand	EUR/qm	14,71	11,44	10,74

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die WohnBau Unternehmensgruppe hat im Jahr 1910 – mit der Gründung der jetzigen WohnBau Westmünsterland eG – ihre wohnungswirtschaftlichen Anfänge. Von einem Wohnungsunternehmen, das zunächst nur Dienstleistungen im Bereich der Baubetreuung anbot, sind wir über die Jahrzehnte zu einem modernen und leistungsfähigen Immobilienbestandhalter gewachsen, der im Münsterland sein Zuhause hat.

Kerngeschäft des mittelständischen Konzerns ist die kaufmännische und technische Bewirtschaftung von 4.681 eigenen Wohnungen. Weitere Geschäftsfelder sind die treuhänderische Immobilienverwaltung für Eigentümergemeinschaften und Dritte, das Bauträgergeschäft sowie Erschließungsträgermaßnahmen.

Zum Ausbau des eigenen Immobilienbestandes entwickelt die Gruppe kontinuierlich Wohnungsneubau. Der Ankauf von gebrauchten Immobilien ergänzt die dargelegte Geschäftsfeldpalette.

Satzungsgemäß ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten ein besonderes Anliegen.

Mit dem Ankauf der ehemals kommunalen Kreisbauverein GmbH im Jahr 2000 und der Kommunalen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH (2007) sowie der Fusion mit der Grevener Bauverein eG (2003) hat sich die WohnBau-Unternehmensgruppe als verantwortlicher Immobiliendienstleister in der Münsterland-Region positioniert.

Darüber hinaus wurde im Geschäftsjahr 2020 – gemeinsam mit der Sparkasse Westmünsterland – die Projektgesellschaft Stadt + Quartier GmbH gegründet. Startprojekt für den neuen strategischen Baustein ist die Entwicklung einer rund 36.000 m² großen Industriebrache hin zu einem innovativen innerstädtischen Wohnquartier im Schulterschluss mit der Stadt Bocholt.

Geschäftsentwicklung

Am 31.12.2021 befanden sich 4.649 Wohnungen, 32 gewerbliche Einheiten sowie acht eigene Einheiten mit einer Wohn-/Nutzfläche von insgesamt 313.594 m² im Eigentum des Konzerns. Von dem Gesamtbestand unterliegen 2.290 der Wohnungen einer Preis- und Belegungsbindung. Dies entspricht einer Quote von 49,3 %.

Der überwiegende Teil des Besitzes besteht aus zwei- bis viergeschossigen Häusern mit Hausgärten und Grünanlagen. Die durchschnittliche Wohnfläche beträgt 66 m². Bei den Erlösen aus Sollmieten konnte die positive Entwicklung der Vorjahre konsequent fortgesetzt werden. Insgesamt verbesserten sich die Erlöse von 20.487,2 T-Euro auf 21.575,7 T-Euro, was im Wesentlichen auf die Fertigstellung von Neubauten sowie auf moderate Mietanpassungen zurückzuführen ist.

Im freifinanzierten Bestand wurden Anpassungen aufgrund der §§ 557b und 558 BGB durchgeführt. Im öffentlich geförderten Wohnungsbestand wurden die Verwaltungs- und Instandhaltungskostenpauschalen der II. Berechnungsverordnung angepasst. Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete der Wohnungen zum 31.12. des Geschäftsjahres

lag bei 5,79 Euro/m² (Vorjahr: 5,63 Euro/m²). Im Geschäftsjahr lag die Fluktuationsquote mit 7,75 % unter dem Wert des Vorjahres von 8,74 %.

Zum 31.12. des Jahres standen fünf Wohnungen leer. Dies entspricht einer Leerstandsquote von 0,11 % (Vorjahr: 0,25 %). Hiervon stand eine Wohnung länger als drei Monate leer. Zudem waren weitere 61 Wohnungen aufgrund von umfassenden Gebäudemodernisierungen leerstehend. Durch Leerstände sind Erlösschmälerungen aus Sollmieten in Höhe von 249,8 T-Euro (Vorjahr: 222, T-Euro) entstanden.

Die wirtschaftliche Lage des Konzerns ist durch Stabilität und Kontinuität gekennzeichnet. Das bestehende Ertragspotenzial im Wohnungsbestand leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Im Geschäftsjahr 2021 konnte ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 8.786,4 T-Euro (Vorjahr: 6.415,4 T-Euro) erzielt werden. Dieser bleibt zur kontinuierlichen Stärkung des Eigenkapitals fast vollständig im Konzern und bildet somit einen wichtigen Beitrag zu den geplanten umfangreichen Investitionen in den Bestand.

Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung wurde durch die Fertigstellung der Neubauten und der damit verbundenen Sollmietenerhöhung sowie durch Mietanpassungen positiv beeinflusst.

Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung wurde durch Mietsteigerungen und durch die Reduzierung des Instandhaltungsaufwandes positiv beeinflusst.

Der Neutrale Bereich wurde durch Anlageverkäufe geprägt.

Die anlage- und fremdkapitalintensive Bilanz des Konzerns mit geordneten Deckungsverhältnissen von Vermögen und Kapital besitzt die für einen wohnungswirtschaftlichen Konzern typische Struktur.

Die Entwicklung der Vermögenslage ist durch die Investitionstätigkeit geprägt, ferner haben sich die Finanzmittel erhöht. Die dem Unternehmen langfristig zur Verfügung stehenden Vermögenswerte sind durch langfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Die Abwicklung im Bereich der langfristigen Finanzplanung ist gesichert.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Zur frühzeitigen Erkennung, zur Bewertung und zum Umgang mit den Risiken sind Steuerungs- und Kontrollsysteme eingesetzt, die permanent weiterentwickelt werden. Im Rahmen unterjähriger Controlling-Prozesse werden Daten aus den Bereichen Bestandsmanagement, Forderungsentwicklung, Instandhaltung etc. ebenso regelmäßig wie ein vierteljährlicher Soll-Ist-Vergleich der Planzahlen erstellt.

Im Rahmen der jährlichen Portfolioanalyse werden für jede Immobilie Deckungsbeiträge, Objekt- und Lagequalität sowie die mittel- bis langfristige Instandhaltungserwartung beleuchtet. Mit jeder Analyse ist eine klare Objektstrategie verbunden, die seit Jahren Grundlage unserer Geschäftspolitik ist.

Im Vordergrund des Risikomanagements steht das Bestreben, Veränderungen so rechtzeitig zu erkennen, dass durch geeignete Maßnahmen wesentliche negative Einflüsse auf die Unternehmensentwicklung abgewendet werden können.

Bei Neuvermietungen werden Bonitätsprüfungen durchgeführt. Während der Corona-Pandemie kam es zu keinen nennenswerten Mietstundungen oder Mietausfällen.

Die sich zuletzt dramatisch erhöhenden Energiepreise stellen für die Wohnungswirtschaft ein nicht unerhebliches Risiko dar, weil Kunden in ihrer Leistungsfähigkeit überfordert werden und Mietausfälle drohen. Letztendlich sinken auch Mieterhöhungspotenziale in der Grundmiete, weil schlichtweg die Grenze des Möglichen für unsere Kunden erreicht ist. Die WohnBau Gruppe hat durch Sicherung der Gas- und Strompreise im Jahr 2020 dieses Risiko bis zum 31. Dezember 2024 minimiert.

Für die kommenden Jahre wird auf den Wohnungsmärkten ein deutlicher Anstieg der Bautätigkeit prognostiziert. Durch die Schaffung von neuem Wohnraum ergibt sich die Möglichkeit zum Wachstum und zur Steigerung der Nettomieterlöse.

Den digitalen Wandel wird die WohnBau-Unternehmensgruppe weiterhin aktiv gestalten und sieht dadurch die Chance, Unternehmensprozesse zu optimieren. So wurde z. B. durch die Einführung des digitalen Posteinganges in Verbindung mit digitalen Akten, die Nutzung von E-Post, die Implementierung eines elektronischen Rechnungsworkflows oder durch die Nutzung von digitalen Signaturen eine deutliche Optimierung der Arbeitsabläufe erreicht. Hierdurch werden Freiräume für weiteres Wachstum geschaffen. Festgelegte Leitlinien ermöglichen es, die Digitalisierungsstrategie stets im Fokus zu halten.

Die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Erwartungen übertroffen. Im Geschäftsbericht 2020 hat die WohnBau-Unternehmensgruppe ein Ergebnis von circa 6.033,4 T-Euro prognostiziert. Das tatsächliche Konzernergebnis in Höhe von 8.786,4 T-Euro übersteigt diese Annahme deutlich.

Im Mittelpunkt des Geschäftsmodells steht weiterhin die nachhaltige Bewirtschaftung und Entwicklung des Bestandsportfolios durch umfassende Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Neben der zukunftsorientierten Entwicklung bestehender Objekte werden auch umfangreiche Neubaumaßnahmen durchgeführt.

Angesichts des prognostizierten Bedarfs an Wohnraum in unserem Geschäftsgebiet, der positiven Ertragslage, der geplanten Bautätigkeit und der Optimierung der Prozessabläufe gehen wir von einer weiterhin positiven Entwicklung aus.

In der Gesamtbewertung sieht die Geschäftsführung keine gravierenden oder gar bestandsgefährdenden Risiken für den Konzern.

Die aufgezeigten Risiken sind weitestgehend als niedrig einzustufen und weisen wie auch die beschriebenen Chancen nur geringe Veränderungen zum Vorjahr aus, sodass weiterhin von einer stabilen Entwicklung ausgegangen wird.

Bocholter Heimbau eG

Südwall 22
46397 Bocholt
Tel.: 02871 / 2177-0
Fax: 02871 / 7805
Internet: www.bocholter-heimbau.de
E-Mail: info@bocholter-heimbau.de

Rechtsform des Unternehmens

Eingetragene Genossenschaft (eG)

Beteiligungsverhältnisse

Genossenschaftskapital:

2.813 Mitglieder mit 3.422 Anteilen zu je 210,00 Euro = 718.620,00 Euro

davon:

Kreis Borken => 96 Anteile 20.160,00 Euro = 2,81 %

Davon wird ein Anteil treuhänderisch durch den Kreiskämmerer Wilfried Kersting verwaltet.

Unternehmensbeteiligung

<u>Unternehmen</u>	<u>anteiliges Stammkapital</u>	<u>in %</u>
Heimbau GmbH	250,00 T-Euro	100,00

Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft fördert ihre Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes. Sie errichtet und bewirtschaftet Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie überlässt diese zu angemessenen Preisen.

Besetzung der Organe

Vorstand

Peter Hardeweg
Alexander Elskamp
Herbert Kleinmann

Geschäftsführer, Dipl.-Ing. (FH)
selbst. Kaufmann
Bankdirektor

Aufsichtsrat

Johannes Mosters	(bis 31.12.2020)
Ludger Triphaus	(bis 28.05.2020)
Martin Günther	Vorsitzender
Ralph Beckmann	
Peter Nebelo	
Stephan Jansen	
Peter Deutmeyer	(bis 19.11.2020)
Barbara Hamman	
Sandra Biermann	(ab 19.11.2020)
Hubert Wewering	(ab 19.11.2020)

Mitgliederversammlung

Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 8 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 12,50 %). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gehört einer Kommune allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertretungen darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Die öffentliche Hand besitzt nur eine Minderheitsbeteiligung an der Gesellschaft. Es finden die Regelungen des Gesellschaftsrecht Anwendung.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2021 lag der Jahresabschluss 2021 der Bocholter Heimbau eG noch nicht vor. Daher sind nur die Daten bis zum 31.12.2020 abgedruckt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2018 T-EUR	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	116	95	70
II. Sachanlagen	41.307	44.231	49.061
III. Finanzanlagen	1.379	1.379	1.379
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.983	3.020	2.971
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	99	97	257
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	12.431	11.533	6.625
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	1
Bilanzsumme	58.315	60.355	60.364

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	853	863	865
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	36.824	37.530	38.343
IV. Anteile anderer Gesellschafter	0	0	0
V. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
VI. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	329	406	429
VII. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
B. Rückstellungen	1.004	1.345	1.239
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	15.241	15.721	15.159
II. aus Lieferung und Leistung	3.972	4.385	4.217
III. sonstige	92	102	108
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	4	4
Bilanzsumme	58.315	60.355	60.364

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2018 T-EUR	2019 T-EUR	2020 T-EUR
Umsatzerlöse	11.072	11.085	11.620
aktivierte Eigenleistungen	-110	38	-49
sonstige betriebliche Erträge	164	83	206
Gesamtleistung	11.126	11.206	11.777
Materialaufwand	7.098	6.406	6.747
Personalaufwand	1.034	1.235	1.418
Abschreibungen	1.345	1.438	1.434
sonstige betriebliche Aufwendungen	424	554	561
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-298	-290	-276
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	928	1.282	1.342
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	20	32	32
sonstige Steuern	429	434	441
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	479	816	869
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Einstellung in / Zuführung aus Gewinnrücklagen	150	410	440
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	329	406	429

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2018	2019	2020
Eigenkapitalquote:	%	65	64	66
Fremdkapitalquote:	%	35	36	34
Anlagendeckung I:	%	89	85	78
Anlagendeckung II:	%	125	120	109
Investitionen:	T-EUR	2.631	4.340	6.239
cash-flow:	T-EUR	1.824	2.254	2.302
Innenfinanzierungsgrad:	%	69	52	37
Eigenkapitalrentabilität:	%	2	3	3
Umsatzrentabilität:	%	4	7	7
Liquidität 1. Grades	%	262	209	126
Liquidität 2. Grades	%	264	211	131
Liquidität 3. Grades	%	327	265	187
Personalstand	Anzahl	28	30	32

Leistungen / Produktivität

		2018	2019	2020
Grundstücke				
Fläche	qm	6893	6893	6893
Wert	T-EUR	2	2	2
Bestand an Bauten	Anzahl			
Häuser				
mit				
Mietwohnungen		2.020	2.033	2.033
Büros		8	8	10
Garagen		497	497	497
Wohnungswechsel	Anzahl	157	156	210
Bauten in Planung	Anzahl			
Doppelhäuser		0	0	0
Wohnungen		0	0	0
Instandsetzungsaufwand	EUR/qm	29,87	43,42	37,85

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die Genossenschaft besteht seit dem Jahr 1898, um diese lange Tradition auch in Zukunft erfolgreich fortzusetzen, wird die Unternehmenspolitik auch in den nächsten Jahren darauf ausgerichtet sein, attraktive und bezahlbare Wohnungen anzubieten.

Seit dem 01.01.2011 ist die Bocholter Bauverein eG mit der Heimstätte Bocholt eG zur Bocholter Heimbau eG fusioniert. Nach der Fusion war es eine Hauptaufgabe, die internen Arbeitsabläufe zu analysieren und aufeinander abzustimmen. Dies ist weitgehend abgeschlossen.

Als einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige sichert und schafft die Immobilienwirtschaft nachhaltig Arbeitsplätze, stärkt das Bauhandwerk und ist für das Dienstleistungsgewerbe ein wichtiger Auftraggeber. Durch die Instandhaltungsinvestitionen im Geschäftsjahr 2020 von rund 5,6 Millionen Euro in den genossenschaftlichen Bestand war die Bocholter Heimbau eG den Handwerksunternehmen in Bocholt wieder ein stetiger Partner, wobei auch bei den ortsansässigen Handwerksbetrieben die Kapazitätsgrenzen deutlich erkennbar waren.

Die Bocholter Heimbau eG wird weiterhin den Genossenschaftsgedanken und das primäre Ziel verfolgen, den Mitgliedern bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, der im Bereich Ausstattung, Komfort und Alter den wechselnden Bedürfnissen und Vorschriften Rechnung trägt.

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr belief sich der Wohnungsbestand auf 2037 Wohnungen. 210 Mieter*Innenwechsel erfolgten im Berichtsjahr. Dies entspricht einer Fluktuationsquote in Höhe von 10,31 % (2019 = 156 Mieter*Innenwechsel, 7,67 % Fluktuation. Die durch Leerstand bedingten Mietausfälle und die Abschreibungen auf Mietforderungen betrugen im Jahr 2020 178 T€ = 2,08% der Sollmietenerlöse. Die höhere Fluktuationsquote und der Anstieg bei den Mietausfällen resultieren aus der Umsetzung des Konzeptes 2030+.

Zur Verbesserung der Gebäudesubstanz sowie zur Steigerung der Energieeffizienz, der Wohnungsausstattung und des Wohnumfeldes investierte die Bocholter Heimbau eG rund 5,6 Millionen Euro in Kleinreparaturen, Modernisierungen und Gebäudesanierungen. Die Verbesserung der Gebäudesubstanz, die Steigerung der Energieeffizienz, der Wohnungsausstattung und des Wohnumfeldes sichern neben einer guten Wohnlage und einem angemessenen Mietzins die Vermietbarkeit einer Wohnung.

Am 31. Dezember 2020 waren die langfristig angelegten Vermögenswerte durch Eigenkapital, langfristige Rückstellungen und langfristig zur Verfügung stehendes Fremdkapital gedeckt. Die Eigenkapitalquote unserer Genossenschaft ist von 2019 – 64,3 % – auf 2020– 65,7 % – gestiegen. Wie in den Vorjahren war auch im Jahr 2020 die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben. Die Zahlungsbereitschaft ist unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2021 gesichert.

Das gute Ergebnis des Geschäftsjahres 2020 (Jahresüberschuss von rd. 869 T-Euro) wurde größtenteils durch das Kerngeschäft der Bocholter Heimbau eG, der Hausbewirtschaftung, erzielt.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Einen wesentlichen Bestandteil aller Entscheidungen im Unternehmen bilden die Überwachung, Steuerung und Abwicklung vorhandener Chancen und Risiken. Das bestehende Risikomanagementsystem unterstützt den Vorstand dabei.

Das Risikomanagementsystem ist auch darauf ausgerichtet, die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und das Eigenkapital zu stärken. Daher werden insbesondere alle Indikatoren regelmäßig beobachtet, die zu einer Beeinträchtigung der Vermietungs-, Instandhaltungs- und Finanzsituation führen können. Fehlentwicklungen müssen zeitnah erkannt werden, damit sie in die operativen Geschäftsbereiche einfließen können.

Klassische Risiken, die die Entwicklung der Bocholter Heimbau eG beeinträchtigen können, sind Leerstände, Mietausfälle, unterlassene Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die zunehmende Alterung des Mitgliederbestandes und die allgemeine demografische Entwicklung. Auch die aktuelle Zinspolitik, mit der Gefahr von negativen Zinsen, könnte sich gewinnmindernd auswirken.

Die Grundlage für eine weitere positive Entwicklung der Bocholter Heimbau eG beruht auf der sehr guten Bonität der Genossenschaft, Die mittel- und langfristige Liquidität, wie auch die Möglichkeiten von zukünftigen Investitionen, ist durch die gute Bonität, ausreichende Beleihungsspielräume, langfristige Darlehenskonditionen und Erträge aus den mit den Mietern geschlossenen Dauernutzungsverträgen gesichert.

Die Chancen, diese weiter zu entwickeln, sieht die Geschäftsführung auch in einem breit gefächerten Wohnungsangebot, welches Wohnungen für jeden Bedarf und in unterschiedlichen Mietpreissegmenten bietet.

Die Genossenschaft besteht seit dem Jahr 1898. Um diese lange Tradition auch in Zukunft erfolgreich fortzusetzen, wird die Unternehmenspolitik auch in den nächsten Jahren darauf ausgerichtet sein, attraktive und bezahlbare Wohnungen anzubieten.

Dafür wird die Bocholter Heimbau eG weiter in ihren Bestand investieren. Um dies zielgerichtet und wirtschaftlich zu gewährleisten, wurde in den vergangenen Jahren eine umfangreiche Bestandsanalyse durchgeführt. Aus den daraus resultierenden Erkenntnissen haben Vorstand und Aufsichtsrat im Februar 2019 als Strategie das Konzept 2030+ beschlossen, um auch weiterhin für die Mitglieder der Bocholter Heimbau eG zukunftsfähigen und bezahlbaren Wohnraum bereitstellen zu können.

Das Konzept 2030+ als Gesamtstrategie der Bocholter Heimbau eG sieht für die Bestandsobjekte unterschiedliche Kategorien vor, um die jeweiligen Objekte zielgerichtet weiterentwickeln zu können. Die Kategorien beinhalten das gesamte Spektrum der Weiterentwicklung von der Neuerrichtung, Modernisierung, energetischen Modernisierung bis hin zur Instandhaltung. Diese Gesamtstrategie wird in den nächsten Jahren die Geschäftsentwicklung der Bocholter Heimbau eG maßgeblich bestimmen.

Bestandsgefährdende bzw. sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögenslage, Finanzlage und Ertragslage unserer Genossenschaft sind ebenfalls nicht feststellbar.

Sparkasse Westmünsterland

Ahaus
Bahnhofstr. 1
48683 Ahaus
Tel.: 02561 / 73-0
Fax: 02851 / 73-9077
Internet: www.sparkasse-westmuensterland.de
E-Mail: info@sparkasse-westmuensterland.de

Dülmen
Overbergplatz 1
48249 Dülmen
Tel.: 02594 / 998-0
Fax: 02594 / 998-8959

Rechtsform des Unternehmens

Anstalt des öffentlichen Rechts

Anteilsverhältnis

Zweckverband

Träger der Sparkasse Westmünsterland ist der Sparkassenzweckverband Westmünsterland - Sparkassenzweckverband der Kreise Borken und Coesfeld und der Städte Coesfeld, Dülmen, Vreden, Gronau, Isselburg, Stadtlohn und Billerbeck. Die Anteilsverhältnisse sind seit dem 31.08.2015, dem anstaltsrechtlichen Vereinigungstichtag der Sparkasse Westmünsterland und der Sparkasse Gronau, wie folgt neu verteilt:

Kreis Borken	= 36,73 %
Kreis Coesfeld	= 28,57 %
Stadt Dülmen	= 9,98 %
Stadt Coesfeld	= 6,78 %
Stadt Vreden	= 5,86 %
Stadt Gronau	= 5,59 %
Stadt Isselburg	= 3,20 %
Stadt Stadtlohn	= 2,83 %
Stadt Billerbeck	= 0,46 %

Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkassen sind Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden und Gemeindeverbände mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Gewährträgers zu dienen und den Wettbewerb im Kreditgewerbe zu stärken. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen Grundsätzen geführt. Die Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

(Auszug aus dem Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen; § 2)

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand

Heinrich-Georg Krumme	(Vorsitzender)
Jürgen Büngeler	(Mitglied)
Norbert Hypki	(Mitglied)

Verwaltungsrat besteht aus 21 Mitgliedern, davon aus dem Kreis Borken 5 Mitglieder:

Dr. Christian Schulze Pellengahr (Vorsitzender)
Dr. Kai Zwicker (1. stellvert. Vorsitzender)
Klaus-Viktor Kleerbaum
Willi Wessels (2. stellvert. Vorsitzender)
Anton Holz
Markus Jasper
Wilhelm Kortmann
Sebastian Laschke
Alfons Küpers
Gerrit Tranel
Wolfgang Warschewski
Sven Kock
Markus Schulte
Birgit Bona
Jochen Lehmbrock
Mechthild Pieper
Georg Tenvorde
Johannes ter Huurne
Vera Timotijevic
Hermann-Josef Vogt
Maik Drüner

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium (Verwaltungsrat) in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 21 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 14 %). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Sparkasse Westmünsterland ist gemäß Sparkassengesetz NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts und untersteht der Landesaufsicht. Entsprechend § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG NRW in Verbindung mit § 39 Abs. 1 SpkG NRW ist die Sparkasse Westmünsterland den Zielen des LGG NRW verpflichtet. Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
AKTIVA			
1. Barreserve	98.679	565.255	752.643
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel	0	0	0
3. Forderungen an Kreditinstitute	498.310	530.132	571.331
4. Forderungen an Kunden	6.234.309	6.491.559	6.911.622
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	900.370	1.036.898	1.039.166
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	313.700	335.226	395.630
7. Beteiligungen	100.696	100.286	100.455
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.427	1.711	9.469
9. Treuhandvermögen	6.437	30.371	41.409
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	0	0	0
11. Immaterielle Anlagewerte	122	98	168
12. Sachanlagen	24.918	24.936	24.123
13. Sonstige Vermögensgegenstände	9.062	8.601	10.784
14. Rechnungsabgrenzungsposten	7.147	5.693	4.853
Bilanzsumme	8.195.177	9.130.766	9.861.652
PASSIVA			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.086.286	1.406.800	1.699.704
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.162.025	6.722.490	7.097.459
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0
4. Treuhandverbindlichkeiten	6.437	30.371	41.409
5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.419	2.926	2.753
6. Rechnungsabgrenzungsposten	331	313	282
7. Rückstellungen	106.009	113.546	122.496
8. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0
10. Genußrechtskapital	0	0	0
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	399.280	411.660	444.620
12. Eigenkapital	432.389	442.659	452.928
-davon			
a. Gezeichnetes Eigenkapital	0	0	0
b. Kapitalrücklagen	0	0	0
c. Gewinnrücklagen	417.719	427.988	438.257
d. Anteile anderer Gesellschafter	0	0	0
e. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
f. Bilanzgewinn	14.670	14.670	14.670
Bilanzsumme	8.195.177	9.130.766	9.861.652

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Zinserträge	152.831	144.404	133.113
Zinsaufwendungen	31.321	25.038	19.994
Zinsergebnis	121.510	119.366	113.119
Laufende Erträge	10.496	14.485	8.896
Erträge aus Gewinngemeinschaften	2.370	1.553	1.806
Provisionserträge	57.755	64.828	66.496
Provisionsaufwendungen	4.264	5.062	5.983
Provisionsergebnis	53.491	59.767	60.514
Sonstige betriebliche Erträge	2.896	3.872	3.172
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
Rohertrag	190.762	199.042	187.506
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
Löhne und Gehälter	62.028	62.353	60.568
Soziale Abgaben	22.145	16.977	17.222
andere Verwaltungsaufwendungen	37.096	36.867	37.331
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3.055	3.193	3.237
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.859	1.593	1.825
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankenrisiken	15.770	12.380	32.960
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen	11.056	34.061	0
Erträge aus Zuschreibungen auf Forderungen	0	0	784
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	0	0	105
Erträge aus Zuschreibungen auf Beteiligungen	50	-434	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	78	78	73
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	37.726	31.107	34.967
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	22.865	16.255	20.120
Sonstige Steuern	191	181	177
Jahresüberschuss	14.670	14.670	14.670
Gewinn- / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0	0	0
Bilanzgewinn	14.670	14.670	14.670

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	5	5	5
Fremdkapitalquote:	%	95	95	95
Anlagendeckung I:	%	317	326	312
Anlagendeckung II:	%	981	993	936
Investitionen:	T-EUR	4.606	3.412	2.677
cash-flow:	T-EUR	28.780	51.925	18.012
Innenfinanzierungsgrad:	%	625	1.522	673
Eigenkapitalrentabilität:	%	9	7	8
Umsatzrentabilität:	%	17	14	16
Liquidität 1. Grades	%	46	263	350
Personalstand gesamt	Personen	1.291	1.272	1.243
- davon				
Vollzeitkräfte		736	714	697
Teilzeitbeschäftigte		443	438	432
Auszubildende		112	120	114
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	175	180	172
Personalaufwandintensität	T-EUR	65	62	63

Bei den Kennzahlen sind die Besonderheiten der Branche zu beachten. Hieraus ergeben sich Abweichungen zu den anderen im Beteiligungsbericht aufgeführten Unternehmen. Für Sparkassen gelten ergänzende handelsrechtliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften für ihre Rechnungslegung. Ihre Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen weichen deshalb teilweise von üblichen Mustern ab.

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Coesfeld unter der Nummer A 2287 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband Westmünsterland, der von den Kreisen Borken und Coesfeld sowie den Städten Coesfeld, Dülmen, Vreden, Gronau, Isselburg, Stadtlohn und Billerbeck gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Ahaus und Dülmen und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Kreise und kreisfreien Städte. Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse bietet als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an, soweit das Sparkassengesetz oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft - insbesondere des Mittelstands - und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen. Beim öffentlichen Auftrag ist auch das soziale und kulturelle Engagement, u. a. durch Spenden, der Sparkasse zu nennen. Die Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Geschäftsentwicklung

Der bilanzielle Kundenkreditbestand stieg um 6,6 % und damit deutlich über Plan (2,6 %). Der Bestand der Kundeneinlagen erhöhte sich mit einem Zuwachs von 5,6 % (Plan 2,5 %) deutlich. Die Wachstumsraten haben damit die Prognosewerte übertroffen. Die Stichtagsbilanzsumme stieg um 8,0 % auf knapp 9,9 Mrd. Euro und wuchs damit ebenfalls deutlich (Plan - 0,7 %). Neben dem Kundengeschäft trug die um 250 Mio. Euro erhöhte Teilnahme an den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO-III) der Bundesbank zum Bilanzsummenwachstum bei. Überschüssige Liquidität wurde zum Teil in Wertpapieren und zum Teil als Liquidität bei der Deutschen Bundesbank bzw. bei Kreditinstituten angelegt.

Die von uns übernommenen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 187,9 Mio. Euro (Vorjahr 170,8 Mio. Euro) ergänzen „unter dem Bilanzstrich“ das Volumen unserer Geschäftstätigkeit.

Die Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2021 sowie die Auswirkungen des BGH-Urteils im Zusammenhang mit den Zinsanpassungsklauseln in langfristigen Sparverträgen (6. Oktober 2021, XI ZR 234/20) auf die Ertragslage beurteilen wir insgesamt als nicht unerheblich.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Covid-19-Pandemie und ihrer Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die wirtschaftliche Lage der Kunden der Sparkasse bewerten wir die Geschäftsentwicklung als zufriedenstellend. Das jährlich angestrebte Bestandswachstum im Kundenkreditgeschäft von 4,0 % wurde im Jahr 2021 deutlich übertroffen. Die nach wie vor

belastenden Effekte der Niedrigzinsphase auf das Betriebsergebnis konnten nur zum kleineren Teil kompensiert werden. Die im Vorjahr kaufmännisch vorsichtige Risikobewertung führte insbesondere aufgrund von Risikovorsorgeauflösungen im Kreditgeschäft zu einem insgesamt sogar leicht positiven Bewertungsergebnis in 2021. In Summe ist abermals eine nennenswerte Stärkung des Eigenkapitals der Sparkasse aus dem erwirtschafteten Betriebsergebnis gelungen.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategien umfassen die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Die Risikoinventur umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bilden die relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Der Ermittlung der periodischen Risikotragfähigkeit liegt ein Going-Concern-Ansatz zu Grunde, wonach sicherstellt ist, dass auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen erfüllt werden können.

Am Jahresanfang hat der Vorstand für 2021 ein Gesamtlimit von 197,0 Mio. Euro bereitgestellt, das unterjährig auf 190,0 Mio. Euro reduziert wurde. Unser Risikodeckungspotenzial und die bereitgestellten Limite reichten auf Basis unserer Risikoberichte sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die Risiken abzudecken.

Die Risikotragfähigkeit wird vierteljährlich ermittelt. Wesentliche Bestandteile des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sind das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung nach Steuern, die Vorsorgereserven nach § 340f HGB und der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Die Sparkasse verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2021 bewegten sich die Risiken innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems der Risikotragfähigkeit. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 78,0 % ausgelastet. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit uneingeschränkt gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung vom 31. Dezember 2020 ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Bestandsgefährdende Entwicklungen und Risiken sind nicht erkennbar.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise hat die Sparkasse im Einklang mit dem internen Reporting bei der Darstellung der Risiken berücksichtigt.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomeßzahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilt die Sparkasse ihre Risikolage als ausgewogen.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen. Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr. Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise wurde im Einklang mit dem internen Reporting bei der Ermittlung der Prognosen für das Geschäftsjahr 2022 berücksichtigt.

Die Sparkasse rechnet für 2022 unter Berücksichtigung weiterhin hoher Tilgungsleistungen mit einem Bestandszuwachs im Kreditgeschäft von 5,7 % insbesondere aus langfristigen Darlehen mit Privat- und Firmenkunden. Sie sieht hier Chancen durch eine noch stärkere Marktbearbeitung über persönliche Beratung im Bereich gewerblicher Finanzierungen und im Baufinanzierungsgeschäft. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird weiterhin den bedeutendsten Bereich der Sparkasse im zinstragenden Geschäft darstellen.

Für das Jahr 2022 sind im Vergleich zum Jahr 2021 wieder ähnlich große Investitionen in unsere Standorte geplant. Nach unseren Planungen wird die Liquidity Coverage Ratio (LCR) in 2022 durchgängig über dem aufsichtsrechtlich festgelegten Mindestwert von 100 % als auch über dem in der Liquiditätsstrategie festgelegten Mindestwert von 105 % liegen und damit das strategische Ziel erreichen. Die Survival Period wird nach den Planungen die gesetzte Untergrenze von einem Monat nicht unterschreiten.

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnet die Sparkasse auf kurze Sicht aufgrund der weiterhin flachen Zinsstrukturkurve in Verbindung mit dem anhaltend niedrigen bzw. negativen Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt derzeit mit weiter rückläufigen Konditionenbeiträgen aus dem Kundengeschäft. Für 2022 erwartet die Sparkasse einen um 2,8 % unterhalb der Vorjahreshöhe liegenden Zinsüberschuss. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren und auf höherem Niveau liegenden Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, wieder mehr Erträge aus Fristentransformation bzw. Konditionenbeiträge im Einlagengeschäft zu erzielen. Eine nochmals zunehmende Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Die Prognose lässt erkennen, dass in 2022 bei angestrebt guter Entwicklung im Kredit- und Dienstleistungsgeschäft die weiter belastenden Effekte der Negativzinsphase und die Kostensteigerungen insbesondere aus Pflichtbeiträgen voraussichtlich nur teilweise kompensiert werden können. Trotz zusätzlich wieder erwartet steigender Bewertungsergebnisse können die Zielgrößen zum Bewertungsergebnis und zur Stärkung des Eigenkapitals aber auch in 2022 erreicht werden. Die Sparkasse erwartet, auch die weiteren Zielgrößen für unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, insbesondere also die zur operativen Geschäftstätigkeit, auch in 2022 zu erreichen. Sei geht davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise können die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hinsichtlich des Eintreffens der für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen, ggf. über das bereits in unserem internen Reporting enthaltene Ausmaß hinaus negativ beeinflussen. Ebenso lassen sich die Auswirkungen aus der derzeitigen Situation in der Ukraine gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen. Sie sind insofern in der aktuellen Planung noch nicht berücksichtigt.

**Sparkassenzweckverband Westmünsterland -
Sparkassenzweckverband der Kreise Borken und Coesfeld und der
Städte Coesfeld, Dülmen, Vreden, Gronau Isselburg, Stadtlohn
und Billerbeck**

Besetzung der Organe

Zweckverbandsversammlung besteht aus 47 Mitgliedern, davon aus dem Kreis Borken 16
Vertreter/innen:

Landrat Dr. Kai Zwicker
Michael Boland
Roland Sauret
Annette Demes
Ludger Konrad
Anne König
Barbara Büscher
Wilhelm Stilkenbäumer
Dr. Sarah Gößling
Gerhard Ludwig
Nadine Heselhaus
Otger Harks
Maja Becker
Angelika Dannenbaum
Brigitte Ebbing
Reinhard Böcker

Der Sparkassenzweckverband Westmünsterland - Sparkassenzweckverband der Kreise Borken und Coesfeld und der Städte Coesfeld, Dülmen, Vreden, Gronau Isselburg, Stadtlohn und Billerbeck fungiert als Träger der Sparkasse Westmünsterland. Der Zweckverband übt keinen eigenständigen Geschäftsbetrieb aus und verfügt weder über eigenes Personal noch über entsprechende Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Daher kann auf weitere Angaben und Darstellungen zum Zweckverband verzichtet werden.

Der Sparkassenzweckverband führt keine eigenen Bücher. Aufwendungen des Zweckverbades werden von der Sparkasse Westmünsterland getragen.

Es wird auf die Darstellung und Bewertung der Sparkasse Westmünsterland verwiesen.

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe

Standort Münster

Joseph-König-Straße 40
48147 Münster
Fax 0251 / 9821- 250
Tel 0251 / 9821 – 0
E-Mail poststelle@cvua-mel.de

Standort Recklinghausen

Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen
Fax 0251 / 9821- 609
Tel 0251 / 9821 - 0

Rechtsform des Unternehmens

Anstalt des öffentlichen Rechts

Beteiligungsverhältnis

Träger der Anstalt des öffentlichen Rechts sind neben dem Land Nordrhein- Westfalen die Städte Bottrop, Gelsenkirchen und Münster sowie die Kreise Borken, Coesfeld, Recklinghausen, Steinfurt und Warendorf.

Stammkapital: 256.000,00 Euro

davon Kreis Borken: 16.000,00 Euro = 6,25 %

Gegenstand des Unternehmens

Das CVUA-MEL untersucht Lebensmittel, Futtermittel, kosmetische Mittel sowie Gegenstände des täglichen Bedarfs im Auftrag von Behörden der Kreise und kreisfreien Städte, des Landes NRW oder des Bundes auf Übereinstimmung mit den rechtlichen Anforderungen, um die Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Schäden oder Gefahren sowie vor Irreführung und Täuschung zu schützen. Darüber hinaus werden im CVUA-MEL vielfältige veterinärmedizinische Diagnoseverfahren durchgeführt, um Krankheits- oder Todesursachen von Nutz- und Heimtieren festzustellen. Damit sollen vor allem eine mögliche Ausbreitung von Tierseuchen in landwirtschaftlichen Beständen oder eine Übertragung von Tierkrankheiten auf die Menschen frühzeitig erkannt und bekämpft werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt dem Vorstand, dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Prof. Dr. Thorsten Stahl	Vorstandsvorsitzender
Dr. Barbara Tschirdewahn	stellvertr. Vorstandsvorsitzende (ab 18.11.2021)

Verwaltungsrat

Dr. Christiane Krüger (Vorsitzende)	Dr. Elisabeth Schwenzow
Dr. Thomas Delschen	Ulrich Helmich
Paul Ketzer	Siegfried Gerwert
Ludger Wolterhoff	Dr. Martin Sommer
Cornelia Wilkens	Petra Schreier

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium (Verwaltungsrat) in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 40,00 %). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Das CVUA MEL ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die gemäß § 15 Abs. 1 IUAG (Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes), der Aufsicht des Landes untersteht. In Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG unterliegt es dem Geltungsbereich des LGG. Die Ziele des LGG werden von der Anstalt beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	11.12.2021 T-EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	94	48	69
II. Sachanlagen	35.948	34.438	33.446
III. Finanzanlagen	4.901	5.301	7.301
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	46	49	47
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	967	1.945	730
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	886	2.934	4.012
C. Rechnungsabgrenzungsposten	204	178	245
Bilanzsumme	43.046	44.893	45.850

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	256	256	256
II. Kapitalrücklagen	2.795	2.795	2.795
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/ -verlust	-1.760	-445	-383
B. Rückstellungen	17.867	20.000	22.652
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	22.305	20.988	19.637
II. aus Lieferung und Leistung	397	552	555
III. sonstige	26	3	102
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.161	745	238
Bilanzsumme	43.046	44.893	45.850

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	20.840	24.105	23.441
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	165	172	54
Gesamtleistung	21.005	24.277	23.495
Materialaufwand	1.725	3.055	2.487
Personalaufwand	15.252	14.050	15.258
Abschreibungen	2.595	2.606	2.570
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.600	2.654	2.553
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-631	-599	-564
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.798	1.315	63
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.799	1.315	62
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	39	-1.760	-445
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Dotierung der Rücklage	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-1.760	-445	-383

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	3	6	6
Fremdkapitalquote:	%	97	94	94
Anlagendeckung I:	%	3	7	7
Anlagendeckung II:	%	55	56	52
Investitionen:	T-EUR	2.644	1.452	3.600
cash-flow:	T-EUR	4.378	6.054	5.284
Liquidität 1. Grades	%	55	165	209
Liquidität 2. Grades	%	115	274	247
Liquidität 3. Grades	%	118	277	250
Personalstand	Anzahl	225	236	238

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe (CVUA-MEL) wurde als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) am 01.07.2009 gegründet. Träger der AöR sind das Land Nordrhein-Westfalen, die kreisfreien Städte Bottrop, Gelsenkirchen und Münster sowie die Landkreise Borken, Coesfeld, Recklinghausen, Steinfurt und Warendorf; sie alle sind Mitglieder des Verwaltungsrates, der als Aufsichtsorgan die Geschicke der Anstalt überwacht.

Die der Untersuchungsanstalt übertragenen Aufgaben ergeben sich aus § 4 des „Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes“ (IUAG NRW) vom 11.12.2007 (SGV. NRW. 2125) sowie aus § 20 der „Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes“ vom 20.12.2007 (SGV. NRW. 2125). Hierbei handelt es sich um die Untersuchung und gutachterliche Beurteilung von Proben aus den Bereichen Lebensmittel, Futtermittel und sonstige Bedarfsgegenstände, die im Rahmen der amtlichen Lebensmittelkontrolle nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) von den zuständigen Überwachungsämtern entnommen werden. Hierzu zählen auch die Proben tierischen Ursprungs, die im Rahmen der Nationalen Rückstandskontrollpläne auf pharmakologisch wirksame Substanzen untersucht werden müssen. Hinzu kommen die umfangreichen diagnostischen Untersuchungen nach dem Tierseuchen- und Tierschutzrecht sowie die Untersuchungen zur Überwachung des Chemikalien-, Gentechnik- und Strahlenschutzvorsorgegesetzes.

Die seit mehreren Jahren zwischen den fünf nordrhein-westfälischen CVUÄ und dem Verbraucherschutzministerium verhandelte landesweite Schwerpunktbildung ist zum 01.01.2017 vollständig umgesetzt worden. Die damit verbundenen neuen Einzugsbereiche sowie Untersuchungen und Untersuchungsbereiche wurden in einer Änderungsverordnung zur Errichtungsverordnung festgelegt.

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr 2021 war geprägt von der Corona-Pandemie, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Tätigkeiten/Aufgabenanpassungen des CVUA-MEL hatte.

Durch den Beitritt von Düsseldorf (D) und Mettmann (ME) zum CVUA-RRW ergaben sich Veränderungen in der Untersuchungslandschaft in NRW, die auch das CVUA-MEL direkt betreffen. Die Vorstände der fünf CVUÄ haben den Beitritt von D und ME- unter Beteiligung der Fachexperten der einzelnen Häuser - zum Anlass genommen, die Zuständigkeiten für die Warengruppen und die analytischen Schwerpunkte zu prüfen sowie sinnvolle Anpassungen im Sinne eines nachhaltigen Verbraucherschutzes vorzunehmen selbstverständlich auch unter Berücksichtigung der möglichen Bildung eines CVUA NRW.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden im Fachbereich Tiergesundheit rund 3.250 Tierkörper angenommen. Zur Abklärung der Krankheits- und Todesursache erfolgten bei diesen Tierkörpern die pathologisch-anatomische und pathologisch-histologische Untersuchung und auch in der Regel die weiterführenden Untersuchungen in den Bereichen Bakteriologie, Virologie, Molekularbiologie, Immunologie und Parasitologie. Den größten Anteil der Sektionen mit knapp 60 % stellten - wie in den Vorjahren - die Schweine dar, allerdings war die Tendenz der Einsendungen in diesem Bereich rückläufig. Die Gründe für die verringerte Anzahl an Schweinesektionen sind vielfältig, wie z. B. das ASP-Geschehen in Ostdeutschland,

der veränderte Markt aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie oder die Veränderung der landwirtschaftlichen Struktur aufgrund der Aufgabe von Betrieben. Die Sektionszahlen bei den anderen Tierarten wie den anderen Nutztieren, z. B. Rinder, aber auch Wild-, Zoo- und Kleintieren sind hingegen leicht gestiegen. Im Sinne der Tierseuchenvorbeuge, Krankheits- und Zoonosenerkennung und nicht zuletzt in Anbetracht des One-Health-Gedankens nahm und nimmt die Untersuchung von Tierkörpern und die sich anschließenden Untersuchungen einen hohen Stellenwert ein.

Bei

Seit 2020 etabliert und mittlerweile in die Routinediagnostik eingegliedert, spielt die SARSCoV-2-Diagnostik nach wie vor eine große Rolle. Insgesamt wurden im Jahr 2021 am CVUA-MEL 30.654 Proben auf das SARS-CoV-2 untersucht, davon wurden 4.577 Proben positiv befundet. Das Geschehen blieb über das ganze Jahr hinweg dynamisch: Engpässe bei Materialien aller Art mussten überwunden, Schnittstellen geschaffen, die Zusammenarbeit mit Kollegen der Gesundheitsämter intensiviert werden.

Auch auf ein wechselndes Probenaufkommen musste reagiert und der Einstieg in die Vollgenom-Sequenzierung in Kooperation mit dem CVUA-OWL bewältigt werden. Das Arbeitsfeld brachte immer wieder Neuerungen und erforderte stets ein hohes Maß an Flexibilität von den Mitarbeitern des Fachbereiches Tiergesundheit.

Neben dem SARS-CoV-2-Thema lief auch die routinierte Veterinärdiagnostik weiter.

Die Erträge beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2021 insgesamt auf 23.495 T-Euro. Auf den Bereich der Umsatzerlöse entfielen davon 23.441 T-Euro, auf sonstige betriebliche Erträge 54 T-Euro, Zinsen hat das CVUA-MEL nicht erwirtschaftet.

Im Wesentlichen wurden die Erträge dabei in 2021 durch die Untersuchungen auf SARS-CoV-2 in Höhe von 1.457 T-Euro erzielt, sowie durch Untersuchungen im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes (1.776 T-Euro), allgemeine Diagnostische Untersuchungen (717 T-Euro), durch Kostenerstattungen aufgrund von ermittelten Rechtsverstößen (20 T-Euro) sowie als Messstelle nach dem Strahlenschutzgesetz (46 T-Euro). Darüber hinaus hat das CVUA-MEL für Einzelaufträge Erlöse in Höhe von 510 T-Euro vom MULNV, dem BfR u.a. erhalten sowie Mieterlöse in Höhe von 14 T-Euro erhalten. Von den Trägern wurde eine Umlage (12.841 T-Euro Land NRW und 6.060 T-Euro Kreise und kreisfreie Städte des Regierungsbezirks Münster) erhoben.

Die betrieblichen Aufwendungen beliefen sich insgesamt auf 22.365 T-Euro. Auf den Bereich Materialaufwand entfielen davon 3.055 T-Euro, auf Personalaufwand 14.050 T-Euro, auf Abschreibungen 2.606 T-Euro und auf sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Steuern 2.654 T-Euro. Für die Investitionsdarlehen für den Erwerb der Immobilie Joseph-König-Straße 40, Münster für die Errichtung der Immobilie Joseph-König-Straße 41, Münster wurden 599 T-Euro aufgewendet.

Die betrieblichen Aufwendungen beliefen sich insgesamt auf 22.868 T-Euro. Auf den Bereich Materialaufwand entfielen davon 2.487 T€, auf Personalaufwand 15.258 T-Euro, auf Abschreibungen 2.570 T-Euro und auf sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Steuern 2.553 T-Euro. Für die Investitionsdarlehen für den Erwerb der Immobilie Joseph-König-Straße 40, Münster für die Errichtung der Immobilie Joseph-König-Straße 41, Münster wurden 564 T-Euro aufgewendet.

Den größten Posten bei den Aufwendungen stellten mit ca. 67 % die Personalkosten dar. Neben den direkten Zahlungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des CVUA-MEL waren auch Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, Urlaubsverpflichtungen, Gleitzeitkonten/Überstunden, Jubiläumsgeld sowie insbesondere Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für Beamte zu bilden.

Das Jahresergebnis wurde insgesamt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 62 T-Euro abgeschlossen.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem letztjährigen Bilanzergebnis um 957 T-Euro auf 45.850 T-Euro deutlich erhöht.

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln auf 4.012 T-Euro. Die Mittel befanden sich auf Tagesgeldkonten. Berücksichtigt man die kurzfristigen Forderungen und Lieferantenschulden, verfügt das CVUA-MEL zzt. über eine ausreichende Liquidität. Die termingerechte Zahlung von Verbindlichkeiten ist aufgrund der Vorauszahlung der Träger ohne Kassenkredit möglich.

In 2022 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 150 T-Euro gerechnet. Die weitere Finanzplanung wird durch die errichtete AG Entgelte mitgestaltet. In den kommenden Wirtschaftsjahren wird ein ausgeglichenes Jahresergebnis angestrebt. Der aufgelaufene Verlust des Wirtschaftsjahres 2019 soll ausgeglichen werden und für die Instandhaltung der Gebäude sollen Rücklagen gebildet werden.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Aufgrund der schon unter |. zitierten gesetzlichen Verpflichtung der Kreise und kreisfreien Städte, besteht für die Anstalt in absehbarer Zeit kein ernsthaftes Risiko des Wegfalls oder auch nur der Einschränkung seiner Hauptgeschäftstätigkeit. Das zugrundeliegende Recht ist Europarecht, welches nach aller Erfahrung praktisch nie zurückgenommen, sondern höchstens noch erweitert wird. Auch die weiter zunehmende Sensibilität der Verbraucherinnen und Verbraucher im Zusammenhang mit Lebensmitteln lässt eher eine Zunahme der Untersuchungstätigkeit erwarten.

Der Vorstand sieht auch weiterhin in der Entwicklung und Einführung neuer sowie innovativer Methoden zum Nachweis und zur Bestimmung gesundheitlich bedenklicher Stoffe und Kontaminanten in Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sowie in Proben aus dem Bereich des Nationalen Rückstandskontrollplanes, eine Aufgabe von hoher strategischer Bedeutung, die kontinuierlich fortgeführt werden muss und sich auch zukünftig an aktuellen Themen, die die Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit betreffen, zu orientieren hat. Diese Zielsetzung ist für die analytische Kompetenz und Zukunftsfähigkeit des CVUA-MEL von ausschlaggebender Bedeutung.

Neben dem Risiko einer Änderung des Umfangs der operativen Tätigkeit ist prinzipiell auch das strukturelle Risiko für die AÖR zu betrachten, das im Rahmen einer Neuorganisation der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung in NRW liegt. Gegenwärtig werden im MULNV Überlegungen angestellt, die fünf wirtschaftlich eigenständigen CVUÄ in Nordrhein-Westfalen zu einem CVUA-NRW organisatorisch zusammenzulegen - bei Beibehaltung der fünf vorhandenen Standorte. Erklärtes Ziel ist eine effizientere sowie zukunftsfähige Struktur der

amtlichen Untersuchung in Nordrhein-Westfalen. Es bleibt abzuwarten, welche Veränderungen sich hierdurch für das CVUA-MEL ergeben.

Die Auftragslage im operativen Geschäft wird sich aller Voraussicht nach im Kernbereich auch mittelfristig nicht wesentlich ändern, daher ist der praktisch vollständige Auslastungsgrad der vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen auch zukünftig gegeben. Darüber hinaus besteht das Ziel, vermehrt kleinere, von Dritten vollständig finanzierte Projekte, die inhaltlich im Zusammenhang mit den eigenen Kernaufgaben stehen, aber zu keinen Interessenskollisionen führen, zu akquirieren. Beispielhaft seien hier Programme der EU, der Tierseuchenkasse NRW, des BfR, des MULNV und des LANUV genannt. Derartige Projekte steigern die Kompetenz des CVUA-MEL bei voller Kostenübernahme durch Dritte.

Daneben ist es ein wichtiges Ziel, die Trägerumlagen den wirtschaftlichen und fachlichen Notwendigkeiten der AöR anzupassen, damit der Bilanzverlust aus 2019 ausgeglichen werden kann und für Instandhaltungen des Gebäudes des CVUA-MEL ausreichend Rücklagen zur Verfügung stehen. Außerdem ist aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen in Osteuropa mit erheblichen Preissteigerungen am Rohstoffmarkt zu rechnen sowie mit steigenden Transport- und Energiekosten.

Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken

Burloer Str. 93
46325 Borken
Telefon: 02861 / 82-1442
E-Mail: schulte-stiftung@kreis-borken.de

Rechtsform des Unternehmens

Gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts

Beteiligungsverhältnis

Der Kreis Borken ist zu 100 % an der Stiftung beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Stiftung ist es, die historisch gewachsene Kulturlandschaft des Westmünsterlandes zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln. Die Stiftung erfüllt diesen Auftrag durch unterschiedliche Maßnahmen und Mittel. Eine zentrale Stellung nimmt dabei die Umsetzung der bauplanungsrechtlichen und landschaftsrechtlichen Eingriffsregelung ein. Hier präsentiert sich die Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken als Dienstleister für Dritte, insbesondere für die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet, indem sie Kompensationsmöglichkeiten zu günstigen Konditionen im Rahmen eines Ökokontos anbietet. Gleichzeitig will sie ein verlässlicher Partner für die Land- und Forstwirtschaft sein. Daneben widmet sie sich der Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch die Erhaltung und Fortentwicklung der historisch gewachsenen Kulturlandschaft, die auch als münsterländische Parklandschaft bezeichnet wird, und den Aufbau eines Biotopverbundes.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Edith Gülker

Kuratorium

Hubert Grothues (Vorsitzender)
Markus Schulte
Ludger Konrad
Heinz-Josef Elpers
Barbara Seidensticker-Beining
Sandra Krüger

Johannes Kisfeld
Ludger Schulze Beiering
Christian Vedder
Kordula Blickmann
Dr. Christoph Lünterbusch
Magdalene Garvert (Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt)

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium (Kuratorium) in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 30,00 %). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist wegen der geringen Anzahl an Beschäftigten nicht erforderlich.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichts 2021 lagen die Jahresabschlüsse 2020 und 2021 der Stiftung Kulturland noch nicht vor. Daher sind nur die Daten bis zum 31.12.2019 abgedruckt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2017 EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2019 EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	1.954.009	2.481.001	2.363.771
III. Finanzanlagen	450	450	450
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	178.532	165.505	932.587
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	310.200	388.173	291.160
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	364.393	1.082.121	667.779
C. Rechnungsabgrenzungsposten	39	39	39
Bilanzsumme	2.807.623	4.117.290	4.255.786

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	809.082	809.082	809.082
II. Sonderrücklage	545.792	932.792	1.130.292
III. Freie Rücklagen	40.300	87.500	115.200
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/ -verlust	176	660	946
B. Sonderposten	3.000	2.500	2.000
C. Rückstellungen	1.338.234	974.505	1.063.718
D. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	12.028	0	0
III. sonstige	46.355	1.296.385	1.124.806
E. Rechnungsabgrenzungsposten	12.656	13.867	9.742
Bilanzsumme	2.807.623	4.117.290	4.255.786

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR
Umsatzerlöse	616.995	1.007.142	795.250
aktivierte Eigenleistungen	10.076	13.870	-3.086
sonstige betriebliche Erträge	600	908.468	600
Gesamtleistung	627.671	1.929.479	792.763
Materialaufwand	0	0	1.000
Personalaufwand	40.034	59.312	59.197
Abschreibungen	249.445	449.351	371.730
sonstige betriebliche Aufwendungen	150.721	986.088	134.307
Beteiligungsergebnis	29	29	29
Zinsergebnis	1.648	556	-205
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	189.149	435.314	226.353
außerordentliches Ergebnis	-5.151	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	15.214	0	0
sonstige Steuern	820	632	866
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	167.964	434.683	225.487
Gewinn-/Verlustvortrag	118	176	660
Entnahme/Zuführung andere Gewinnrücklagen	-167.905	-434.200	-225.200
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	176	660	946

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2017	2018	2019
Eigenkapitalquote:	%	50	44	48
Fremdkapitalquote:	%	50	55	51
Anlagendeckung I:	%	71	74	87
Anlagendeckung II:	%	71	74	87
Investitionen:	EUR	0	838.374	254.500
cash-flow:	EUR	478.136	520.305	686.430
Liquidität 1. Grades	%	624	83	59
Liquidität 2. Grades	%	1.155	113	85
Liquidität 3. Grades	%	1.461	126	168
Personalstand	Personen	0	0	0

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Der Zweck der Stiftung ist es, die historisch gewachsene Kulturlandschaft des Westmünsterlandes zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln. Die Stiftung erfüllt diesen Auftrag durch unterschiedliche Maßnahmen und Mittel. Eine zentrale Stellung nimmt dabei die Umsetzung der bauplanungsrechtlichen und landschaftsrechtlichen Eingriffsregelung ein. Hier präsentiert sich die Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken als Dienstleister für Dritte, insbesondere für die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet, indem sie Kompensationsmöglichkeiten im Rahmen eines Ökokontos anbietet. Gleichzeitig will sie ein verlässlicher Partner für die Land- und Forstwirtschaft sein. Daneben widmet sie sich der Förderung und Umsetzung von Maßnahmen zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft.

Der Bedarf nach Kompensationsflächen ist im Kreis Borken bedingt durch die prosperierende Wirtschaft und den Leitungsbau nach wie vor groß. Hier gilt es, die gesetzlich geforderte Kompensation durch intelligente Maßnahmen möglichst flächenschonend umzusetzen. Der Kauf und die Sicherung von Flächen in oder an Naturschutzgebieten durch die Stiftung selbst wird auch weiterhin notwendig sein, um auch künftig im Sinne des Stiftungszwecks handlungsfähig zu bleiben und den gesetzlichen Auftrag zur Etablierung eines Biotopverbundsystems im Kreis Borken in den nächsten Jahren zu erfüllen.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Aufgrund der in § 3 der Satzung vorgeschriebenen wertmäßigen Erhaltung des Stiftungsvermögens und des Bedarfes an Ausgleichs für Eingriffe in Natur und Landschaft sowie dem Zweck der Stiftung sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung

Schönebeck 6
48329 Havixbeck
Tel.: 02534 / 1052
Fax: 02534 / 9190
E-Mail: info@droste-stiftung.de

Rechtsform des Unternehmens

Gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	21.314.038,41	Euro
Davon Kreis Borken	250.000,00	Euro = 1,17 %

Die Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung wurde durch Stiftungsgeschäft vom 22. Dezember 2011 gegründet und am 28. September 2012 als rechtsfähige Stiftung anerkannt. Sie wird mitgetragen vom Land NRW, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), der Kulturstiftung der Westfälischen Provinzialversicherung und der Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH. Von kommunaler Seite beteiligen sich die Kreise Coesfeld, Warendorf und Borken, die Stadt Münster und die Gemeinde Havixbeck. Der Kreis Borken beteiligt sich seit dem 01. Juni 2012 als weiterer Stifter mit 250.000 Euro am Gründungskapital.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung sowie das Fördern des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, vor allem auch die Bewahrung und Förderung der mit dem Namen von Droste zu Hülshoff verbundenen kultur- und kunsthistorischen Werte und ihre Vermittlung an Nachwelt und Öffentlichkeit.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand

Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger	Vorsitzende
Prof. Dr. Peter Funke	stellvertretender Vorsitzender
Jochen Herwig	

Kuratorium

Dr. Georg Lunemann (Vorsitzender)
Klaus Baumann
Jochen Borchert
Dr. Wolfgang Breuer
Prof. Dr. Liane Buchholz
Dr. Hugo Fiege
Michael Pavlicic
Klaus Kaiser
Dr. Mathias Kleuker

Beate Möllers
Jörn Möltgen
Dr. August Oetker
Dr. Christian Schulze Pellengahr
Thomas Tenkamp
Georg Veit
Gertrud Welper
Cornelia Wilkens
Dr. Nicole Zeddies
Klaus Gottschling (beratendes Mitglied)

Stifterkolleg

Ab einer Zustiftung von 100.000 Euro hat der/die Stifter/in einen Anspruch auf die Mitgliedschaft im „Stifterkolleg Burg Hülshoff“. Das Stifterkolleg ist kein Organ der Stiftung.

Landrat Dr. Kai Zwicker

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium (Kuratorium) in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 28,00 %). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen einer Bindung gemäß § 2 LGG

Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist wegen der geringen Anzahl an Beschäftigten nicht erforderlich.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	17
II. Sachanlagen	5.391	6.235	6.951
III. Finanzanlagen	16.814	16.157	15.805
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	13	12	20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	105	191	631
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	980	496	561
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5	3	40
Bilanzsumme	23.309	23.094	24.025

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	21.247	21.247	21.314
II. Kapitalrücklagen	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	1.861	1.224	1.685
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	0
VI. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	0	0	422
B. Rückstellungen	33	66	90
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	42	459	380
III. sonstige	83	57	92
D. Rechnungsabgrenzungsposten	42	41	41
Bilanzsumme	23.309	23.094	24.025

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	659	242	491
aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	1.269	1.309	2.751
Gesamtleistung	1.927	1.551	3.242
Materialaufwand	126	36	91
Personalaufwand	835	893	1.313
Abschreibungen	81	102	152
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.312	1.254	2.043
Beteiligungsergebnis	-60	-209	-163
Zinsergebnis	724	390	913
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	238	-553	395
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-1	18
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	238	-553	377
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Entnahme/Einstellung Rücklagen	-238	553	-377
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	0

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	99	97	96
Fremdkapitalquote:	%	1	3	2
Anlagendeckung I:	%	0	0	0
Anlagendeckung II:	%	0	0	0
cash-flow:	T-EUR	557	-1.055	1.014
Eigenkapitalrentabilität:	%	1	-2	2
Umsatzrentabilität:	%	36	-228	77
Liquidität 1. Grades	%	780	96	119
Liquidität 2. Grades	%	863	133	253
Liquidität 3. Grades	%	874	135	257

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Satzungszweck ist die Förderung von Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung sowie das Fördern des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, vor allem auch die Bewahrung und Förderung der mit dem Namen von Droste zu Hülshoff verbundenen kultur- und kunsthistorischen Werte sowie ihre Vermittlung an Nachwelt und Öffentlichkeit.

Um dem Stiftungszweck nachzukommen, unterhält die Stiftung die Burg Hülshoff in Havixbeck. Auf der Burganlage betreibt sie ein Museum und ein Restaurant. Zudem wurden die zur Burg gehörenden Parkanlagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Weiterhin bewirtschaftet die Stiftung das in Münster- Nienberge gelegene Haus Rüschaus mit Museum. An beiden Standorten realisiert sie seit Einstellung einer Künstlerischen Leitung und weiteren Personals einen Veranstaltungsbetrieb. Museum, Veranstaltung und der in 2021 eröffnende Lyrikweg bilden zusammen das Center for Literature.

Als Mitglied des Stifterkollegs übt der Kreis Borken eine beratende Funktion für das Kuratorium aus. Damit ist der Einfluss des Kreises in den Organen der Stiftung angemessen gesichert.

Geschäftsentwicklung

Nach einem turbulenten Börsenjahr 2020 haben sich die Aktienmärkte in 2021 sehr erfreulich entwickelt. Diesem Trend folgend konnten auch die Kapitalanlagen der Stiftung im zurückliegenden Jahr um annähernd 8,9 % zulegen. Die Erträge aus den Kapitalanlagen lagen dabei mit 2,5 % p.a. bzw. ca. 430.000 Euro signifikant über der ursprünglichen Planung von 390.000 Euro. Der zur Beratung und Überwachung der Anlagetätigkeit der Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung gebildete Anlageausschuss tagte im zurückliegenden Kalenderjahr wie üblich zweimal.

Für die Umbaumaßnahme der Vorburg und der Droste-Residenz sind im Jahr 2020 Honorare für den Architekten und die Fachplaner für Leistungen der Leistungsphase 2 ausgezahlt worden. Dies berechtigt die Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung zu einem Mittelabruf in Höhe von 133.320 Euro. Der Mittelabruf erfolgt jedoch über den Antragsteller, die Gemeinde Havixbeck. Auf Grundlage eines zwischen der Stiftung und der Gemeinde Havixbeck abgeschlossenen Weiterleitungsvertrages fordert die Stiftung die abgerufenen Mittel bei der Gemeinde Havixbeck an. Für den Mittelabruf des Jahres 2020 ist ein solcher Abruf noch nicht erfolgt. Durch einen aktuell zu erstellenden Änderungsantrag ruht der Mittelabruf. Und da zum 31.12.2021 keine Mittelanforderung an die Gemeinde Havixbeck offen war, ist hier keine Abgrenzung erforderlich.

Ferner hat die Stiftung im Jahr 2021 einen Mittelabruf im Rahmen des Projektes » Droste-Landschaft : Lyrikweg « vorgenommen. Der Geldeingang erfolgte erst im Jahr 2022. Hier ist eine Abgrenzung vorgenommen worden.

Der Jahresüberschuss beträgt 376.776,66 Euro. Dieser setzt sich aus Erträgen aus den Bereichen der Vermögensverwaltung (634.967,49 Euro) und der Wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe (32.348,83 Euro) zusammen. In den steuerlichen Sparten der Museen und des Veranstaltungsbetriebes hat sich ein Fehlbetrag ergeben. Dieser Fehlbetrag unterschritt

erfreulicherweise den Fehlbetrag des letzten Jahres. Im ideellen Bereich betrug dieser 42.439,46 Euro, im Zweckbetrieb 248.100,20 Euro.

Die Corona-Pandemie hatte auch im Jahr 2021 weitreichende Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Stiftung gehabt. Ansonsten war das Jahr 2021 von weiteren konzeptionellen, personellen und architektonischen Themen geprägt.

Die Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung hat zu Beginn des Jahres 2021 ein externes Büro mit der Projektsteuerung beauftragt. Hierbei handelt es sich um die Diederichs Projektmanagement AG & Co. KG. Als ersten Schritt hat das Projektsteuerungsbüro veranlasst, dass alle zwei Wochen Bauherren-Jours Fixes abgehalten werden.

Auf Grundlage der modularen architektonischen Entwürfe haben das Büro Staab Architekten, die Fachingenieure, das Projektsteuerungsbüro, der LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb, die LWL-Kulturabteilung und die Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung die Planung weiter konkretisiert. Oberste Prämisse dabei war, den Förderzweck einzuhalten.

Parallel dazu wurden seit Ende 2020 Vertragsverhandlungen mit dem Büro Staab Architekten geführt. Ein Vertrag konnte im August/September 2021 abgeschlossen werden.

Ferner wurden alle Unterlagen zum Bebauungsplanverfahren vollständig erarbeitet und bei der Gemeinde Havixbeck für den Bauausschuss am 01.02.2022 fristgerecht eingereicht

Die Anmerkungen zum vorgeschalteten Flächennutzungsplans der Bezirksregierung Münster, Dezernat 35, wurden berücksichtigt. Alle Unterlagen wurden zu der verkürzten Offenlage (2 Wochen) vollständig abgegeben. Ein Feststellungsbeschluss im Rat der Gemeinde Havixbeck erfolgte, so dass der Flächennutzungsplan in 2022 an die Bezirksregierung zwecks Genehmigung gesendet wurde.

Der Veranstaltungsbetrieb, die Museen, der Lyrikweg und das Residenzprogramm bilden gemeinsam den Kern, der sich in den folgenden Modulen niederschlägt:

In Annette von Droste zu Hülshoffs Werk, v.a. ihrer Prosa, spielt ihre Heimat Westfalen als kulturelle Landschaft eine bedeutende Rolle. Dabei ist mit »Westfalen« ist in erster Linie ein geografisches Territorium umrissen; doch deuten sich bei Droste-Hülshoff in Bezügen zu Ereignissen ihrer historischen Gegenwart im vor-nationalen Staatensystem bereits die Veränderungen an, die mit dem Westfälischen Frieden von 1648 ihren Anfang nahmen und sich zunehmend zum Westfälischen Staatenmodell weiterentwickelten.

Und 1999 kritisierte die Politologin Susan Strange das Scheitern der Westfälischen Weltordnung in den Punkten Klimawandel, sozialer Ungleichheit und Finanzkrise mit dem Terminus »Westfailure«. Laut ihr zeichnet sich in diesem Scheitern besonders deutlich ab, wie sehr dieses System von Anfang an auf Kolonialismus und auf der Ausbeutung des globalen Südens aufbaute. Die Pandemie hat uns diese Grenzen noch einmal mehr als deutlich vor Augen geführt. Wohin wollen und können wir also? Was wäre eine neue, eine Post-Westfälische Welt? Wie kann sie unsere Hoffnung werden? Welche Zwischensprachen spricht sie? Kann Literatur (noch) Menschen verbinden?

In Performances, einer Digitalen Kampagne und einem Festival im September haben wir diese Frage erkundet.

Mit der Denkfabrik Phantom Homeland eröffnete Burg Hülshoff-Center for Literature einen mehrtägigen Reflexionsraum. In ihm kamen internationale Künstler*innen aus Performing Arts, Literatur und Bildender Kunst mit Forscher*innen zusammen und untersuchten die Frage, wie wir Heimaten performativ verstehen und dies wiederum performativ erlebbar machen können. Das Konferenzformat ermöglichte (aufgrund der Pandemie digital) eine konzentrierte Form von Austausch, mal in Zwiegesprächen zwischen Künstler*innen über Aspekte von Diaspora und Post- Identität, mal in Form von präsentativen Lecture- und Video-Performances. Ergänzt werden Konversation und Präsentation durch partizipative Momente, also künstlerisch gelenkte Diskussionen.

Weitere kleinere oder mittelgroße Veranstaltungen fanden v.a. digital statt. Eine Ausnahme bildeten u.a. das große Kooperationsprojekt Fräulein Nette unterwegs, das Karen Duves Erfolgsroman Fräulein Nettes kurzer Sommer an sechs Orten zwischen dem Böckerhof in Bökendorf und Hülshoff inszenierte; sowie ein Special zu den Edgar Wallace-Filmen der 1950er bis -70er.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Im Jahr 2022 wird die Stiftung in den beiden Modulen »Vorburg« und »Droste-Residenz« der Gesamtbaumaßnahme mit den Büros Staab Architekten und Levin Monsigny Landschaftsarchitekten in die Ausführungsplanung gehen.

Ziel ist zum Einen die Umsetzung eines maßgeblichen Bausteins der Vorburg, die auch bereits die Möglichkeit der Nutzung von Flächen für Veranstaltungen und Bürobetrieb eröffnen wird; zum Anderen die mittelfristige Schaffung von Unterkünften für die Studierenden des Residenzprogramms in Form eines Gästehauses mit 8 Wohneinheiten.

Für die Koordinierung der Maßnahmen und als Schnittstelle zum Planerteam ist im Jahr 2021 eine professionelle Projektsteuerung beauftragt worden.

Im Bereich Sanierung ist für das Jahr 2022 v.a. die Schaffung barrierefreier WC-Anlagen im Rüschaus zu nennen. Die Umsetzung war bereits für das Jahr 2021 geplant. Aufgrund denkmalpflegerischer Rückfragen hat sich die Sanierungsmaßnahme allerdings verzögert. Die Finanzierung erfolgt durch Drittmittel der NRW-Stiftung und durch Fördermittel des Deutschen Verbandes für Archäologie e.V. aus dem Programm NEUSTART Kultur. Die zeitliche Verzögerung ist durch eine Verlängerung des Förderzeitraums problemlos.

Eine weitere Maßnahme, die im Hinblick auf die große Sonderausstellung Droste Digital im Jahr 2022 erfolgen muss, ist die Umsetzung eines Brandschutzkonzeptes für die obere Etage des Herrenhauses auf Hülshoff. Das Architekturbüro Mensen + Zora wird dies gemeinsam mit der Firma Das INGenieurHaus für die Stiftung umsetzen.

Als größere Maßnahme ist auch im Jahr 2022 die Erweiterung des Glasfasernetzes auf weitere Gebäude geplant. Auch müssen verschiedene abgängige technische Ausstattungsgegenstände für die Gebäude- und Gartenbewirtschaftung sowie die Büroausstattung beschafft werden. Daneben ist die Neuanschaffung von verschiedenen Vermögensgegenständen, wie Veranstaltungstechnik und -zubehör, Büroausstattung, IT – Grundausstattung, Softwareanschaffungen, Grundausstattung Medientechnik, Seminarzusatzausstattung, Sicherheitstechnik und temporäre Lagercontainer geplant.

Annette von Droste zu Hülshoff Stiftung

Generelles Ziel bleibt es weiterhin, Burg Hülshoff und Haus Rüschhaus zusammen zu denken und als Center for Literature für unterschiedliche Nutzungen (u. a. Veranstaltung, Residenz, Forschung) zu entwickeln und damit. für verschiedene Menschen aus der Region und weit darüber hinaus zu einem Anziehungspunkt, zwischen avancierter Kunst und einzigartigem Baudenkmal, zu machen.

Trotz der schwierigen Situation an den Kapitalmärkten und die daraus resultierenden Probleme zur Erhaltung des Stiftungsvermögens wird aufgrund der breiten Akzeptanz der Stiftung in Politik, Verwaltung und Bevölkerung eine Bestandsgefährdung nicht sichtbar.

d-NRW

Rheinische Straße 1
44137 Dortmund
Tel.: 0231 / 222438-10
Fax: 0231 / 222438-11
Internet: www.d-nrw.de
E-Mail: info@d-nrw.de

Rechtsform des Unternehmens

Anstalt des öffentlichen Rechts

Beteiligungsverhältnis

Träger der Anstalt des öffentlichen Rechts sind neben dem Land Nordrhein- Westfalen sämtliche Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände

Stammkapital:	1.281.000,00 Euro		
davon Kreis Borken:	1.000,00 Euro	=	0,08 %

Gegenstand des Unternehmens

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Außerdem unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 EGovG NRW.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt dem Vorstand, dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. Roger Lienenkamp	(Vorsitzender)
Markus Both	(stellvertretender Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Der Kreis Borken wird vertreten durch die Vertretung des Landkreistag NRW.

Mitglieder des Verwaltungsrates:

Sebastian Kopietz

Harald Zillikens

Andreas Wohland

Dirk Brügge

Dr. Marco Kuhn (LKT NRW)

Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke

Lee Hamacher

Dr. Heinz Oberheim

Simone Dreyer

Diane Jägers

Dr. Helma Hagen

Katharina Jestaedt

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Dem Aufsichtsgremium (Verwaltungsrat) in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 33,00 %). Damit wird der in § 12 Abs. 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Das d-NRW ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die gemäß § 13 Errichtungsgesetz d-NRW AöR den Public Corporate Governance Kodex beachtet und gemäß § 14 der Aufsicht des Landes untersteht. In Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 1 LGG unterliegt es damit dem Geltungsbereich des LGG. Die Ziele des LGG werden von der Anstalt beachtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA	31.12.2019 T-EUR	31.12.2020 T-EUR	31.12.2021 T-EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	2	7
II. Sachanlagen	75	76	68
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	4.046	2.853	2.392
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	322	2.895	7.780
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Bankguthaben	9.913	7.187	10.347
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	4	5
Bilanzsumme	14.360	13.016	20.601

PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Eigenkapital	1.238	1.271	1.281
II. Kapitalrücklagen	1.529	1.529	1.529
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/ -verlust	0	0	0
VI. Ergebnisverwendung Teilhaber	0	0	0
B. Rückstellungen	1.274	1.884	3.340
C. Verbindlichkeiten			
I. gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
II. aus Lieferung und Leistung	8.529	6.377	14.272
III. sonstige	1.790	1.956	180
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	14.360	13.016	20.601

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2019 T-EUR	2020 T-EUR	2021 T-EUR
Umsatzerlöse	10.779	28.062	51.002
aktivierte Eigenleistungen	-42	0	0
sonstige betriebliche Erträge	20	23	344
Gesamtleistung	10.757	28.084	51.346
Materialaufwand	6.813	24.775	47.342
Personalaufwand	1.750	2.343	3.313
Abschreibungen	35	55	40
sonstige betriebliche Aufwendungen	454	736	637
Beteiligungsergebnis	0	0	0
Zinsergebnis	-18	-31	-31
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.688	144	-17
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	1.688	144	-17
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Ergebnis aus Gewinnabführung an / Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	0
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0	0	0

Kennzahlen / Personalbestand

	Angaben in	2019	2020	2021
Eigenkapitalquote:	%	19	22	14
Fremdkapitalquote:	%	81	78	86
Anlagendeckung I:	%	3.558	3.616	3.704
Anlagendeckung II:	%	3.558	3.616	3.704
Investitionen:	T-EUR	65	55	38
cash-flow:	T-EUR	-595	664	1.496
Liquidität 1. Grades	%	86	70	58
Liquidität 2. Grades	%	88	99	102
Liquidität 3. Grades	%	123	127	115
Personalstand	Personen	33	43	62
Umsatz pro Mitarbeiter	T-EUR	326	653	828
Personalaufwandintensität	T-EUR	53	54	53

Ziele der Beteiligung / Erfüllung des öffentlichen Zwecks / Bedeutung für den Kreis Borken

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 — seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2021 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 283 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände). Der Kreis Borken hat sich im Jahr 2017 mit einer Einlage von 1.000 Euro ebenfalls eingebracht. Der Nutzen des Kreises Borken durch die Anstalt kann sich erst in den kommenden Jahren zeigen.

Geschäftsentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen inklusive der Umsetzung der E-Rechnung, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online- Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detcon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden- Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der medienbruchfreien Digitalisierung (Landtag NRW, Drucksache 17/15478) ist gemäß Artikel 5 im Berichtsjahr eine Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR auf den Weg gebracht worden, die maßgeblich vorsieht,

dass der Anstalt durch Rechtsverordnung strategisch bedeutsame Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung zur ausschließlichen Wahrnehmung übertragen werden können. Auf der Grundlage dieses Gesetzes, das am 19.02.2022 in Kraft getreten ist, ist zu erwarten, dass die Rolle der weiterhin im Wachstum befindlichen Anstalt durch Aufgabenübertragungen zusätzlich gestärkt werden wird.

Die Umsatzsteuersonderprüfung der d-NRW AöR ist mit Bericht der zuständigen Finanzbehörde vom 04.10.2021 für abgeschlossen erklärt worden. Basierend auf den Feststellungen des Abschlussberichts konnten die Umsatzsteuerjahreserklärungen für die Jahre 2017 bis 2020 abgegeben und die sich ergebenden Nachforderungen in Höhe von insgesamt 2.041 T-Euro ausgeglichen werden. Sonstige Forderungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuernachzahlung bestehen nicht. Im Übrigen hat das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Dortmund im Dezember 2021 angekündigt, dass die Betriebsprüfung der d-NRW AöR als ergebnislos abgeschlossen wird. Die entsprechende schriftliche Mitteilung der Finanzbehörde erfolgte mit Datum vom 01.02.2022. Steuerliche Unwägbarkeiten zur ertragssteuerlichen Beurteilung des Umwandlungsprozesses zur d-NRW AöR sind damit ausgeräumt.

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von 51.002 T-Euro verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (28.062 T-Euro) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse.

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2021 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+7.585 T-Euro), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+3.160 T-Euro) sowie von erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+4.007 T-Euro), auf 13,6 % (31.12.2020: 21,5 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt 10.347 T-Euro (31.12.2020: 7.187 T-Euro).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,9 % (Vorjahr: 98,7 %).

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2021 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Online Zugangsgesetz, Wirtschafts-Service-Portal, Öffentliches Auftragswesen, E-Rechnung, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresergebnis von 0 T-Euro ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst — soweit möglich — auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung / Fortführung der Unternehmensbeteiligung

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR die noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die neue Rolle der Anstalt als sog. „KommunalvertreterR.WN“. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, werden sich voraussichtlich durch die mit der Änderung des Errichtungsgesetzes verbundenen Möglichkeit, der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung zu übertragen, ergeben. Damit wird sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen können.

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen. Perspektive Unwägbarkeiten können zudem durch die nordrhein- westfälischen Landtagswahlen im Mai 2022 entstehen, deren Ausgang auch für die weitere Digitalisierung der Verwaltung in NRW bedeutsam sein wird.

Aufgrund der Rechtsform AöR wird eine wirtschaftliche Bestandsgefährdung nicht gesehen.

Kommunale ADV-Anwendergemeinschaft West (KAAW) (Zweckverband)

Weberstr. 5
49477 Ibbenbüren
Telefon 05451 / 89394 00
E-Mail info@kaaw.de

Rechtsform des Unternehmens

Körperschaft des öffentlichen Rechts (Zweckverband)

Beteiligungsverhältnis

Mitglieder der Kommunalen ADV-Anwendergemeinschaft West sind die Kommunen im nord-westlichen Münsterland.

Die Beteiligung des Kreises Borken wird mit 1 Euro bilanziert, da mit dem Beitritt keine Einlage in das Kapital des Zweckverbandes verbunden war.

Der Kreis Borken hält einen quotierten Anteil von 2,13 %, der sich aber mit dem Beitritt weiterer Mitglieder verändern kann.

Die Beteiligungsquote ergibt sich aus dem laut Verbandssatzung festgelegten Sitzverhältnissen in der Verbandsversammlung. Jedes Verbandsmitglied so auch der Kreis Borken hat 1 Sitz und 1 Stimme in der Verbandsversammlung (§ 6 Abs. 1 Zweckverbandssatzung). Mit dem Beitritt des Kreises Borken hatte der Verband 47 Mitglieder.

Gegenstand des Unternehmens

Die Verbandsmitglieder arbeiten eng zusammen und koordinieren ihre EDV-Entwicklung unter Beteiligung des Verbandes insbesondere für folgende Aufgaben:

- Entwicklung von Konzepten für die Datenverarbeitung und Einführung von Datenverarbeitungssystemen in den Verwaltungen der beteiligten Mitglieder,
- die Kooperation der Mitglieder im Bereich Hard- und Software-Auswahl sowie - Beschaffung, Anpassung der eingeführten Software an gesetzliche Veränderungen, Begleitung der Prüfung und Freigabe der Software,
- Ermöglichen und Begleiten des Erfahrungsaustausches der Mitglieder untereinander hinsichtlich der Entwicklung der Datenverarbeitung,
- Koordination des Austausches von selbst entwickelter Software der Mitglieder,
- gemeinsame EDV-Lösungen,
- Dienstleistungen für die Mitglieder, z. B. Kopfstellen und Shared-Service-Center inklusive Unterstützung und Beratung der Mitglieder in den Bereichen des kommunalen Rechnungswesens sowie Durchführung von steuerlichen Hilfeleistungen und
- Dienstleistungen für Dritte.

Organe und deren Zusammensetzung

Vorstand

Stephan Glunz (Verbandsvorsteher)
Helmut Grönefeld (stellvertretender Verbandsvorsteher)

Geschäftsführung

Marcus Egelkamp (Geschäftsführer)
Simon Üffink (stellvertretender Geschäftsführer)

Verbandsversammlung

Dr. Elisabeth Schwenzow

Verbandsversammlung: Zusammensetzung zum 31.12.2020

Hans-Georg Althoff	Christina Rählmann
Stephan Wolff	Heinz Bülter
Sandra Hutzenlaub	Sonja Schemmann
Annette Niemann	Roland Frenkert
Thomas Kerkhoff	Martin Tesing
Norbert Nießing	Peter Vos
Anne Kortüm	Manuel Benning
Mario Huslage	Jürgen Bernsmann
Rainer Doetkotte	Dr. Peter Lüttmann
Franz-Josef Weilinghoff	Cornelius Honder
Dr. Patrick Voßkamp	Franz-Josef Franzbach
Bernward Rutenmöller	Hermann Kösters
Robert Wenking	Werner Stödtke
David Ostholthoff	Claudia Bögel-Hoyer
Stephan Glunz	Thomas Ostholthoff
Alexander Herzberg	Stefan Streit
Torsten Buller	Dagmar Jeske
Manfred Kluthe	Jürgen Buckting
Dieter Berkemeier	Thomas Meyer
Ludger Dirkes	Ferdinand Blanke
Arne Strietelmeier	Silke Timmermann
Rainer Lammers	Bültgerds
Gregor Krabbe	Marcus Benner

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichtsräten nach Geschlecht

Ausführungen zur Zusammensetzung eines Aufsichtsorgans sind nicht erforderlich, da der Zweckverband kein Aufsichtsgremium eingerichtet hat.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Die KAAW ist entsprechend die Vorgaben des § 1 Abs. 1 LGG in Verbindung mit § 5 Abs. 2 GkG NRW durch ihre Rechtsform zur Beachtung des LGG NRW verpflichtet. Die Ziele des LGG werden in dem Unternehmen beachtet.

Da der Kreis Borken mit Wirkung zum 01.01.2021 der KAAW beigetreten ist und der Jahresabschluss für 2021 noch nicht vorlag, wird auf die Darstellung von Abschlussdaten und der Geschäftslage verzichtet.